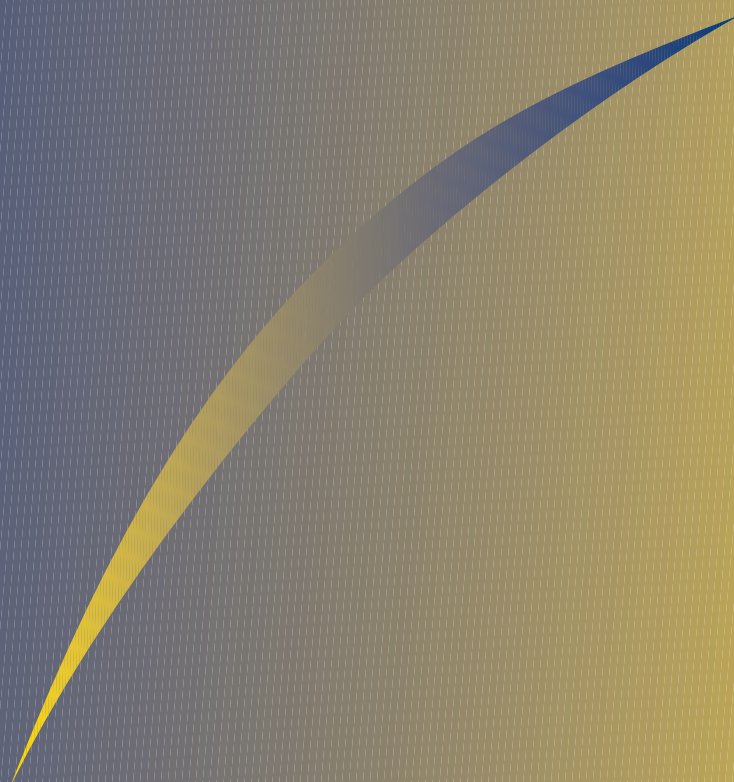


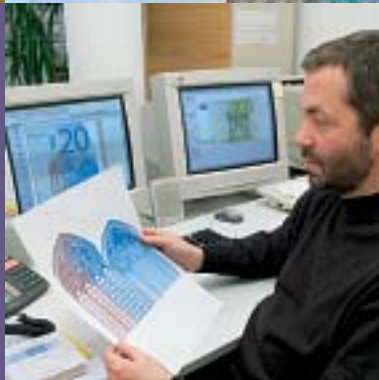


OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

EUROSYSTEM

GESCHÄFTSBERICHT 2001







BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2001
MIT JAHRESABSCHLUSS 2001

Vorlage an die am 23. Mai 2002 stattfindende Generalversammlung



Im dritten Jahr ihres Bestehens ist die Währungsunion für Europa nahezu schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Angesichts ungünstigerer konjunktureller Rahmenbedingungen und der mit den Terroranschlägen in den USA entstandenen weltweiten Unsicherheit ist jedoch für alle eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden, welche wichtige Rolle dem europäischen Integrationsprojekt unter globalisierten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zukommt.

Nach einem historisch besonders günstigen Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 war das Berichtsjahr 2001 von einer deutlichen Konjunkturabschwächung geprägt. Ausgehend von den USA, wo ein Jahrzehnt anhaltender Expansion zu Ende ging, verlangsamte sich die wirtschaftliche Dynamik weltweit. Die Ursachen dafür waren einerseits ein unerwartet starker Anstieg der Erdölpreise, andererseits führte die Korrektur von Überinvestitionen im IT-Sektor sowie ein Überschießen der Aktienkurse zu einer Belastung der realwirtschaftlichen Entwicklung.

Auch Europa und damit Österreich konnten sich den Auswirkungen dieses Einbruchs nicht völlig entziehen. Stabile ökonomische Fundamentaldaten – zusammen mit dosierten Reaktionen der Wirtschaftspolitik – verhinderten aber das von manchen befürchtete Abgleiten in eine Rezession. Für das Jahr 2001 ging die Wachstumsrate in Österreich nach drei Jahren sehr hohen Wachstums zwar auf 1% zurück, nach dem Jahreswechsel verstärkten sich jedoch bereits wieder die Anzeichen eines signifikanten Konjunkturaufschwungs. Trotz einer Wachstumsabschwächung folgte auch der wirtschaftspolitische Policy-Mix der traditionellen österreichischen Stabilitätsorientierung, wobei insbesondere die in der Budgetkonsolidierung erreichten Fortschritte bemerkenswert sind.

Positiv hervorzuheben aus dem gesamtwirtschaftlichen Bild Europas ist die Entwicklung in Zentral- und Osteuropa. Einerseits stellen diese Länder in der gegenwärtigen Konjunktursituation einen stabilisierenden Faktor dar, andererseits lässt die neu gewonnene Stabilität dieses Wirtschafts-

raums erkennen, wie groß die dort bereits erzielten strukturellen Fortschritte auf dem Weg in die EU sind.

Es steht außer Frage, dass die bevorstehende Teilnahme dieser Länder an der europäischen Integration gut vorbereitet werden muss. Im Interesse beider Seiten müssen für einen erfolgreichen Beitritt tragfähige Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Zusammenwachsen von Volkswirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsniveaus nachhaltig ermöglichen. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass sich die Verantwortlichen in Ost und West der damit verbundenen Herausforderung bewusst sind. Gelingt es, diesen wesentlichen Schritt zur Erweiterung der EU erfolgreich zu gestalten, so wird das mit einer wesentlichen Stärkung der globalen ökonomischen und politischen Position Europas verbunden sein.

Für die OeNB als modernes Dienstleistungsunternehmen stand das Jahr 2001 in erster Linie im Zeichen der „heißen Phase“ der Vorbereitung des Jahrhundertprojekts Eurobargeldumtausch. Dass die damit verbundenen Herausforderungen eindrucksvoll bewältigt werden konnten, ist auf eine professionelle Vorbereitung und die Schaffung effizienter Strukturen zurückzuführen. In engster Zusammenarbeit der OeNB mit ihren Tochtergesellschaften im Bereich Zahlungsmittel sowie der österreichischen Kreditwirtschaft wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, die gleichermaßen der Bevölkerung wie der Wirtschaft diese Umstellung wesentlich erleichtert haben.

Den gleichen Stellenwert hat für die OeNB in Zukunft die Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben auf europäischer Ebene. Die Bandbreite reicht dabei von einer aktiven, mitgestaltenden Rolle im ESZB/Eurosystem bis zu den vielfältigen Verantwortlichkeiten auf nationaler Ebene. Wie die erfolgreiche Bargeldumstellung gezeigt hat, ist dabei für die OeNB stets das Interesse der österreichischen Bevölkerung und das bestmögliche Ergebnis für unser Land entscheidend.

Präsident
Adolf Wala

Das markante Ereignis des vergangenen Geschäftsjahres war zweifellos die organisatorische, logistische und auch kommunikationspolitisch einmalige Herausforderung der Eurobargeldeinführung zum 1. Jänner 2002. Wir können mit Freude und Stolz feststellen, dass die Eurobargeldumstellung in allen zwölf Ländern des Euroraums unter anderem auch in Österreich hervorragend gelaufen ist und sich die österreichische Bevölkerung sehr rasch mit dem neuen Bargeld angefreundet hat. Der Euro ist ab 1. März 2002 für uns und rund 300 Millionen Europäer ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel geworden. Der „Euro in unseren Händen“ markiert den krönenden Abschluss eines langen monetären Integrationsprozesses in Europa und bringt Europa seiner Bevölkerung näher.

Die ersten drei Jahre der Währungsunion haben darüber hinaus eindrucksvoll gezeigt, dass der europäische Integrationsprozess auf den soliden Pfeilern einer stabilitätsorientierten Geld- und Fiskalpolitik sowie einer wettbewerbsorientierten Strukturpolitik aufgebaut ist.

Das unabhängige Eurosystem hat sich binnen kurzer Zeit als stabiler Anker bewährt und auch im Jahr 2001 seine Handlungsfähigkeit und Flexibilität angesichts sich rasch ändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der tragischen Ereignisse vom 11. September 2001 bewiesen. Unter diesen Voraussetzungen zeigte sich ganz klar, dass durch die Einbindung Österreichs in die stabilitätsorientierte europäische Wirtschafts- und Währungsunion unser Land heute wesentlich besser vor negativen Schocks geschützt ist als in der Vergangenheit. Die OeNB hat im Rahmen ihrer vielfältigen europäischen und nationalen Aufgaben einen aktiven Beitrag dazu geleistet.

Die einheitliche Geldpolitik des Eurosystems hat sich unbeirrt am vorrangigen Ziel der Preisstabilität – und damit der

Kaufkraftenerhaltung für die Bevölkerung des Eurogebiets – orientiert. Zwar ist die Inflationsrate im Jahr 2001 vorübergehend deutlich über die 2-Prozent-Marke gestiegen, sie soll jedoch nach allen verfügbaren Prognosen im Lauf der nächsten Zeit wieder unter die Zielmarke von 2% fallen.

Der Euroraum ist im Zuge der weltweiten Konjunkturabschwächung des vergangenen Jahres in keine Rezession abgeglitten. Die Talsohle des Konjunkturzyklus sollte nun wieder bereits durchschritten sein und auch der längerfristige Konjunkturausblick für das Eurowährungsgebiet ist durchaus positiv.

In den kommenden Jahren gilt es nun – im Wege einer intensivierten Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken – vor allem, die öffentlichen Haushalte gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt auf Konsolidierungskurs zu halten und anstehende Strukturreformen energisch voranzutreiben, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums zu erhöhen.

Eine weitere, unmittelbar bevorstehende Herausforderung der kommenden Jahre liegt in der Erweiterung der Europäischen Union. Eine sorgfältig vorbereitete und an den bisher geltenden Qualitätsstandards ausgerichtete EU-Erweiterung wird die politische und wirtschaftliche Stabilität Europas nachhaltig steigern und damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Wohlstand und Frieden leisten.

Der Euro wird auch künftig eine zentrale Rolle als Katalysator für die weitere wirtschaftliche und politische Integration Europas, als internationaler Stabilitätsanker und schließlich auch als Identitätsstifter für ein offenes, dynamisches und modernes Europa spielen.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert ist Null
 - × = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
 - 0 = Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
- Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Abkürzungsverzeichnis

APSS	Austrian Payment Systems Services	GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement		
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
ATX	Austrian Traded Index	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
BGBL	Bundesgesetzblatt	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft	IWF	Internationaler Währungsfonds
BIP	Bruttoinlandsprodukt	M3	Geldmenge M3
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	MFIs	Monetäre Finanzinstitute
BMF	Bundesministerium für Finanzen	MÖAG	Münze Österreich AG
BoG	Board of Governors	NBG	Nationalbankgesetz
BSC	Banking Supervision Committee	NZBen	Nationale Zentralbanken
BVA	Bundesvoranschlag	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
BWG	Bankwesengesetz	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EG	Europäische Gemeinschaft	RTGS	Real-Time Gross Settlement
EG-V	EG-Vertrag	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr
EK	Europäische Kommission	SZR	Sonderziehungsrecht
EMAS	Environmental Management and Audit Scheme	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	UMTS	Universal Mobile Telecommunication System
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
EU	Europäische Union	VPI	Verbraucherpreisindex
EUR	Euro	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
EZB	Europäische Zentralbank	WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
FED	Federal Reserve System	WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
FMABG	Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetz	ZAST	Zahlungssystemstatistik
FMAG	Finanzmarktaufsichtsgesetz	ZSA	Zahlungssystemaufsicht
FMSB	Finanzmarktstabilitätsbericht		
FOMC	Federal Open Market Committee		
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung		

GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK	
Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2001	
Reibungslose Euro bargeldumstellung	17
<i>Von der exakten Planung zur erfolgreichen Umsetzung</i>	17
<i>Mit der Nationalbank zum Euro: intensive und breit gestreute Informationsaktivitäten</i>	23
<i>Schnelle Akzeptanz des Euro bargeldes und großes Vertrauen in die OeNB</i>	26
Geldpolitik sichert Stabilität	27
<i>Drei Jahre erfolgreiche Geldpolitik des Eurosystems</i>	27
<i>Schwierige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2001</i>	29
<i>Vorausschauende Geldpolitik des Eurosystems bewährt sich und sichert Preisstabilität</i>	31
<i>Geldpolitische Aspekte der Euro bargeldumstellung</i>	35
<i>Wesentliche Entwicklungen in Österreich: Konjunktur – Budget – Leistungsbilanz</i>	38
OeNB trägt zur Sicherung der Finanzmarktstabilität bei	44
<i>Stabile Finanzmärkte als wesentliche Zielsetzung</i>	44
<i>Aktive Rolle im Basel II-Prozess</i>	45
<i>Neue Entwicklungen in der Finanzmarktaufsicht</i>	47
<i>OeNB wird mit der Zahlungssystemaufsicht betraut</i>	49
<i>Wesentliche Entwicklungen bei den Finanzintermediären</i>	50
Effiziente Aufgabenerfüllung	56
<i>Aufgaben der OeNB im Überblick</i>	56
<i>Effiziente Organisation</i>	59
<i>Verstärkte Kommunikation mit Kunden und Partnern</i>	61
<i>Tochtergesellschaften der OeNB als innovative Unternehmen</i>	63
<i>Strategische Positionierung für die Zukunft</i>	64
Internationaler Kooperations- und Dialogpartner OeNB	67
<i>Aktiver Partner in der europäischen Integration</i>	67
<i>Enge internationale Kooperation</i>	68
<i>Expertise für Zentral- und Osteuropa</i>	68

JAHRESABSCHLUSS 2001 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK	
Bilanz zum 31. Dezember 2001	72
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2001	74
Anhang zum Jahresabschluss 2001	75
<i>Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss</i>	75
<i>Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001</i>	77
<i>Kapitalbewegungen</i>	78
<i>Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2001</i>	78
<i>Monetäre Einkünfte im Eurosystem</i>	79
<i>Einführung des Euro bargeldes ab 1. Jänner 2002 – Auswirkung auf den Jahresabschluss 2001</i>	80
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</i>	81
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</i>	100
<i>Direktorium, Generalrat</i>	104
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer</i>	105
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	105

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2001	
	107

PUBLIKATIONEN		
Periodische Publikationen	110	Redaktionsschluss:
Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 2000 und 2001	111	25. April 2002





Generalrat, Staatskommissär,
Direktorium
und personelle Veränderungen,
Organisation der Bank

Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 2001

Adolf Wala

Präsident

Herbert Schimetschek

Vizepräsident

Generaldirektor

der UNIQA Versicherungen AG

Dipl.-Ing. August Astl

Generalsekretär der Präsidentenkonferenz
der Landwirtschaftskammern Österreichs

Dr. Rene Alfons Haiden

Generaldirektor i. P.
der Bank Austria AG

Mag. Dr. Walter Rothensteiner

Generaldirektor
der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Helmut Elsner

Generaldirektor
der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Dr. Richard Leutner

Leitender Sekretär
des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dipl.-Ing. Karl Werner Rüscher

Landesrat a. D.
2. Vizepräsident der OeNB a. D.

Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch

Vorstand des Instituts für Volkswirtschaftslehre
an der Technischen Universität Wien

Dipl.-Ing. Johann Marihart

Generaldirektor
der Agrana Beteiligungs-AG

Dkfm. R. Engelbert Wenckheim

Vorstand
der Getränkeindustrie Holding AG

Dkfm. Lorenz R. Fritz

Generalsekretär
der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Werner Muhm

Direktor der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dkfm. Johann Zwettler

Vorstandsdirektor
der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat
bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Mag. Thomas Reindl

Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Dr. Martina Gerharter

Stellvertretende Vorsitzende
des Zentralbetriebsrats

Staatskommissär

Dr. Walter Ruess

Ministerialrat

im Bundesministerium
für Finanzen

Staatskommissär-Stellvertreter

Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler

Sektionsleiter

im Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Direktorium

Stand per 31. Dezember 2001



Dr. Klaus Liebscher
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Direktor

Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Vize-Gouverneurin

Mag. Dr. Peter Zöllner
Direktor

Personelle Veränderungen

vom 19. April 2001 bis 25. April 2002

Das Mitglied des Generalrats, Mag. Max *Kothbauer*, hat mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 17. Mai 2001 sein Generalratsmandat zurückgelegt. An seiner Stelle wurde der Vorstandsdirektor der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, Dkfm. Johann *Zwettler*, zum Mitglied des Generalrats gewählt.

Mit Wirkung vom 1. April 2002 wurde Dr. Manfred *Frey*, Präsident der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, vom Bundesminister für Finanzen an Stelle von Ministerialrat Dr. Walter *Ruess* zum Staatskommissär bestellt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 9. April 2002 beschlossen, Univ.-Prof. Dr. Bernhard *Felderer*, Direktor des Instituts für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (IHS), sowie Univ.-Prof. Dr. Herbert *Kofler*, Vorstand der Abteilung Betriebliches Finanz- und Steuerwesen am Institut für Wirtschaftswissenschaften, Universität Klagenfurt, mit Wirkung vom 23. April 2002 zu Mitgliedern des Generalrats zu ernennen. Ferner hat die Bundesregierung Mag. Werner *Muhm* mit Wirkung vom 23. April 2002 als Mitglied des Generalrats wieder ernannt. Die Funktionsperioden der Generalräte Dr. Rene Alfons *Haiden* und Dr. Richard *Leutner* endeten mit 22. April 2002.

Präsident	Vizepräsident
Adolf Wala	Herbert Schimetschek
Referat des Präsidenten L DDr. Richard Mader	
Direktorium	
Ressort Notenbankpolitik	Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher	Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Referat des Gouverneurs L Mag. Dr. Wolfgang Ippisch	Hauptabteilung
Innenrevision AL DRR Wolfgang Winter	Volkswirtschaft DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner
Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit L Mag. Wolfdietrich Grau	Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen AL Mag. Dr. Ernest Gnan
Abteilung für Planung und Controlling AL Mag. Gerhard Hohäuser	Abteilung für volkswirtschaftliche Studien AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter
Jubiläumsfonds L Dr. Wolfgang Höritsch	Abt. f. Integrationsangelegenheiten u. Internat. Finanzorganisationen AL Mag. Franz Nauschnigg
Hauptabteilung	Abteilung für die Analyse wirtschaftl. Entwicklungen im Ausland N. N.
Rechnungswesen DHA Michael Wolf	Repräsentanz Brüssel Mag. Dr. Reinhard Petschnigg
Abteilung Bilanzierung AL Friedrich Karrer	Repräsentanz Paris Mag. Andreas Breitenfellner
Abteilung Zentralbuchhaltung AL Otto Panholzer	Hauptabteilung
Hauptabteilung	Analyse und Revision DHA Mag. Andreas Ittner
Recht und Beteiligungen DHA Dr. Bruno Gruber	Abteilung für Finanzmarktanalyse AL DRR Dkfm. Helga Mramor
Rechtsabteilung AL Dr. Hubert Mölzer	Abteilung für Bankenanalyse und -revision AL DRR Peter Mayerhofer
Beteiligungsmanagement	Kreditabteilung AL Mag. Dr. Franz Richter
	Hauptreferat
	Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung DHR Mag. Peter Achleitner

- AL Abteilungsleiter
- DHA Direktor der Hauptabteilung
- DHR Direktor des Hauptreferats
- DRR Direktionsrat
- DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
- L Leiter
- LZA Leiter der Zweiganstalt
- TL Technischer Leiter

Ressort Informationsverarbeitung und Geldwesen
Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Hauptabteilung

Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr
DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für DV-Entwicklung
AL Dr. Reinhard Auer

Abteilung für den Betrieb des Rechenzentrums
AL DRR Rudolf Kulda

Zahlungsverkehrsabteilung
AL Mag. Andreas Dostal

Hauptabteilung

Hauptkasse und Zweiganstalten
DHA Alfred Scherz

Banknoten- und Münzenkasse
AL Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei
TL Gerhard Habitzl

St. Pölten Zweiganstalten-Koordination
LZA Horst Walka

Bregenz
DZA Helmut Höpperger

Eisenstadt
DZA Mag. Friedrich Fasching

Graz
DZA Mag. Dr. Gerhard Schulz

Innsbruck
DZA Dr. Günther Federer

Klagenfurt
DZA Günter Willegger

Linz
DZA Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Salzburg
DZA Elisabeth Kollarz

Ressort Investitionspolitik und Interne Dienste
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Personalabteilung
AL DRR Dkfm. Maria Zojer

Hauptabteilung

Treasury
DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
AL Mag. Rudolf Kreuz

Treasury - Front Office
AL Mag. Walter Sevcik

Treasury - Back Office
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London
Elisabeth Antensteiner

Repräsentanz New York
Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung

Organisation und Interne Dienste
DHA Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung
AL Dr. Norbert Weiß¹⁾

Administrationsabteilung
AL Dipl.-Ing. Roland Kontrus

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Alfred Tomek

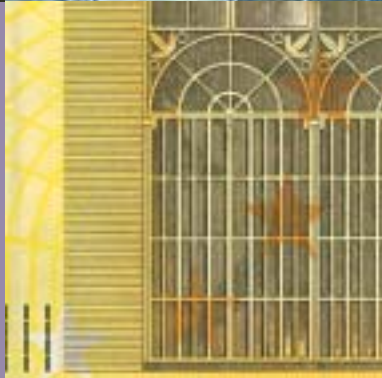
Hauptabteilung

Statistik
DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve
AL Mag. Dr. Alfred Rosteck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten
AL Eva-Maria Nesvadba

¹ Umweltbeauftragter.





Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2001

Von der exakten Planung zur erfolgreichen Umsetzung

Euro bargeldumstellung

als historisch einmaliges Projekt

Mit dem In-Kraft-Treten der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zum 1. Jänner 1999 hat die Europäische Union (EU) einen vorläufigen integrationspolitischen Höhepunkt erreicht. Die Einführung der Eurobanknoten und -münzen mit 1. Jänner 2002 stellt den letzten Schritt zur Vollendung der Währungsunion dar. Der dafür erforderliche Aufwand ist als Investition in die europäische monetäre Infrastruktur zu sehen und trägt zur Förderung des langfristigen Wachstumspotenzials bei. Die Euro bargeld-einführung stellte für die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) eine der größten Herausforderungen und Bewährungsproben in ihrer 185-jährigen Geschichte dar. Die Rahmenbedingungen wurden gemeinsam mit den Zentralbanken des Eurosystems und der Europäischen Zentralbank (EZB) entwickelt, die Ausführung lag in der Verantwortung der Nationalen Zentralbanken (NZBen).

Erstmalig haben zwölf souveräne Staaten eine neue, gemeinsame Währung eingeführt. Bis zur tatsächlichen Verwirklichung dieser Zielsetzung hat sich aber ein weiter Bogen von Aktivitäten gespannt: Er reicht von den politischen Beschlüssen zu einer gemeinsamen Währung im Vertrag von Maastricht (1992) über die „Taufe“ des neuen Geldes auf den Namen Euro (1995), die Entscheidung für das Banknotendesign von Robert Kalina (1996), die Gründung der EZB (1998), die Festsetzung der unwiderruflichen Umrechnungskurse zum Jahreswechsel 1998/99 bis hin zum Beginn der WWU und

der gleichzeitigen Einführung des Euro als Buchgeld am 1. Jänner 1999. Die Einführung des Euro bargeldes war der letzte Mosaikstein der dritten Stufe der WWU.

Auch wenn die WWU schon drei Jahre erfolgreich bestand, war die Einführung des Euro bargeldes jener Moment, der von der Bevölkerung die größte Anpassung verlangte und für den Einzelnen die Währungsunion erst richtig ins Bewusstsein rückte. Diese psychologische Schwelle galt jedoch nicht nur für die Konsumenten, sondern auch für das weltweite monetäre Gefüge. Wenige Tage nach Einführung des Euro bargeldes gaben einige große Staaten bekannt, dass sie künftig bei ihren Währungsreserven ein Gleichgewicht zwischen dem US-Dollar und dem Euro anstreben würden. Ebenso wurde die Fakturierung von Welthandelsgütern wie z. B. Rohöl in Euro diskutiert.

Die Umsetzung der Euro bargeldumstellung zog die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sowohl auf die OeNB, ihre beteiligten Tochtergesellschaften, als auch auf alle anderen Partner, wie z. B. die Geschäftsbanken und die Exekutive. Auf Grund der Dimension des Projekts wurde mit der Planung dieses Ereignisses bereits frühzeitig begonnen. Als Konsequenz kam es zu einer weitreichenden Umgestaltung des Bargeldbereichs in der OeNB und im österreichischen Bankensektor.

Frühzeitige organisatorische Umgestaltung in der OeNB

Die herausragende Aktivität im Vorfeld der Einführung des Euro bargeldes war die Produktion der Münzen und Banknoten. Diese fand für den österreichischen Erstbedarf in den beiden Tochtergesellschaften der OeNB – der Münze Österreich AG

(MÖAG) und der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) statt. Die MÖAG entstand in ihrer heutigen Form im Jahr 1989, als die OeNB das damalige Österreichische Hauptmünzamt vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) kaufte. Seit diesem Zeitpunkt fand eine intensive Orientierung an Markt- und Kundenbedürfnissen statt – z. B. wurde der Philharmoniker zur meist verkauften europäischen Goldmünze. Die OeBS entwickelte sich 1998 aus der Druckerei für Wertpapiere, einer früheren Abteilung der OeNB. Die Ausgliederung wurde auch deshalb vorgenommen, um diesem weltweit anerkannten Kompetenzzentrum der OeNB die notwendige Struktur und Flexibilität zu geben, sich auf dem Weltmarkt positionieren zu können. Neben der OeNB zählen bereits fünf andere Zentralbanken aus Ländern des Euroraums sowie sechs weitere aus Zentral- und Osteuropa zu den Kunden der OeBS, die sich auf dem Markt gut etabliert hat.

Eine weitere Maßnahme war die Gründung der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA), deren Aufgabe es wurde, eine effiziente Geldlogistik in Österreich sicherzustellen.¹⁾ Damit wurde die wichtigste operative Plattform für die Bargeldumstellung geschaffen.

Auch die Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H. war im Laufe der Vorbereitungen auf den Bargeldtausch einem Wandel unterworfen. Ursprünglich gegründet, um Vereinfachungen und Standardisierungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr zu entwickeln, wurde sie nun zur wichtigsten Kooperationsplattform zwischen den österreichischen Geschäfts-

banken und der OeNB. Die enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen der OeNB und den Banken, sowohl im operativen Bereich (GSA) als auch in der Koordination (STUZZA), war für eine Reihe von anderen Ländern des Euroraums – aber insbesondere für die zentral- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidatenländer – willkommener Anlass, das österreichische Modell zu studieren und Anregungen für die eigene langfristige Planung mitzunehmen.

Detaillierte Projektstruktur

Die komplexen Herausforderungen der Eurobargeldumstellung wurden in einem detaillierten Projekt gebündelt. Ein Ziel bestand darin, die notwendigen Kapazitäten flexibel aufzubauen und schließlich alle übernommenen Aufgaben schrittweise in einen geregelten Normalbetrieb einzubinden.

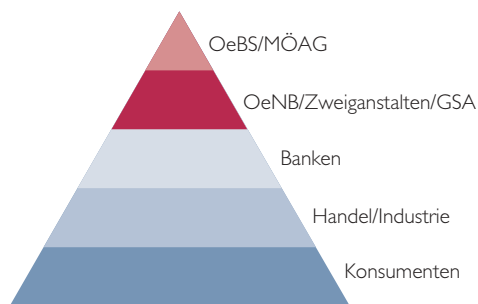
Das Projekt unterteilte sich in 16 Subprojekte mit jeweils eigener Projektstruktur. Diese Subprojekte befassten sich mit unterschiedlichen Themen wie z. B. Standortbauplanung, Simulation, IT-Architektur oder Vorverteilung.

Logistische Feinsteuerung

Das logistische System für die Bargeldverteilung in Österreich baute sich sowohl für den Erstbedarf als auch für alle folgenden Phasen wie folgt auf (siehe Grafik): Von der OeBS und der MÖAG wurden die Banknoten und Münzen direkt an die OeNB-Hauptanstalt in Wien, die Zweiganstalten in den Landeshauptstädten sowie an die dort räumlich angeschlossenen „Cash-Center“ der GSA ausgeliefert.

Im nächsten Schritt wurden von diesen Lagerstellen die Banken beliefert; dafür wurden private Wertetransportunternehmen beauftragt.

¹ Siehe dazu den
Geschäftsbericht 2000,
Seite 51.



Auf Grund der Eurovorverteilung entschieden sich die Banken auch in diesem Bereich für eine gemeinsame Vorgangsweise. Bis dahin hatte jede Bank einen eigenen Vertrag mit ihrem Transporteur, was zu Parallelitäten in der Routenplanung führte. Für die Vorverteilung von Euro bargeld im Laufe des Jahres 2001 haben sie sich daher zur ARGE Geldlogistik zusammengeschlossen und gemeinsam Verträge mit einem Unternehmen für Banknoten bzw. Münzen abgeschlossen. Dies führte dazu, dass in Österreich in der „heißen“ Phase der Vorverteilung nur rund 20% mehr Transporte notwendig waren, als im Normalbetrieb.

Schrittweise Versorgung der Bevölkerung mit Euro bargeld

Das Jahr 2001 war für das Projekt Geldlogistik durch verschiedene Meilensteine gekennzeichnet:

- Bis Ende April gaben die Geschäftsbanken der OeNB die Vorverteilungsmengen bekannt. Diese gemeldeten Werte waren die Basis für alle weiteren Planungen.
- Mit 1. September konnten erstmals Banknoten und Münzen von den Tresoren der OeNB an die Geschäftsbanken ausgeliefert werden. Theoretisch war es ab diesem Zeitpunkt den Banken schon erlaubt, Bargeldbestände an Unternehmen weiterzugeben, es fanden jedoch hauptsächlich Auslieferungen von Schulungsgeld in sehr kleinen Mengen statt. Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen wurde erst Ende November oder im Dezember beliefert.

Rücktausch von Schillingbanknoten

Banknoten mit zeitlich unbegrenztem Umtausch

5000 S/II. Form	Wolfgang A. Mozart
1000 S/IV. Form	Karl Landsteiner
500 S/IV. Form	Rosa Mayreder
100 S/VI. Form	Eugen v. Bawerk
50 S/IV. Form	Sigmund Freud
20 S/IV. Form	Moritz M. Daffinger

Zur Präklusion aufgerufene Banknoten¹⁾

1000 S/III. Form	Bertha v. Suttner	30. August 2005
1000 S/IV. Form	Erwin Schrödinger	20. April 2018
500 S/III. Form	Josef Ressel	31. August 2007
500 S/III. Form	Otto Wagner	20. April 2018
100 S/IV. Form	Angelika Kauffmann	28. November 2006
100 S/IV. Form (2. Auflage)	Angelika Kauffmann	28. November 2006
50 S/III. Form	Ferdinand Raimund	31. August 2008
50 S/III. Form (2. Auflage)	Ferdinand Raimund	31. August 2008
20 S/IV. Form	Carl Ritter v. Ghega	30. September 2009

¹⁾ Diese Banknoten werden noch bis zum angegebenen Präklusivtermin von der OeNB zur Umwechslung angenommen.

- Ab 1. Dezember wurde der Euro auch an Banken in Drittstaaten vorverteilt.
- Ab 15. Dezember erhielten die Konsumenten erstmals das neue Geld in Form von Münzen (vorwiegend Startpakete).
- 1. Jänner 2002: Ausgabe von Eurobanknoten und -münzen, Beginn der dualen Phase, Euro und Schilling gelten als gesetzliche Zahlungsmittel. Mit 28. Februar 2002 endete die duale Phase und ab 1. März 2002 ist nur noch der Euro gesetzliches Zahlungsmittel. Die verbliebenen Schillingbestände der aktuellen Serie können jedoch zeitlich und betragsmäßig unbegrenzt bei der OeNB gegen Euro getauscht werden (siehe Kasten „Rücktausch von Schillingbanknoten“).

Umfangreiche Schulungen für Bargeldprofis

Eines der wesentlichsten Ziele der OeNB war es, nicht nur das Geld selbst, sondern auch die Informationen über den Euro möglichst zeitnah und flächendeckend an die Adressaten zu bringen. Den Ausgangspunkt bildete dabei die OeBS bzw. das dort angesiedelte „National Analysis Center“ mit den Experten für Falschgeldererkennung. In einem ersten Schritt wurden in intensiven Schulungen fünf OeNB-Mitarbeiter aus der Hauptanstalt sowie jeweils zwei aus jeder Zweiganstalt zu Banknotenexperten ausgebildet. Deren Aufgabe war es, externe Moderatoren, so genannte Multiplikatoren, auszubilden. Diese rekrutierten sich aus den Geschäftsbanken, der Exekutive, den Kammern und anderen Organisationen und wurden speziell für diese Aufgabe ausgewählt. Wurde anfangs noch von 1.000 externen Moderatoren ausgegangen, konnten

letztendlich in der Zeit von Ende Juli bis Anfang November 2001 mehr als 2.500 Personen geschult werden.

Für die Schulungen wurden ausnahmslos echte Eurobanknoten verwendet. Den Multiplikatoren wurde neben den Sicherheitsmerkmalen des Euro auch Basiswissen über Falschgeld (anhand aufgegriffener Fälschungen der Altwährungen) vermittelt. Darüber hinaus wurde jedem Teilnehmer als Unterstützung ein Moderatorenkoffer mit Schulungsmaterial (Broschüren, CD mit Präsentationen, Video etc.) übergeben. Die Multiplikatoren waren gefordert, dieses Wissen in ihrer jeweiligen Organisation an die Geldprofis weiterzugeben. Die Endanwender dieser Information waren Bankkassiere, Handelsangestellte, Exekutivbeamte und andere Berufsgruppen, die regelmäßig mit Geld zu tun haben. Insgesamt konnten über dieses System rund 250.000 Geldprofis erreicht werden, die selbst wiederum als kompetente Ansprechpartner für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung standen.

450.000 Transaktionen im Valutentausch

Während in der Vergangenheit jede Zentralbank ausschließlich die Banknoten zurückgenommen hat, die von ihr selbst ausgegeben wurden, haben sich die NZBen des Eurosystems im Art. 52 des ESZB/EZB-Statuts verpflichtet, ab der Einführung des Euro als Buchgeld bis Ende März 2002 auch die jeweils aktuelle Banknotenserie der anderen Länder kostenfrei zu tauschen. Insgesamt wurden in den Valutenkassen, die in Wien und allen Zweiganstalten mit Kassenbetrieb eingerichtet wurden, bis Ende März 2002 über 450.000 derartige Transaktionen mit einem Gesamtvolumen von 388 Mio EUR abgewickelt.

**Österreich
mit höchster Vorverteilungsquote**

Auf Grund intensiver Vorbereitung und sehr guter Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken gelang es, dass die relative Vorverteilungsmenge in Österreich höher als in jedem anderen Land des Euroraums war. Der durchschnittliche Schillingbargeldumlauf betrug rund 13,6 Mrd EUR. Die Vorverteilungsmenge lag bei 10,3 Mrd EUR, was etwa 75% dieses Werts entsprach. Dieses Ergebnis resultierte sowohl aus der frühzeitigen Information der Wirtschaft und dem Anbieten von Rechnern für die Wechselgeldberechnung (Euro-Calculus) als auch aus der vorausblickenden Haltung der Banken in Bezug auf mögliche Euroabflüsse in die Nachbarstaaten.

Die Vorverteilung wurde über eine in der OeNB angesiedelte Datenbank gesteuert und in einer Hochsicherheitsumgebung ohne Zwischenfälle vollzogen. Obwohl nur 12,4% des Vorverteilungsvolumens an Unternehmen verteilt wurden, zeigte sich, dass sich die Unternehmen vorsorglich mit den kleineren (Wechselgeld-)Kategorien eingedeckt hatten. Zum Jahresbeginn 2002 befanden sich von eini-

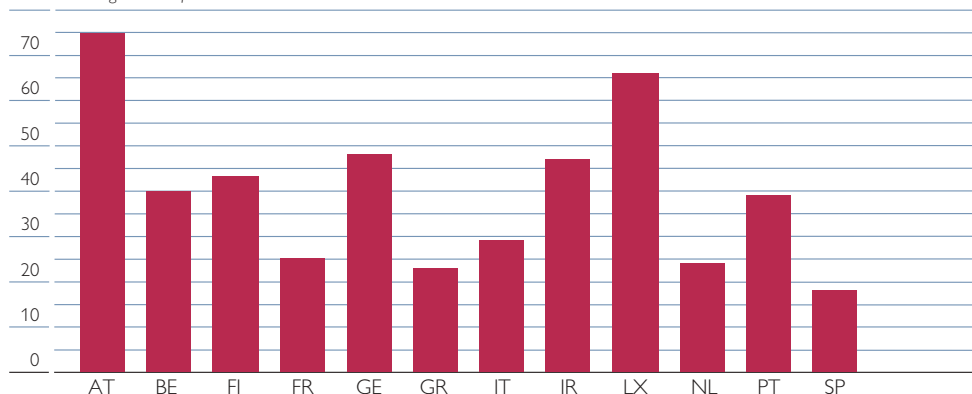
gen Münzkategorien bereits mehr als 60% der vorverteilten Münzen in den Wechselgeldladen des Handels.

500 Mio EUR in Nachbarstaaten vorverteilt

Neben der nationalen Komponente kam in Österreich auf Grund der geografischen Lage auch eine internationale Komponente zum Tragen. In den zentral- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidatenländern wurde ein relativ großer Bestand an nationalen Zahlungsmitteln der Länder des Euroraums gehalten (insbesondere D-Mark und Schilling). Es war davon auszugehen, dass diese rasch in Euro getauscht werden. Da Österreich für viele dieser Staaten die nächste Möglichkeit zum kostenlosen Tausch darstellte, waren entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Im Vorfeld fanden daher zahlreiche bilaterale Kontakte zwischen Vertretern der OeNB und der jeweiligen NZB statt. Zusätzlich wurden Möglichkeiten der Nachdotierung durch die EZB geschaffen und ein bilaterales Abkommen mit der Deutschen Bundesbank getroffen, um eine eventuell durch Abflüsse entstehende Bargeldknappheit in Österreich rasch beheben zu können. Um den un-

Vorverteilungsquote von Bargeld im Euroraum

in % des Bargeldumlaufs



Quelle: OeNB.

mittelbaren Bedarf nach dem Jahreswechsel 2001/02 sicherzustellen, wurden aus Österreich mehr als 500 Mio EUR an die Nachbarstaaten vorverteilt. Diese Transaktionen wurden vorwiegend über die bestehenden Kanäle der Geschäftsbanken abgewickelt.

Intensive Aktivitäten für den Schillingrücklauf

Der Startschuss zur forcierten vorzeitigen Rückholung von Schillingmünzen wurde vor dem Sommer 2001 gemeinsam mit der Aktion „Licht ins Dunkel“ und dem Österreichischen Jugendrotkreuz gesetzt. An den Schulen wurde die Aktion „Gib dem Schilling eine Chance – Spende für Kinder in Not“ gestartet. Durch diese Spendenaktionen und das Einsetzen der Werbekampagne konnte allmählich ein Rückgang des Münzenumlaufs festgestellt werden. Aber auch das zunehmende Bewusstsein der Bevölkerung, dass ein frühzeitiges Abgeben der Münzen sinnvoll ist, förderte diesen Prozess.

Im Herbst 2001 startete die OeNB mit dem Aufruf „Ich will nachhause“ eine breit angelegte Kampagne zur Münzenrückholung, die zeitlich mit der Weltsparwoche abgestimmt war, um den traditionell, hinsichtlich

der Münzeneinlieferungen, intensivsten Zeitraum in Kooperation mit den Geschäftsbanken zu nutzen. Eine weitere Maßnahme in diesem Zusammenhang stellte die Aktion „Betragsgenaues Zahlen“ gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) dar.

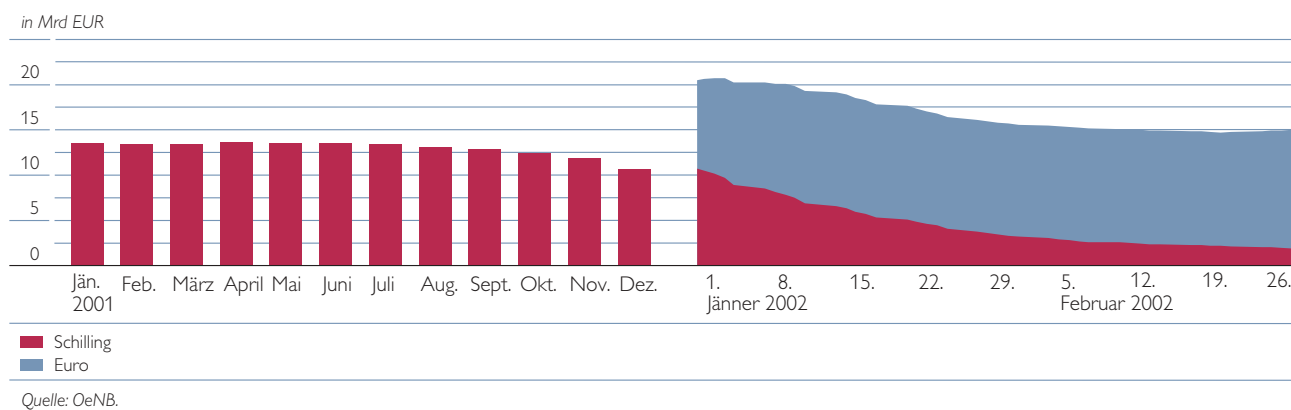
Als Richtwert für den zu erwartenden Banknotenrücklauf wurde der Umlauf mit 31. Dezember 2000 angesetzt, wobei etwa 95% – insgesamt sind das Schillingbanknoten im Gegenwert von 13,2 Mrd EUR – zurückerwartet wurden.

Bei den Münzen wurde nicht der Wert, sondern die Stückzahl angesetzt. Mit 31. Dezember 2000 waren rund 6,5 Mrd Stück Münzen in Umlauf.

Da sich die Münzenlandschaft in Österreich seit den Sechzigerjahren nicht mehr verändert hat und rund 3 Mrd 10-Groschen-Stücke sowie 1,5 Mrd Stück Schillingmünzen im Umlauf enthalten waren, ging die OeNB von einer geschätzten Rücklaufmenge von rund 3 Mrd Stück aus.

Der effektive Rückfluss des Schillings setzte im Sommer 2001 ein. Während die Bargeldmenge in den Sommermonaten normalerweise zunimmt, ging sie im Jahr 2001 zurück. Zu Jahresbeginn 2002 waren von

Bargeldumlauf im Jahr 2001 sowie im Jänner und Februar 2002



den errechneten Rücklaufmengen im Banknotenbereich bereits 25% und bei den Münzen 35% zurückgekommen. Mit 1. Jänner 2002 wurden die vorverteilten Eurobanknoten und -münzen zum gesetzlichen Zahlungsmittel und die Geldmenge stieg sprunghaft. Während der dualen Phase reduzierte sich der Schillingumlauf jedoch stark.

Alte Schillingbanknoten werden zu Dämmmaterial, alte Schillingmünzen zu Euromünzen

In der Vergangenheit wurden aus dem Verkehr gezogene Banknoten, geschreddert und anschließend verbrannt. Da es absehbar war, dass mit der Einführung der Eurobanknoten eine größere Menge an Schreddermaterial anfallen würde, hat die OeNB nach einer umweltverträglichen Verwertungsmöglichkeit gesucht. Nach erfolglosen Versuchen mit Papier-Recycling und Kompostierung konnte eine Methode gefunden werden, bei der das Schreddermaterial der Banknoten als Rohstoff für die Erzeugung von Dämmmaterialien herangezogen werden kann. Nach umfangreichen Tests konnte der Echtbetrieb aufgenommen werden, sodass 100% der geschredderten Schillingbanknoten als Dämmmaterial in der Bauwirtschaft Verwendung fanden. Durch die Optimierung der Abläufe konnte auch erreicht werden, dass der Transport des Materials zur Erzeugerfirma fast flächendeckend umweltfreundlich mit der Bahn erfolgte.

Die Münzen werden nach ihrer Rückführung von der MÖAG bis zur Unkenntlichkeit verbogen („verstampelt“) und je nach verwendeter Metalllegierung auf dem Altmetallmarkt verkauft. Aus den verschiedenen Rohstoffen können wieder neue Produkte geschaffen werden. So ent-

stehen z. B. aus den 5- oder 10-Schillingmünzen wieder Euromünzen bzw. aus den 10-Groschen-Stücken neue Aluminiumprodukte.

Mit der Nationalbank zum Euro: intensive und breit gestreute Informationsaktivitäten

Kommunikationspolitische Herausforderung

Die Eurobargeldumstellung war sowohl eine sehr große logistische, als auch eine besondere kommunikationspolitische Herausforderung. Veränderungen von derartigem Ausmaß – nämlich eine Währungs-umstellung – erzeugen Skepsis und Unsicherheiten, weshalb von der OeNB eine umfangreiche Informationskampagne ins Leben gerufen wurde, die alle Bereiche der Gesellschaft tangiert hat. Bereits im Frühjahr 2001 wurde eine Kampagne gestartet, die auf den Aufbau einer positiven Einstellung zum Euro abzielte und mit Herbst 2001 beginnend in die Hauptkampagne mit dem Titel „Mit der Nationalbank zum Euro“ mündete. Diese intensiven Vorbereitungen und Informationen dienten der Prävention etwaiger Probleme und waren damit ein wesentlicher Garant für einen reibungslosen Ablauf der Eurobargeldumstellung. Die Herausforderungen für die Kommunikationspolitik waren immens, musste doch die gesamte Bevölkerung unabhängig von Interesse, Mediennutzung und Umfeld angesprochen werden.

In mehreren Ausprägungen wurden die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen daher direkt angesprochen und das Werteverständnis bzw. die Kenntnisse über das neue Bargeld und dessen Sicherheitsmerkmale vertieft. Unterstützt wurde diese

OeNB-Werbeoffensive durch die Kampagne der EZB „Der Euro unser Geld“, die gemeinsam mit den NZBen des Eurosystems entwickelt wurde und die Bürger des Euroraums auf das neue Bargeld vorbereitet hat. Die EZB und die OeNB arbeiteten eng mit einem Netzwerk von Partnern bestehend aus den Regierungsstellen, den Behörden, den Interessenvertretungen, den Unternehmen, dem ORF, den Medien und Kreditinstituten zusammen, wobei sich die Kooperation mit dem ORF von Informations- bis zu Unterhaltungssendungen spannte und damit die Erreichbarkeit der Österreicherinnen und Österreicher weiter erhöhte und einen wesentlichen Beitrag für den Erfolg der Kampagne leistete. Durch die Bündelung dieser Kräfte gelang es, die Informationen in allen Teilen unseres Landes vielschichtig verfügbar zu machen.

Umfangreiches Serviceangebot der OeNB

Neben großflächiger Werbung hat die OeNB bei einer Reihe von Informationsveranstaltungen zum Euro den direkten Kontakt mit der Bevölkerung gesucht. Zu diesem Zweck wurden gemeinsam mit der WKÖ und dem ORF eine Hotline installiert sowie die Kapazitäten des OeNB-internen „Call Centers“ erhöht. Von diesem wurden von Juni bis Dezember 2001 rund 9.000 Anrufe entgegen genommen. Die Anzahl der bearbeiteten E-Mail-Anfragen belief sich im Jahr 2001 auf knapp 8.000.

Präsentation der Eurobanknoten

Seitens der Medien galt das Interesse vornehmlich der Sicherheit beim Transport der Eurobanknoten und -münzen. Die besondere Herausforderung bestand darin, die richtige Mischung zwischen den Sicherheitsanforderungen und dem Informa-

tionsbedarf der Bevölkerung zu finden. Einerseits musste die Öffentlichkeit umfassend informiert werden, andererseits durfte die Sicherheit nicht darunter leiden. Deshalb wurden das endgültige Aussehen der Eurobanknoten und -münzen und deren Sicherheitsmerkmale erst am 30. August 2001 durch die EZB in Frankfurt und am 31. August 2001 durch die OeNB in Wien der Öffentlichkeit präsentiert.

Breite Palette an Informationsprodukten

Die Aspekte der Eurobargeldumstellung wurden des Weiteren in zahlreichen Produkten dargestellt.

- Insgesamt wurden 30,1 Mio Folder produziert, verteilt, versendet bzw. in Kreditinstituten sowie in diversen Ämtern und Betrieben aufgelegt.
- Weiters wurden 4 Mio Miniposter, die Hinweise auf das endgültige Aussehen der Eurobanknoten und die Sicherheitsmerkmale des neuen Bargeldes geben, verteilt.
- Um an öffentlichen Orten der Bevölkerung einen Überblick über das neue Bargeld zu geben und diese ungeachtet ihres eigenen Informationsbedürfnisses für das Eurobargeld zu sensibilisieren, wurden 620.000 Stück Poster der Eurobanknoten und -münzen bzw. deren Sicherheitsmerkmale produziert und zum Einsatz gebracht.
- Gemeinsam mit der STUZZA, der WKÖ, der Euro-Initiative der Bundesregierung und den Banken wurde die Broschüre „Der Euro – unser neues Bargeld“ entwickelt und neben Deutsch und Englisch auch in acht Sprachen der EU-Beitrittskandidatenländer übersetzt.
- Spezielles Augenmerk wurde auf die Bedürfnisse von älteren

Menschen, Jugendlichen, Blinden und Sehbehinderten gelegt. So wurde z. B. in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Blindenverband ein Eurobanknoten- und -münzenschieber – der so genannte Euro-Cash-Test – verteilt, der es ermöglicht, rasch und exakt den Wert der jeweiligen Eurobanknote bzw. -münze feststellen zu können.

- Für Kinder und Jugendliche wurde einerseits spezielles Informationsmaterial in Form eines Schulkoffers bereitgestellt, andererseits wurde gemeinsam mit der EZB ein Gewinnspiel, „Euro-Superstar“, für Acht- bis Zwölfjährige initiiert.
- Zusätzlich wurden aktuelle Informationen betreffend die nationalen Umsetzungsmaßnahmen zum Eurotausch via OeNB-Homepage (unter: www.oenb.at/geldlogistik) laufend aktualisiert zur Verfügung gestellt.
- Die OeNB kooperierte mit den Landeslehrmittelstellen bei der Erstellung von multimedialen Euroinformationsmaterial für Kinder.
- Die OeNB sorgte mit Foldern und einer Wandausstellung für die Euroinformation der Zehn- bis Vierzehnjährigen.
- Gemeinsam mit der Euro-Initiative der Bundesregierung war die OeNB der tragende Partner für die Organisation und Veranstalter der „Euroinfotage“ im Frühjahr 2001, einer Veranstaltungsreihe, die für viele Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Informationsanlaufstelle darstellte.

Cockpit-Gruppe diente als Krisenstab

Im Zuge der Euro bargeldumstellung wurde von September 2001 bis Februar 2002 OeNB-intern ein Krisenstab (Cockpit) eingesetzt und detaillierte Einsatzpläne entwickelt. Das Cockpit hatte die Aufgabe schnell und effektiv auf Störfälle und Krisensituationen zu reagieren.

Erste Kontakte der Bevölkerung mit dem Eurogeld

Von 17. September bis 14. Dezember 2001 tourte der „Eurotrain“, ein Informations- und Beratungszug, durch Österreich und machte in rund 60 Bahnhöfen Halt. In Zusammenarbeit mit der Euro-Initiative der Bundesregierung, den ÖBB, der WKÖ und den Kreditinstituten hat die OeNB dazu beigetragen, eine Kommunikationsplattform ins Leben zu rufen, die für alle Alters- und Zielgruppen Informationen und fachkundige Beratung bot. Im Zuge der Zielankunft des „Eurotrain“ wurden in der Nacht von 14. auf 15. Dezember 2001 am Wiener Westbahnhof Euromünzen-Startpakete im Gegenwert von 200 ATS erstmals an die Bevölkerung abgegeben.

In der Silvesternacht wurden in Wien, symbolisch durch Gouverneur Dr. Liebscher, und in den Landeshauptstädten durch die Leiter der Zweiganstalten, Startpakete von Eurobanknoten und -münzen zu je 500 ATS, durch mobile Eurokassen im Rahmen der traditionellen „Silvesterpfade“, ausgegeben.¹⁾ Der Umstieg auf den Euro funktionierte in der Silvesternacht problemlos, die flächendeckende Verfügbarkeit konnte durch die 2.660 Bankomaten und 3.300 Geldausgabegeräte in den Foyers der Banken gewährleistet werden.

1) 5 EUR pro Paket wurden von der OeNB an die Aktion „Licht ins Dunkel“ gespendet.

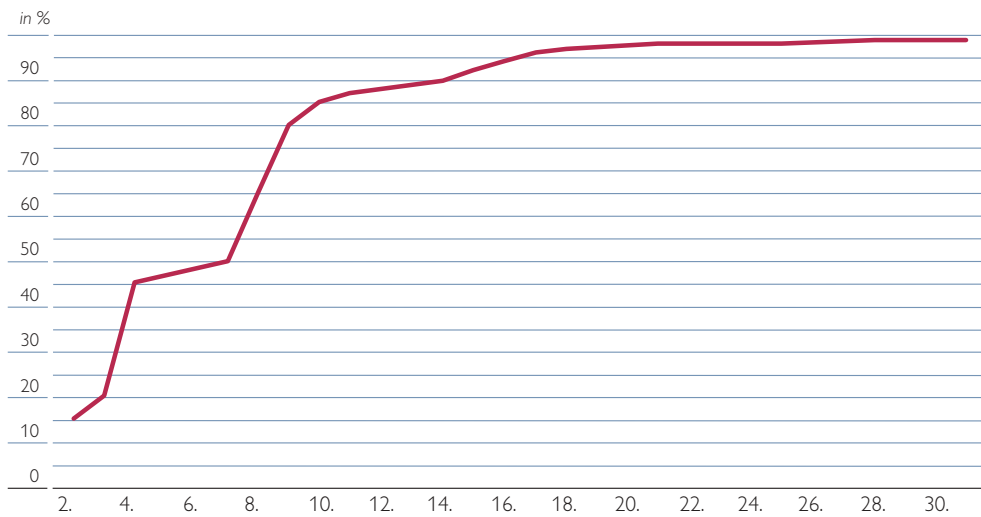
Schnelle Akzeptanz des Eurobargeldes und großes Vertrauen in die OeNB

Nach zwei Wochen
bereits 90% der Transaktionen in Euro

Die ersten Tage im Jänner 2002 standen ganz im Zeichen des Kennenlernens des neuen Zahlungsmittels. Bereits nach relativ kurzer Zeit

konnte beobachtet werden, dass der Umstieg auf die neue Währung sehr rasch erfolgen würde. Die Konsumenten und die Wirtschaft reagierten überwiegend positiv auf das neue Zahlungsmittel. Zwei Wochen nach der Einführung des Eurobargeldes wurden bereits rund 90% der Bargeldtransaktionen in Euro getätigt.

Verwendung des Euro bei Barzahlungen im Jänner 2002



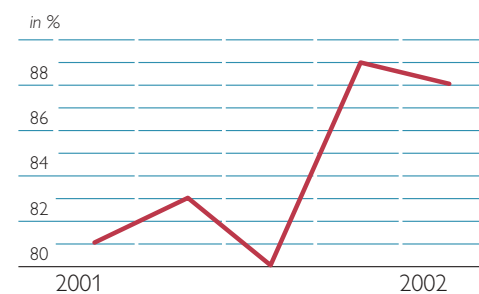
Quelle: OeNB.

Vertrauen in die OeNB erreicht Rekordwert

Durch die reibungslose Eurobargeldumstellung hat die OeNB ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Eine vom Meinungsforschungsinstitut IFES durchgeführte Studie bestätigt die gute Arbeit der OeNB mit einem Vertrauenswert der österreichischen Bevölkerung von 89% im vierten Quartal 2001. Das entspricht einem Zuwachs von 9 Prozentpunkten im Vergleich zum dritten Quartal 2001 und stellt den höchsten Wert dar, den die OeNB je erreicht hat. Dieses hohe

Niveau konnte auch im ersten Quartal 2002 mit 88% deutlich bestätigt werden.

Generelles Vertrauen in die OeNB



Quelle: OeNB.

Drei Jahre erfolgreiche Geldpolitik des Eurosystems

Aktive Rolle der OeNB
im Eurosystem

Träger der Währungsunion ist das unabhängige Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Es setzt sich aus der EZB und den NZBen aller 15 Mitgliedstaaten der EU zusammen. Jene zwölf NZBen (darunter die OeNB) der Länder, die den Euro bereits eingeführt haben, bilden gemeinsam mit der EZB das so genannte Eurosystem. An der Spitze des Eurosystems und des ESZB stehen die Beschlussorgane der EZB: der EZB-Rat und das EZB-Direktorium. Solange der Euro noch nicht in allen 15 EU-Mitgliedstaaten eingeführt ist (ausgenommen Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden), ist eine Unterscheidung zwischen ESZB und Eurosystem notwendig. In dieser Übergangsphase gibt es als weiteres Beschlussorgan den Erweiterten Rat, in dem der EZB-Präsident, der EZB-Vizepräsident sowie die Gouverneure der teilnehmenden und nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten vertreten sind.

Seit 1. Jänner 1999 ist das Eurosystem für die gemeinsame Geldpolitik des Euroraums zuständig. In diesem Kernbereich der Integration wirkt die OeNB als wesentliche Akteurin mit und nimmt an gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen teil. Im EZB-Rat ist der Gouverneur der OeNB mit Sitz und Stimme („ein Mitglied, eine Stimme“) vertreten. Dabei ist er unabhängig und weisungsfrei. Neben dieser Rolle als integraler Bestandteil des Eurosystems ist die OeNB auch Schnittstelle zur österreichischen Wirtschaftspolitik. Die in den drei Jahren der WWU gewonnenen Erfahrungen haben bei

der erfolgreichen Erfüllung der Aufgaben (z. B. Mitwirkung bei der Geldpolitik, Eurobargeldeinführung) wesentlich beigetragen.

Solides Wirtschaftswachstum,
stabile Preise,
rückläufige Arbeitslosigkeit

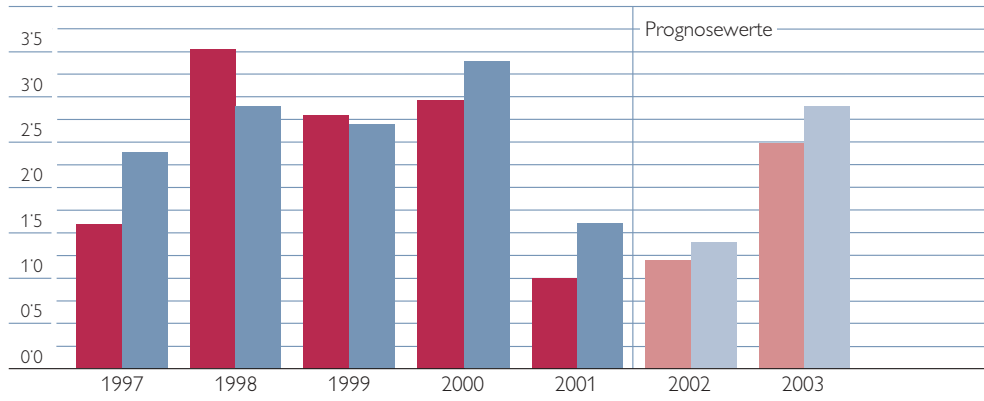
Die Währungsunion und der Euro haben sich bislang vorteilhaft auf die wirtschaftliche Entwicklung der zwölf Mitgliedstaaten ausgewirkt. Die Inflationsrate bewegte sich auf niedrigem Niveau. Die gemeinsame Geldpolitik mit dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität hat dem Euro zu einem hohen Grad an Stabilität verholfen. Die Budgetsalden der öffentlichen Haushalte konnten signifikant verbessert werden, beschleunigte strukturelle Reformen haben den wirtschaftlichen Gleichlauf der Mitgliedsländer begünstigt. Das Wirtschaftswachstum im Euroraum lag mit durchschnittlich 2,5% (1999 bis 2001) höher als in den Neunzigerjahren. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Jahr 2001 trotz wirtschaftlicher Schwäche einen historisch niedrigen Stand.

Eingebettet in die WWU hat auch Österreichs Wirtschaft profitiert und konnte im europäischen Kontext ihre Wettbewerbsfähigkeit – gestützt auf eine niedrige Teuerung, hohe Produktivitätsgewinne, eine moderate Lohnpolitik und ein robustes Beschäftigungswachstum – weiter stärken.

Wichtige Indikatoren für den Euroraum und Österreich

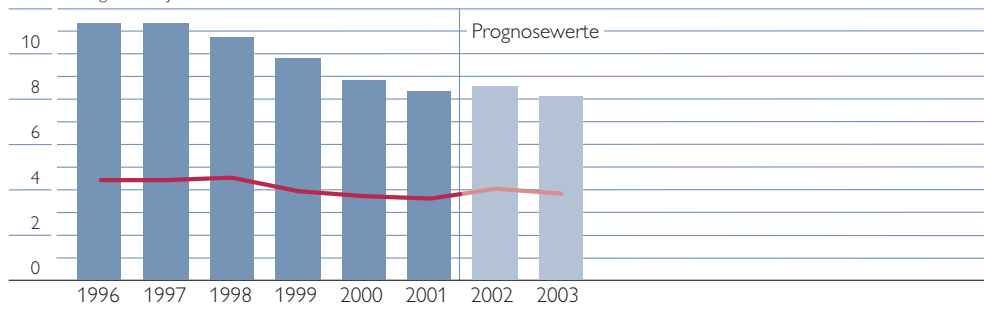
Wachstum des realen BIP

Veränderung zum Vorjahr in %



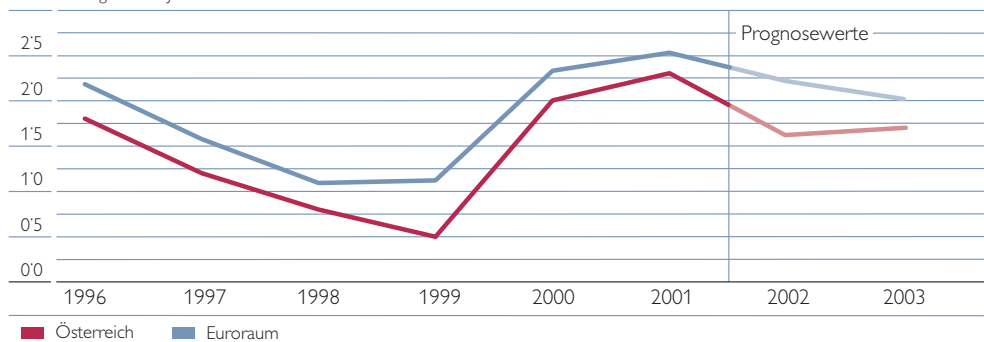
Arbeitslosenquote

Veränderung zum Vorjahr in %



HVPI-Inflationsrate

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: EUROSTAT, Statistik Austria, EU-Kommissionsprognose vom Frühjahr 2002.

Griechenland wurde 12. Mitglied der WWU

Der Euroraum ist im Jahr 2001 geografisch gewachsen: Mit 1. Jänner wurde Griechenland als 12. Mitgliedsland in die WWU aufgenommen. Der Beitritt verlief ohne Schwierigkeiten, die Konvergenz des Wechselkurses in Richtung EWS-Leitkurs begann schon 1999 und

hatte sich laufend fortgesetzt, sodass der Einstiegskurs schließlich problemlos auf den Leitkurs festgelegt werden konnte. Zu Ende des Jahres 2000 war auch die Differenz bei den kurzfristigen Zinsen zwischen Griechenland und dem Euroraum völlig verschwunden. Der Euroraum hat mit der Teilnahme Griechenlands einen um 3,4% höheren Bevölke-

rungsstand und ein um 1,9% höheres BIP (Stand 1. Jänner 2001).

Währungsunion besteht Belastungsprobe im Jahr 2001 problemlos

Im Jahr 2001 bestand der Euroraum eine erhebliche Belastungsprobe. Die durch den Konjunkturabschwung in den USA verursachte und durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 verstärkte ökonomische Schwäche konnte absorbiert werden. Das Aufgehen der nationalen Währungen im Euro war maßgeblich für die weitgehend erfolgreiche Krisenbekämpfung der beteiligten Mitgliedstaaten verantwortlich. Mit der WWU wurden krisenhafte Divergenzprozesse und Wechselkursstürbungen innerhalb der EU, wie sie bis in die Neunzigerjahre wiederholt bei externen Erschütterungen aufgetreten waren, verhindert.

Die Teilnahme Österreichs an der WWU hat sich somit in dieser unsicheren Periode als höchst vorteilhaft erwiesen – der Euroraum bot einen sicheren Rahmen und den Mitgliedstaaten teilweise Schutz vor negativen Einflüssen der Weltwirtschaft. Die österreichische Volkswirtschaft dürfte zudem in den nächsten Jahren noch Gewinnpotenzial aus der europäischen Integration haben: Das reale Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2001 mit 1,0% – wie schon im Jahr 2000 – leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums (+1,5%).

Schwierige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2001

Weltweiter Konjunkturabschwung ausgehend von den USA

Nach dem konjunkturrell besonders günstigen Jahr 2000, in dem die Weltwirtschaft mit 4,6% das höchste Wirtschaftswachstum seit Mitte der Achtzigerjahre aufwies, war das Jahr

2001 von einer stetigen Abschwächung gekennzeichnet. Ihren Ausgangspunkt hatte diese Entwicklung in den USA. Nach beinahe einem Jahrzehnt der anhaltenden Expansion schwächte sich das US-Wachstum im ersten Quartal 2001 erstmals ab. Damit zeichnete sich auch eine Zäsur nach einer Periode mit anhaltend hohem Wachstum ab, die Anlass zu Diskussionen über das Bestehen einer New Economy gegeben hatte.

In diesem Klima der sich stetig verlangsamenden wirtschaftlichen Dynamik lösten die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA einen Schock aus, der kurzfristig das Vertrauen der Wirtschaftsakteure erschütterte.

Überinvestitionen, Erdölpreisschock

Die Triebfeder des neunjährigen Konjunkturaufschwungs in den USA waren hohe Produktivitätszuwächse, ein Technologieschub, die stark kreditfinanzierte Konsumnachfrage und anhaltende Überinvestitionen. Die Masse an anlaufsuchendem Kapital löste einen Boom auf den Aktienmärkten aus, der sich vorwiegend im IT-Sektor bemerkbar machte. Diese Branche wurde von hohen Expansions- und Gewinnerwartungen gekennzeichnet. Die Aktienkurse dieser Unternehmen stiegen – im Rahmen einer allgemeinen Börsenhause – stark an.

Der rasante Expansionsprozess ging mit starken Beschäftigungszuwächsen einher. Daraus resultierte aber kein lohninduzierter Preisdruck, was auf die weitgehende Deregulierung des US-amerikanischen Arbeitsmarktes, die Produktivitätssteigerungen und die lebhaftige Konkurrenz auf den Produktmärkten zurückzuführen ist. Die private Konsumnachfrage bildete einen wesentlichen Motor der US-Wirtschaft.

Im Laufe des Jahres 2001 ging der Aufschwung zu Ende. Im Jahr 2001 stieg das reale BIP in den USA nur mehr um 1,2%, nach je 4,1% in den Jahren 1999 und 2000. Die Gewinnerwartungen im IT-Bereich erwiesen sich zunehmend als überzogen, und der Anstieg des Erdölpreises im Jahr 2000 zeigte verzögert bremsende Wirkung. Der im Jahr 2001 einsetzende Vertrauensverlust, der von den Terroranschlägen verstärkt wurde, bremste die Expansion auf den Aktienmärkten und dämpfte die Realwirtschaft. Der Kapitalaufbau im IT-Sektor erwies sich als Überinvestition und kam zum Erliegen. In den Monaten nach dem 11. September 2001 wurde die Wirtschaftsentwicklung in den USA überwiegend vom überraschenderweise relativ stabilen Konsum getragen.

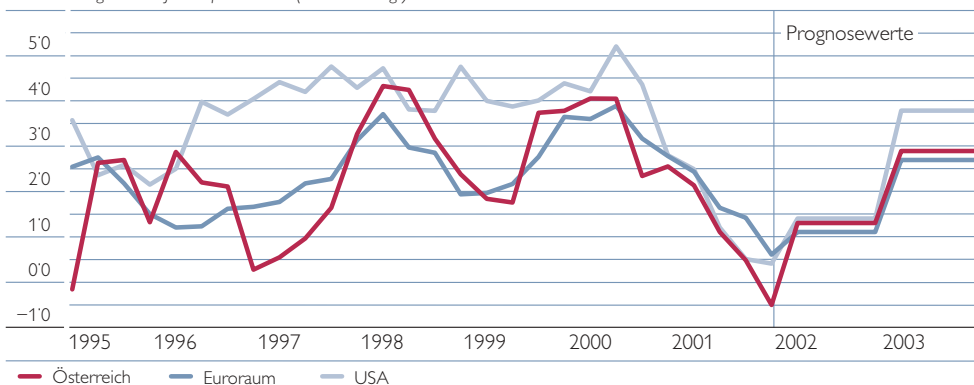
Angesichts der ungünstigen konjunkturellen Lage entschloss sich das Federal Open Market Committee (FOMC) des Federal Reserve Systems (FED) zu einschneidenden Leitzinssenkungen. In mehreren Schritten wurde der Zielwert für die Federal Funds Rate seit Jahresbeginn 2001 um insgesamt 475 Basispunkte bis zu einem historischen Tief von 1,75% im Dezember 2001 zurückgenommen.

Internationale Synchronisation des Konjunkturzyklus

Der Abschwung in den USA zog eine weitgehend gleichförmige Entwicklung in den übrigen Teilen der Welt nach sich. Die Gleichzeitigkeit der konjunkturellen Abkühlung in weiten Teilen der Weltwirtschaft ist ein neues Phänomen gegenüber den Zyklen der jüngeren Vergangenheit. Vielfach wird vermutet, die Synchronisation sei auf die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft zurückzuführen. Hinsichtlich der Rolle der einzelnen Transmissionskanäle besteht allerdings noch wenig Sicherheit. Eindeutig ist, dass die Weltwirtschaft von einem gemeinsamen Schock, dem Ansteigen der Erdölpreise im Jahr 2000, getroffen wurde. Darüber hinaus könnte die zunehmende Verbreitung multinationaler Unternehmen und die Verteilung von Stufen des Produktionsprozesses auf Standorte in verschiedenen Teilen der Welt über den Handelskanal zu einer Übertragung von wirtschaftlichen Schwankungen beitragen. Auch die wachsende weltweite Portfoliodiversifizierung durch die Anleger könnte dazu führen, dass Entwicklungen in einzelnen Staaten unmittelbare Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen von Anlegern

Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderung zum Vorjahresquartal in % (saisonbereinigt)



Quelle: OeNB, WIFO, EUROSTAT, IWF-Prognose vom März 2002.

in anderen Wirtschaftsräumen haben. Ebenso ist denkbar, dass Vertrauenskrisen durch Nachahmungseffekte auf andere Wirtschaftsräume übertragen werden.

Vorausschauende Geldpolitik des Eurosystems bewährt sich und sichert Preisstabilität

Konjunkturschwäche erfasst den Euroraum, steigende Inflationsrate durch Erdöl- und Nahrungsmittelpreise

Die erwähnten Transmissionskanäle könnten erklären, warum auch der Euroraum trotz guter Fundamentalfaktoren und keinerlei ökonomischer Ungleichgewichte von dem konjunkturellen Abschwung in den USA erfasst wurde. Im Unterschied zu den USA hat im Euroraum die Privatverschuldung keine belastenden Ausmaße angenommen und es gibt keine Hinweise auf Überinvestitionen. Das sind Faktoren, die die Konjunkturdelle im Jahr 2001 – das BIP-Wachstum betrug 1,5% – auf externe Einflüsse zurückführen lassen.

Der Euroraum wurde im Verlauf des Jahres 2001 unmittelbar von einem Rückgang der Exporte getroffen, ebenso reduzierte sich das Wachstum der Investitionen. In weiterer Folge gingen gegen Ende des Jahres 2001 auch die Vertrauensindikatoren zurück. Der gesamte Euroraum war im Jahr 2001 durch einen Wirtschaftsabschwung gekennzeichnet, wobei die Auswirkungen regional unterschiedlich ausfielen. Deutschland etwa rutschte nach der Definition von zwei aufeinander folgenden Quartalen mit negativem Wachstum bereits in eine Rezession. In Österreich verflachte das reale BIP-Wachstum vor allem im zweiten Halbjahr, für das gesamte Jahr 2001 ergab sich eine Steigerung um 1,0%

(siehe Abschnitt „Wesentliche Entwicklungen in Österreich: Konjunktur – Budget – Leistungsbilanz“).

Das ungünstige konjunkturelle Umfeld im Euroraum wurde im ersten Halbjahr 2001 durch die steigenden Erdöl- und Lebensmittelpreise (unter anderem infolge der BSE¹-Krise) und die wechselkursbedingten Importverteuerungen belastet.

EZB-Rat senkt Zinsen im Mai und August 2001 um insgesamt 50 Basispunkte

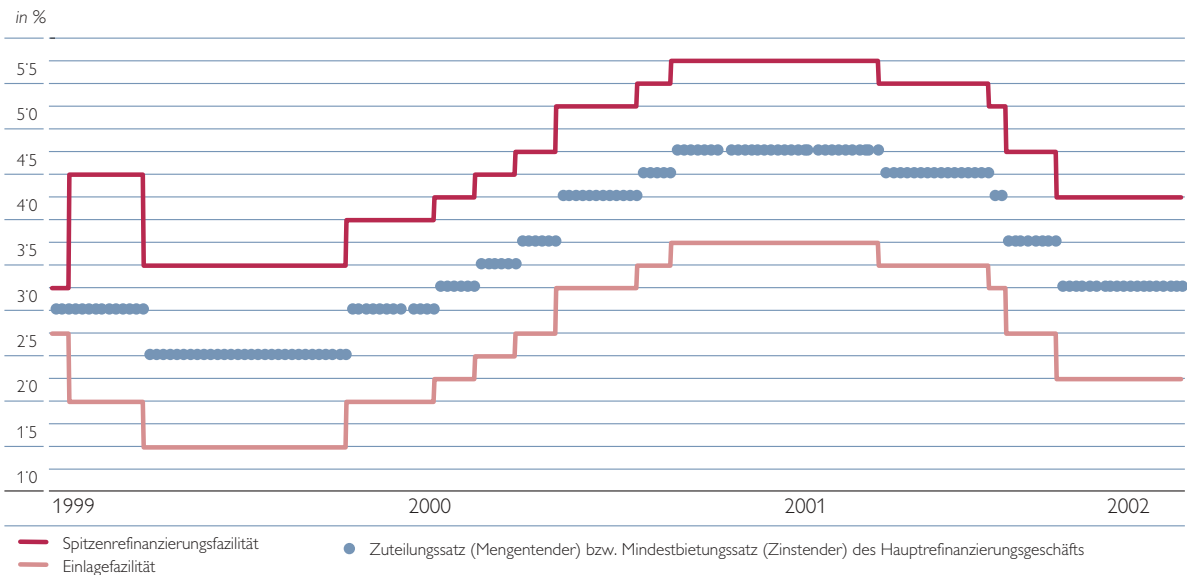
Zu Beginn des Jahres 2001 lag der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,75% (seit 5. Oktober 2000 unverändert). Zu diesem Zeitpunkt wiesen die Indikatoren der ersten und zweiten Säule der geldpolitischen Strategie auf einen wachsenden Inflationsdruck hin. Das im Jahr 2000 sehr hohe Wachstum des Geldmengenindikators M3, dem zentralen Wert der ersten Säule, fiel in der ersten Jahreshälfte 2001 unter den Referenzwert von 4½%.

Die Indikatoren der zweiten Säule – unter anderem hatte sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage abgeschwächt und die Entwicklung der Löhne war moderat – signalisierten einen konjunkturbedingt abnehmenden Inflationsdruck.

Angesichts dieser erkennbaren Entspannung beim Preisauftrieb wertete der EZB-Rat die mittelfristigen Inflationsrisiken geringer und beschloss am 10. Mai 2001 eine Senkung der Leitzinsen (Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, Spitzenrefinanzierungs- und Einlagefazilität) um 25 Basispunkte. Die darauf folgenden Monate bestätigten die Einschätzung abnehmender mittelfristiger Preisauftriebtendenzen, sodass der EZB-Rat die Leitzinsen am 30. August 2001 um weitere 25 Basispunkte senkte.

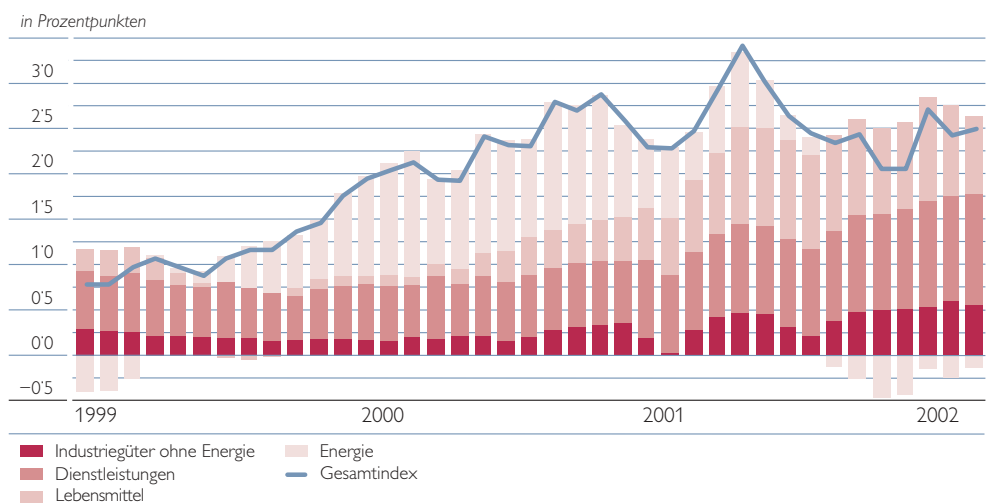
¹ Bovine spongiforme Enzephalopathie

Zinssätze im Euroraum



Quelle: EZB.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge zur Inflation im Euroraum



Quelle: OeNB, Statistik Austria, EZB.

Erfolgreiches Krisenmanagement der Zentralbanken anlässlich der Ereignisse vom 11. September 2001

Die Terroranschläge in den USA am Dienstag, den 11. September 2001 hatten tief gehende Auswirkungen auf das internationale Finanzsystem. Mehrere Geldinstitute verloren vorübergehend die technische Möglichkeit, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wodurch die Emp-

fängerinstitute mit einem Zahlungsausfall konfrontiert wurden.

Die Aktienmärkte reagierten mit drastischen Kurseinbrüchen, der Handel an der Börse in New York wurde für einige Tage eingestellt. Die Anleihemärkte verzeichneten demgegenüber deutliche Kursanstiege (Flucht in Qualität). Der Goldpreis stieg von rund 273 USD vor den Anschlägen auf über

290 USD/Unze, der US-Dollar fiel gegenüber dem Euro kurzfristig um 3 Cent.

Die Zentralbanken bewiesen, dass sie mit ihrem Krisenmanagement und ihrer länderübergreifenden Kooperation die schwierigen Probleme erfolgreich bewältigen konnten. Noch am Tag der Terroranschläge stellten das FED und das Eurosystem klar, den Markt bei Bedarf mit zusätzlicher Liquidität zu versorgen. Dieses Angebot stieß in der Folge auf rege Nachfrage. Das FED führte dem Bankensystem über eine Diskontfazilität und stark ausgeweitete Offenmarktoperationen zusätzliche Liquidität zu. Die EZB wickelte am 12. und 13. September 2001 – wie noch am 11. September angekündigt – eintägige Feinststeuerungsoperationen in Form von Schnelltendern ab und versorgte den Markt mit zusätzlichen 69,3 bzw. 40,5 Mrd EUR.

Zusätzlich schloss die EZB mit dem FED ein Swapabkommen, um das Funktionieren der Finanzmärkte zu erleichtern und US-Dollar-Liquidität zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieses Abkommens wurde der EZB die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 50 Mrd USD ziehen zu können und diese US-Dollar-Beträge unter Einschaltung der NZBen des Eurosystems europäischen Banken zur Verfügung zu stellen und ihnen damit zu helfen, ihren US-Dollar-Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Bedienung offener US-Dollar-Verpflichtungen war in dieser Phase das eigentliche Problem für die Banken im Euroraum. Erwähnenswert ist dabei, dass es infolge der aktuellen Ereignisse zu einem fragmentierten US-Dollar-Geldmarkt kam: Obwohl das FED die amerikanischen Banken mit ausreichender Liquidität bedient hatte, wurde jedoch diese Liquidität wegen der unsicheren Lage nicht an

die europäischen Banken weitergegeben. Das Hochfahren der Ausfallsysteme funktionierte relativ rasch, es bestand aber das Problem der gestörten Telekommunikation.

Abgestimmte Zinssenkungen am 17. September 2001

Nach den Terroranschlägen in den USA hat die Unsicherheit über die dortige Wirtschaftslage sowie in der übrigen Welt zugenommen. Nachdem das FED am 17. September 2001 den Zielzinssatz für Taggeld (Federal Funds Rate) gesenkt hatte, beschloss der EZB-Rat – in Abstimmung mit der US-Notenbank – ebenso die Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken. Andere Zentralbanken (Japan, Kanada, Neuseeland, die Schweiz, das Vereinigte Königreich, Schweden und Dänemark) schlossen sich an.

Durch die Senkung der Leitzinsen und die Zuführung von Liquidität konnte die durch die Terroranschläge auf den Märkten entstandene Nervosität rasch herausgenommen und wieder normale Verhältnisse hergestellt werden. Weitere Feinststeuerungsoperationen waren daher nicht mehr notwendig, auch die von der EZB angebotene US-Dollar-Fazilität wurde nach zwei Tagen von den Banken nicht mehr benötigt.

Kurzfristig ist das entschlossene Vorgehen der Zentralbanken in Krisenfällen von entscheidender Bedeutung für eine rasche Marktstabilisierung. Dies muss allerdings durch effiziente und schlagkräftige operative Strukturen (z. B. Ausfallsysteme) unterstützt werden. Die erwähnten Ereignisse haben bewiesen, dass sich die Zentralbankensysteme in den USA und in Europa als Krisenmanager bewährt haben.

Vergleich des Eurosystems mit dem Federal Reserve System (FED)

Entscheidungsgremien

Eurosystem

Das Eurosystem ist für die Geldpolitik im Euroraum zuständig und besteht aus der EZB – mit Sitz in Frankfurt – und den zwölf an der WWU teilnehmenden NZBen, darunter die OeNB. Das oberste Beschlussorgan des Eurosystems ist der 18-köpfige EZB-Rat. Er setzt sich aus den sechs Direktoriumsmitgliedern der EZB und den zwölf Gouverneuren der NZBen, darunter der Gouverneur der OeNB, zusammen. Der EZB-Rat tagt alle 14 Tage, geldpolitische Beschlüsse werden in der Regel jeweils in der ersten Sitzung im Monat gefasst.

Das Direktorium der EZB besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern. Es führt die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats aus.

FED

Das FED ist für die Geldpolitik in den USA zuständig und setzt sich aus dem Federal Reserve Board, mit Sitz in Washington D. C., und zwölf regionalen Federal Reserve Banks zusammen. Die wichtigsten Entscheidungsgremien des FED sind das Board of Governors (BoG) und das Federal Open Market Committee (FOMC).

Das BoG hat sieben Gouverneure, darunter einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Das FOMC setzt sich aus den sieben Mitgliedern des BoG, dem Präsidenten der Federal Reserve Bank New York und vier weiteren Präsidenten der anderen elf regionalen Federal Reserve Banks zusammen, die diese Funktion abwechselnd wahrnehmen. Das FOMC tagt achtmal im Jahr.

Unabhängigkeit der Organe

Eurosystem

Der EG-Vertrag (EG-V) legt fest, dass weder die EZB noch die NZBen oder ein Mitglied eines Beschlussorgans bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen dürfen. Die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und die nationalen Regierungen verpflichten sich, nicht zu versuchen, das Eurosystem und seine Entscheidungsträger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen (Art. 108 EG-V). Der EZB-Präsident hat gegenüber dem Europäischen Parlament eine Berichtspflicht bzw. auch die Gouverneure der NZBen gegenüber den jeweiligen nationalen Parlamenten; dies erfolgt mehrmals pro Jahr.

FED

Die gesetzliche Unabhängigkeit des FED ist hingegen weniger explizit. Der Vorsitzende des FED berichtet zumindest zweimal jährlich dem US-amerikanischen Kongress über die Geldpolitik.

Geldpolitische Strategie

Eurosystem

Der EG-V legt Preisstabilität als vorrangiges Ziel des Eurosystems fest. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft beizutragen. Die genaue Ausgestaltung dieser Vorgaben wurde dem Eurosystem selbst überlassen. Dieses hat Preisstabilität daraufhin als mittelfristigen jährlichen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von unter 2% definiert. Zur Erreichung dieses Ziels wurde eine geldpolitische Strategie gewählt, die auf zwei Säulen ruht. Die erste Säule bildet die Geldmenge M3: Für das mittelfristige jährliche Wachstum wurde erstmals im Dezember 1998 ein Referenzwert von 4½% festgelegt und seither jährlich bestätigt. Die zweite Säule besteht aus einer Beurteilung der Aussichten für die Preisentwicklung, basierend auf einer Vielzahl von ökonomischen Indikatoren (z. B. Messgrößen für die reale Wirtschaftstätigkeit, Anleihekurse, Zinsstrukturkurven, Wechselkurse, fiskalpolitische Indikatoren sowie Branchen- und Verbraucherumfragen). Abweichungen von den mittelfristigen Zielen erzeugen keine automatische Reaktion des Eurosystems, Entscheidungen basieren auf der Einschätzung des EZB-Rats.

FED

Gemäß Federal Reserve Act hat das FED die Geldpolitik so einzusetzen, dass Vollbeschäftigung, Preisstabilität und moderate langfristige Zinssätze erzielt werden. Zur Zielerreichung hat das FED keine explizit ausformulierte Strategie, diese fußt vielmehr auf einer umfassenden Bewertung aktueller ökonomischer Daten.

4. Zinssenkung des Eurosystems

am 8. November 2001 um 50 Basispunkte

Die Phase der außergewöhnlichen, auf Krisenbewältigung konzentrierten Geldpolitik ist in der Folge relativ rasch wieder einer auf die makroökonomische Stabilität im Euroraum ausgerichteten Geldpolitik gewichen. Dies wurde vor allem durch die erzielte Beruhigung der internationalen und europäischen Finanzmärkte ermöglicht. Am 8. November 2001 senkte der EZB-Rat die Leitzinsen um weitere 50 Basispunkte. Dies war der letzte von vier Zinsschritten im Jahr 2001, bei denen die Zinsen um insgesamt 150 Basispunkte gesenkt wurden.

Beim M3-Wachstum war im zweiten Halbjahr ein kräftiger Anstieg zu beobachten (Juni 2001: +5,6%, November 2001: +7,8%), wofür temporäre Faktoren eine wichtige Rolle spielten. Insbesondere die Unsicherheit auf den Aktienmärkten und die relativ flache Zinsstrukturkurve bis August haben zu Portfolioumschichtungen von längerfristigen Anlagen zu in M3 enthaltenen kurzfristigen Anlageformen seitens privater Anleger geführt. Das Wachstum der Kreditvergabe verringerte sich demgegenüber deutlich. Insgesamt kam der EZB-Rat zur Ansicht, dass die monetären Entwicklungen keine Risiken für die Preisstabilität signalisieren.

Innerhalb der zweiten Säule hatten sich die Hinweise auf sinkende Inflationsraten auf Grund einer schwächeren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weiter verdichtet. Die preistreibenden Wirkungen vor allem der höheren Energiepreise, aber auch der Lebensmittelpreise schwächten sich deutlich ab.

Bei der Sitzung vom 8. November 2001 wurde auch eine prozedurale Änderung hinsichtlich der EZB-Rats-

sitzungen beschlossen: Seit diesem Zeitpunkt wird über den geldpolitischen Kurs in der Regel nur noch auf jeder ersten Sitzung des EZB-Rats im Monat entschieden. Bei der zweiten Sitzung im Monat befasst sich der EZB-Rat überwiegend mit Fragen in Zusammenhang mit anderen Aufgabenkomplexen der EZB und des Eurosystems. Natürlich kann der EZB-Rat jederzeit, ungeachtet der zuvor festgelegten Sitzungstermine, beschließen, die Leitzinsen zu ändern.

Bei der EZB-Ratssitzung am 6. Dezember 2001 wurde der Referenzwert für das Jahreswachstum der Geldmenge M3 mit 4½% bestätigt. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass die Annahmen, die zur Ableitung des Referenzwerts in den Jahren 1999 und 2000 herangezogen wurden – die mittelfristigen Trendveränderungen von potenziellem Output und der Geldumlaufgeschwindigkeit von M3 – auch weiterhin von der empirischen Evidenz gestützt werden.

Geldpolitische Aspekte der Eurobargeldumstellung

Eurovorverteilung und Besicherung

Die Eurobargeldumstellung hatte auch Auswirkungen auf das geld- und währungspolitische Instrumentarium. Vom EZB-Rat wurden die diesbezüglichen Rahmenbedingungen mit der Leitlinie vom 10. Jänner 2001 festgeschrieben. Dieser Leitlinie wurde durch ein Abkommen der OeNB mit den fünf österreichischen Kreditinstitutsverbänden Rechnung getragen.

Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang war das Erfordernis der Banken, für die vorverteilten Eurobargeldbestände entsprechende Sicherheiten bei der OeNB zu hinterlegen. Diese Sicherheiten mussten

entweder in Form von Bargeld bereitgestellt werden oder mit dem Regelwerk für das geld- und währungspolitische Instrumentarium (General Documentation) konform gehen. Im Wesentlichen sind dies Wertpapiere, die die Kriterien für die so genannte Kategorie 1- oder Kategorie 2-Fähigkeit erfüllen. Folgende Stufen bzw. Termine im Vorfeld der Eurobargeldumstellung waren im Jahr 2001 von Bedeutung:

- Ab 1. September 2001 durften Kreditinstitute an sie verteiltes Eurobargeld an Unternehmen weiterverteilen. Dieses mussten die Kreditinstitute blockweise an mehreren, genau definierten Besicherungsterminen (zwischen dem 3. September und dem 17. Dezember) bei der OeNB besichern.
- Für jenes vorverteilte Eurobargeld, das bei den Kreditinstituten verblieben ist, hatten diese – in einem Block – am 28. Dezember 2001 bei der OeNB entsprechende Sicherheiten zu hinterlegen.

Bei zusätzlichem Bedarf hatten die Banken auch die Möglichkeit, noch tageweise Besicherungen zwischen den vorfixierten Terminen vorzunehmen.

Die Gesamtsumme der in Österreich vorverteilten Eurobanknoten und -münzen betrug rund 10,3 Mrd EUR, davon wurden etwa 1,7 Mrd EUR an Unternehmen weitergeleitet, womit für den letzten Besicherungstermin ein zusätzliches Volumen von rund 8,6 Mrd EUR an erforderlichen Sicherheiten von den Banken bereitzustellen war. Die gesamte Besicherung erfolgte mit rund 9,2 Mrd EUR durch Wertpapiere und mit rund 1,1 Mrd EUR durch Bargeld.

Die Frage der Sicherheitenstellung wurde bereits frühzeitig mit

Bankenvertretern erörtert und mögliche Problembereiche – insbesondere die deutlich über die üblichen Refinanzierungserfordernisse hinausgehenden Volumina – im Vorfeld erhoben. So konnte der Besicherungsprozess grosso modo völlig reibungslos über die Bühne gebracht werden.

Um den Banken in Hinblick auf ihre Umstellungsaufwendungen entgegenzukommen, wurde vorweg vereinbart, dass die Belastung auf den Girokonten für die vorverteilten Eurobanknoten (mit gleichzeitiger Aufhebung der Sicherheitsperre) zu je einem Drittel mit 2., 23. und 30. Jänner 2002 vorgenommen würde. Damit ergab sich aus dem Umstand der Vorwegdotierung der Banken mit Euro sowie dem zwischenzeitlichen Schillingrücklauf ein Kostenkompensationseffekt für die Kreditwirtschaft.

Die präzise Steuerung der Eurobargeldumstellung kommt auch darin zum Ausdruck, dass die österreichischen Institute keine der beiden ständigen Fazilitäten, also weder die Einlagefazilität noch die Spitzenrefinanzierungsfazilität, in Anspruch nehmen mussten.

Durch die schon im Kapitel „Reibungslose Eurobargeldumstellung“ erwähnte Tatsache – schnelle Akzeptanz des Euro, verhaltener Rücklauf der nationalen Banknoten – hat sich der Eurobanknotenumlauf im gesamten Eurogebiet rasant erhöht. Diese Situation bewog die EZB, dem Markt vom 4. bis 7. Jänner 2002 zusätzliche Liquidität in Form eines Schnellenders in Höhe von 25 Mrd EUR zur Verfügung zu stellen. An dieser Operation nahmen auch drei österreichische Institute teil, wobei aber auf Grund der niedrigen Zinsgebotsstellung nur eines von ihnen tatsächlich eine (sehr geringe) Zuteilung erhielt. Dies ist ein weiteres Indiz

dafür, dass der österreichische Markt mit keinerlei Liquiditätsproblemen konfrontiert war.

**Kein Preisauftrieb
durch Euro bargeldumstellung**

Die Analyse der Preisentwicklung von einzelnen Gütern und Dienstleistungen Anfang des Jahres 2002 – soweit vorliegend – bestätigt, dass euroumstellungsbedingte Inflationseffekte in Österreich kaum wirksam wurden. Damit werden die Erwartungen einer im Sommer 2001 von der OeNB durchgeführten Studie (siehe Berichte und Studien, Heft 2/2001) bestätigt, die aus den zwei potenziellen Quellen für Preiserhöhungen im Zuge der Euro bargeldumstellung (Kostenüberwälzung und neue Schwellenpreise) keine

oder nur geringe Inflationsimpulse erwartete.

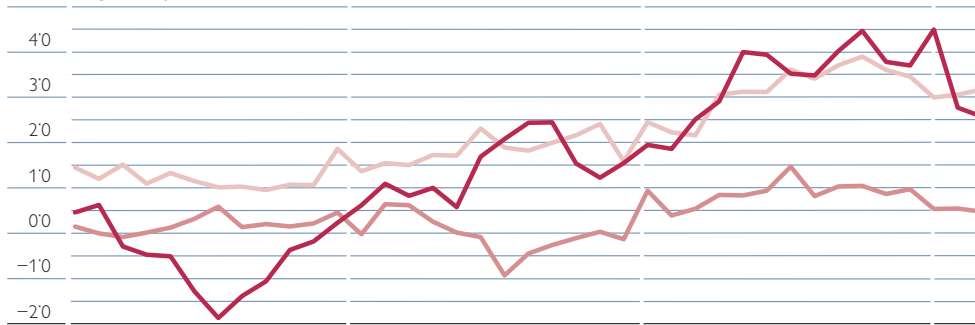
Als wesentliche Mechanismen, die euroumstellungsbedingten Preisanstiegen gegensteuerten, kamen sowohl Marktkräfte als auch institutionelle Faktoren wirksam zum Einsatz. Diesbezüglich sind zu nennen:

- hoher Wettbewerb in den exponierten, zunehmend aber auch in den geschützten Sektoren;
- Absorption der Umstellungskosten für Unternehmen durch eine temporäre Verringerung der Gewinnmargen;
- nachlassende Konjunktur, höhere Arbeitslosigkeit und damit gedämpfte private Nachfrage;
- Euro-Währungsangabengesetz mit der Verpflichtung zur doppelten Preisauszeichnung und mit

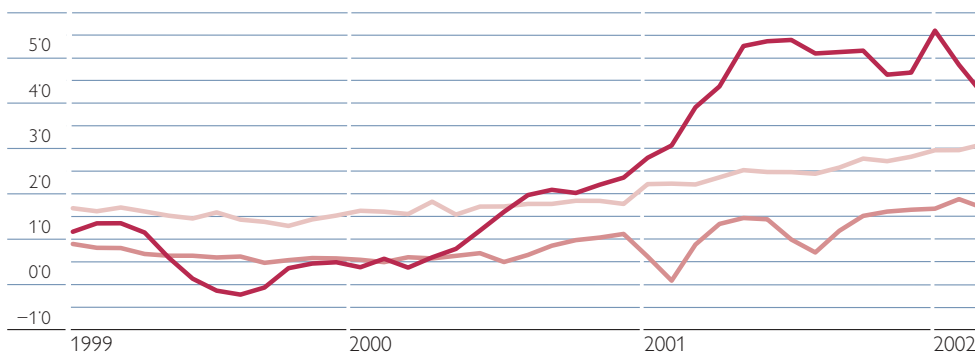
Inflationsraten ausgewählter Sektoren

Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



Euroraum



- Lebensmittel
- Industriegüter ohne Energie
- Dienstleistungen

Quelle: EZB.

- Sanktionsdrohungen bei unberechtigten Preiserhöhungen im Zuge der Euro bargeldumstellung;
- intensive institutionelle Beobachtung der Preise durch eine Euro preiskommission, aber auch durch Vereinigungen des Konsumentenschutzes, dabei vor allem penibles Überwachen des Auf- und Abrundungsverhaltens;
 - erhöhte Preissensibilität durch die Bevölkerung.

Die Umstellung von Schilling auf Euro hat demnach keine Preiserhöhungswelle ausgelöst. Die Beschleunigung der Inflationsrate im Euroraum sowie in Österreich seit Ende des Jahres 1999 war hauptsächlich durch die Verteuerung der Rohstoffe, den niedrigeren Wechselkurs des Euro, die Angebotsbeschränkungen auf dem Agrarmarkt (infolge der Tierseuchen) sowie durch die fiskal motivierten Steuer- und Gebührenerhöhungen verursacht. Befürchtungen, dass die Währungsumstellung durch das neue Setzen von runden bzw. gebrochenen psychologischen Preisen zur Teuerung beitragen könnte, haben sich nicht bestätigt.

Wesentliche Entwicklungen in Österreich: Konjunktur – Budget – Leistungsbilanz

Wirtschaftswachstum

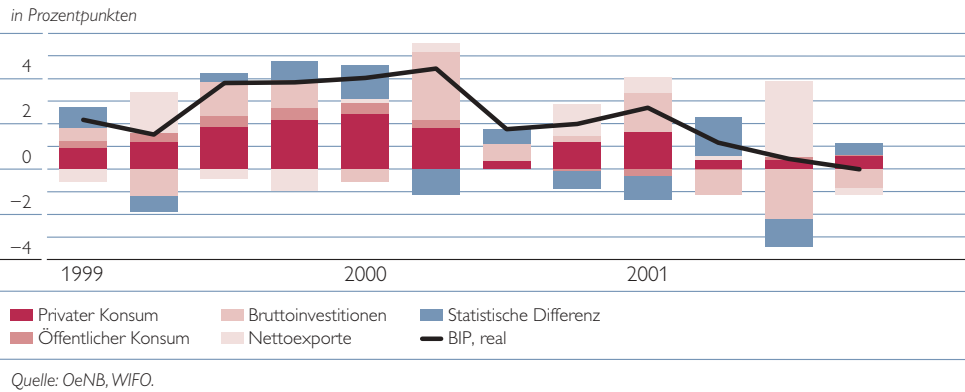
schwächt sich im Jahr 2001 auf 1·0% ab

Nachdem die österreichische Wirtschaft im Jahr 2000 noch kräftig gewachsen war, war im Sog der weltwirtschaftlichen Abschwächung eine deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik im Jahr 2001 festzustellen. Das reale BIP nahm im Jahr 2001 um 1·0% zu, nach 3·0% im Jahr 2000. Innerhalb des Jahres 2001 war eine ausgeprägte Konjunkturabkühlung zu erkennen. Während

in den ersten beiden Quartalen noch ein leichtes Wachstum (saisonbereinigt jeweils 0·1% gegenüber dem Vorquartal) zu bemerken war, schrumpfte die österreichische Wirtschaft im dritten und vierten Quartal um –0·4 bzw. –0·2%.

Für die Konjunkturabkühlung waren sowohl internationale als auch heimische Faktoren verantwortlich. Die schlechte internationale Konjunkturlage und die damit verbundene Unsicherheit veranlassten die Unternehmen, ihre Investitionspläne spürbar zu drosseln; die realen Bruttoinvestitionen nahmen um 2·6% ab. Das Wachstum des privaten Konsums, der üblicherweise die Hauptsäule der Konjunkturentwicklung darstellt, schwächte sich auf Grund rückläufiger Realeinkommen deutlich ab und erreichte im Jahr 2001 mit 0·9% nur mehr die Hälfte der durchschnittlichen Steigerung der drei vorangegangenen Jahre. Der Rückgang der Realeinkommen wurde durch den höheren Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2001 sowie durch die Maßnahmen im Rahmen der Budgetkonsolidierung verursacht. Der öffentliche Konsum entwickelte sich – bedingt durch die Sparmaßnahmen zur Budgetkonsolidierung – leicht rückläufig (–0·2%). Trotz der markanten Wachstumsabschwächung der Exporte ging von den Nettoexporten auf Grund eines noch schwächeren Importwachstums ein Wachstumsbeitrag zum BIP von 1·0 Prozentpunkt aus. Der Außenhandel stellte damit vor dem privaten Konsum, der mit 0·7 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum beitrug, die wichtigste Konjunkturstütze dar. Die österreichische Industrieproduktion nahm im Jahr 2001 gegenüber dem Jahr 2000 um 0·3% ab. Betrachtet man die Produktion nach Branchen, so zeigt sich, dass sich die

Quartalsmäßige Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich



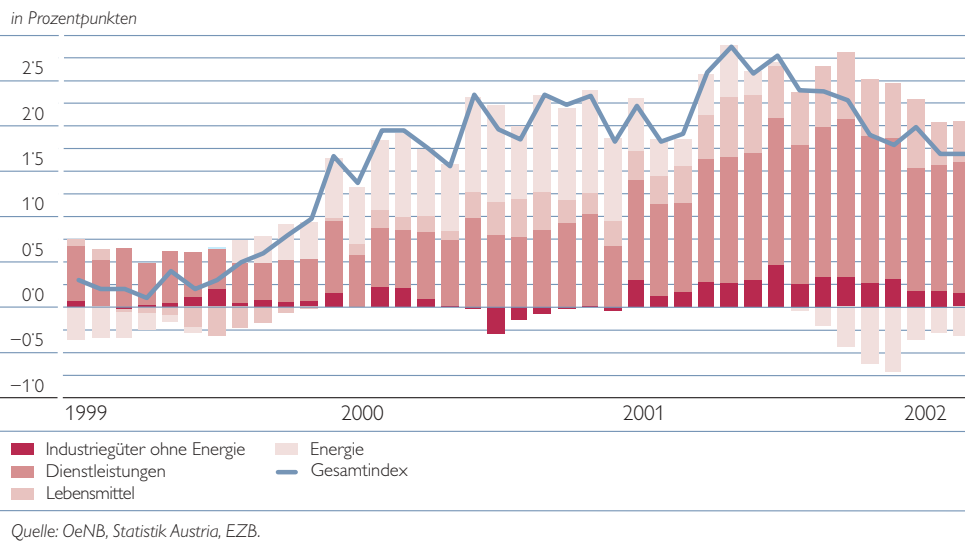
Sachgütererzeugung mit +0,4% am besten entwickelt hat. Die Krise der Bauwirtschaft setzte sich auch im Jahr 2001 fort; die Produktion nahm um 2,1% ab.

HVPI-Inflationsrate beträgt 2,3%

Die Inflationsrate hat sich im Jahr 2001 leicht beschleunigt. Der Anstieg des HVPI betrug 2,3% (2000: +2,0%). Die höchste Preissteigerung wurde im Mai mit 2,9% erreicht, danach nahm die Preissteigerung kontinuierlich ab und lag im Dezember bei 1,8%. Zu Beginn des Jahres 2002 hielt dieser Trend an. Die dominie-

renden Einflussfaktoren für die Inflationsentwicklung im Jahr 2001 waren die Erdölpreisentwicklung, die Effekte durch fiskalische Maßnahmen und die Lebensmittelpreise. Im Februar und März 2002 stiegen die Preise in Österreich um jeweils 1,7% im Jahresabstand. Damit verzeichnete Österreich den geringsten Preisauftrieb im Euroraum. Preiseffekte der Eurobargeldeinführung waren sowohl im Jahr 2001 als auch in den ersten Monaten des Jahres 2002 nicht zu beobachten (siehe Abschnitt „Geldpolitische Aspekte der Eurobargeldumstellung“).

HVPI-Inflationsrate und Beiträge zur Inflation in Österreich



Gebremstes Beschäftigungswachstum, steigende Arbeitslosigkeit

Die Konjunkturabschwächung hat sich vor allem im zweiten Halbjahr 2001 deutlich auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Beschäftigungszuwächse wurden im Jahresverlauf geringer bzw. sank der Stand zu Jahresende unter das Vorjahresniveau. Der Stellenmarkt verzeichnete ausgeprägte Rückgänge. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit ab Mitte des Jahres stark zu. Infolge der noch lebhaften Entwicklung im ersten Halbjahr wurden im Jahresdurchschnitt 2001 mit 3,15 Mio unselbstständig Beschäftigten um 0,5% mehr registriert als im Jahr 2000. Die Zahl der Stellensuchenden weitete sich jedoch bereits um 4,9% auf rund 204.000 aus. Die offenen Stellen reduzierten sich mit 16,4% kräftig.

Die Arbeitslosenquote gemäß EUROSTAT-Definition – die wiederholt Revisionen unterliegt – lag mit 3,6% unter dem Jahr 2000 (3,7%). Bei Verwendung der nationalen Abgrenzung ist hingegen eine Erhöhung der Arbeitslosenquote von 5,8% (2000) auf 6,1% (2001) festzustellen.

Budgetvollzug des Bundes im Jahr 2001 besser als veranschlagt

Der vorläufige Gebarungserfolg 2001 des Bundes (administrative Abgrenzung) ergab ein Nettodefizit von 1,4 Mrd EUR bzw. 0,7% des BIP. Die Einnahmen stiegen gegenüber dem Bundesrechnungsabschluss 2000 um 6,5% auf 59,0 Mrd EUR, die Ausgaben erhöhten sich um 3,7% auf 60,4 Mrd EUR. Die Zuwachsraten lagen auf der Einnahmenseite auch beträchtlich über dem berechneten Prozentsatz des Voranschlags. Auch auf der Ausgabenseite kam es zu Überschreitungen (Bundesvoranschlag 2001 gegenüber Bundes-

rechnungsabschluss 2000: Einnahmen: +1,8%; Ausgaben: +0,9%).

Bei den öffentlichen Abgaben ergab sich ein Bruttoergebnis von rund 56,2 Mrd EUR; das sind um 11,6% mehr als im Jahr 2000. Innerhalb der einzelnen Abgabensarten wiesen vor allem die veranlagte Einkommensteuer (+41,5%), die Körperschaftsteuer (+61,3%) und die Verkehrssteuern (+12,9%) überproportionale Zuwächse auf. Der Zuwachs der Bundesausgaben über den im Bundesvoranschlag (BVA) präliminierten Wert war durch den konjunkturell bedingten Anstieg der Ausgaben für soziale Wohlfahrt und das starke Wachstum sonstiger Sachausgaben bestimmt. Im Gegensatz dazu blieben sowohl Zins- als auch Personalausgaben unter dem Voranschlag.

Österreichisches Stabilitätsprogramm erwartet ausgeglichenen Budgetsaldo für 2001 bis 2003

Das Update der Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme der EU-Länder gegen Ende des Jahres 2001 stand im Zeichen der abgeschwächten Konjunktur. Erstmals seit Bestehen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verschlechterten sich die Budgetsalden in einigen EU-Ländern. Bei der Bewertung durch die Europäische Kommission (EK) kristallisierten sich Portugal, Deutschland und Italien als Problemfälle heraus, wogegen Österreichs Konsolidierungsbemühungen Anerkennung erfuhren.

Das aktualisierte österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2001 bis 2005 wurde im November 2001 vom BMF publiziert. Trotz des vorübergehend schwächeren Wirtschaftswachstums wurde für die Jahre 2001 bis 2003 ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Budgetsaldo und für die Jahre 2004 und 2005 ein leichter Überschuss projiziert. Damit hat

Budgetäre Notifikation vom Februar 2002

	1998	1999	2000	2001 ¹⁾	2002 ²⁾
<i>in Mrd EUR</i>					
Finanzierungssaldo des Staats	- 4,5	- 4,3	- 3,0	0,1	0,0
Bundessektor	- 5,8	- 4,9	- 3,4	- 1,2	- 1,7
Länder	0,8	0,5	0,5	1,2	1,3
Gemeinden	0,3	0,1	0,1	0,3	0,3
Sozialversicherungsträger	0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	0,0
Zinszahlungen	7,2	7,0	7,2	7,1	7,1
Primärsaldo	2,6	2,6	4,2	7,3	7,1
Verschuldung des Staats	121,4	127,5	130,2	130,1	130,1
<i>in % des BIP</i>					
Finanzierungssaldo des Staats	- 2,4	- 2,2	- 1,5	0,1	0,0
Bundessektor	- 3,1	- 2,5	- 1,6	- 0,6	- 0,8
Länder	0,4	0,3	0,2	0,6	0,6
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,0
Zinszahlungen	3,8	3,5	3,5	3,4	3,3
Primärsaldo	1,4	1,3	2,0	3,4	3,3
Verschuldung des Staats	63,9	64,9	63,6	61,7	60,2

Quelle: Statistik Austria, BMF.

¹⁾ Für Bund und Länder sind die Daten endgültig, die Daten für Gemeinden und Sozialversicherungsträger beruhen zum Teil noch auf Schätzungen.

²⁾ Schätzung des BMF.

sich Österreich im oberen Mittelfeld der EU-Staaten positioniert.

Leichter Maastrichtüberschuss im Jahr 2001¹⁾

Im Zuge der budgetären Notifikation vom Februar 2002 kam es rückwirkend für die Jahre 2000 und 2001 zu einigen Anpassungen: Für das Jahr 2000 wurde die Defizitquote des Gesamtstaats auf 1,5% des BIP erhöht (1999: -2,3%). Maßgeblich für diese Revision war vor allem die Entscheidung des EUROSTAT bezüglich der Transaktionen des Bundes mit der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), auf Grund derer die ursprünglich im Maastrichtsaldo verbuchten Zahlungen an den Bund herausgerechnet werden mussten (rund 0,3% des BIP). Betrachtet man den Budgetsaldo exklusive der Einmalmaßnahmen im Rahmen der Verkäufe der UMTS-Lizenzen, so ergibt sich für das Jahr 2000 ein Defizit für den Gesamtstaat von 1,9% des BIP.

Im Jahr 2001 konnte ein gesamtstaatlicher Überschuss von 0,1% des

BIP erreicht werden. Trotz der BIG-Entscheidung des EUROSTAT wurde damit das im letzten Stabilitätsprogramm angepeilte Ziel eines Nulldefizits sogar geringfügig übererfüllt. Dieser Erfolg wurde vor allem durch eine deutliche Verringerung des Abgangs des Bundes um 1,7 auf 1,2 Mrd EUR oder 0,6% des BIP erreicht. Für das Jahr 2002 wird in der Notifikation vom Februar 2002 ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Budgetsaldo erwartet.

Die öffentliche Schuldenquote betrug in Österreich im Jahr 2000 63,6% und verringerte sich im Jahr 2001 auf 61,7% des BIP. Im Jahr 2002 wird sie weiter auf 60,2% zurückgehen.

Zukünftige budgetäre Erfordernisse

Zusammen mit unerwarteten Mehreinnahmen (direkte Steuern, Bundesfonds) haben die Konsolidierungsmaßnahmen gemäß vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2001 und damit früher als ursprünglich im Stabilitätsprogramm vorgesehen – zur Errei-

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Nettozinseinkommen aus Swapvereinbarungen ergibt sich für 2001 ein Finanzierungsdefizit von 0,18 Mrd EUR bzw. -0,1% des BIP. Für die Berechnung des Maastrichtindikators „Öffentliches Defizit“ werden die Zinsströme auf Grund von Swapvereinbarungen, die der Staat abschließt, berücksichtigt (EU-Verordnung Nr. 2558/2001 und EU-Verordnung Nr. 351/2002).

chung eines ausgeglichenen Staatshaushalts geführt. Dieser Weg ist im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts konsequent fortzusetzen. Der Budgetentwurf 2002 sowie das im November 2001 veröffentlichte Stabilitätsprogramm bis zum Jahr 2005 tragen dem auch grundsätzlich Rechnung. Die besondere Herausforderung für die Zukunft besteht darin, im erwarteten erstarkten wirtschaftlichen Umfeld die intendierten Steuererleichterungen mit der Verbesserung der Standortqualität und einem ausgeglichenen Budgetsaldo für den Gesamtstaat (entsprechend den internationalen Kriterien) nachhaltig in Einklang zu bringen. Dabei ist vor allem die Verringerung der Abgabenquote, die im Jahr 2001 mit 45,9% zu den höchsten in der EU zählte, als prioritär zu sehen.¹⁾

Geringeres Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2001

Die österreichische Leistungsbilanz wies im Jahr 2001 ein Defizit von 4,6 Mrd EUR auf. Insbesondere durch eine Verbesserung der Salden der grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungsströme konnte das Defizit gegenüber dem Jahr 2000

um 0,5 Mio EUR reduziert werden. Generell war die Konjunkturabschwächung Österreichs und wichtiger Handelspartnerländer im Jahr 2001 für die Leistungsbilanz bestimmend. Der Rückgang des Erdölpreises bewirkte einen Entlastungseffekt.

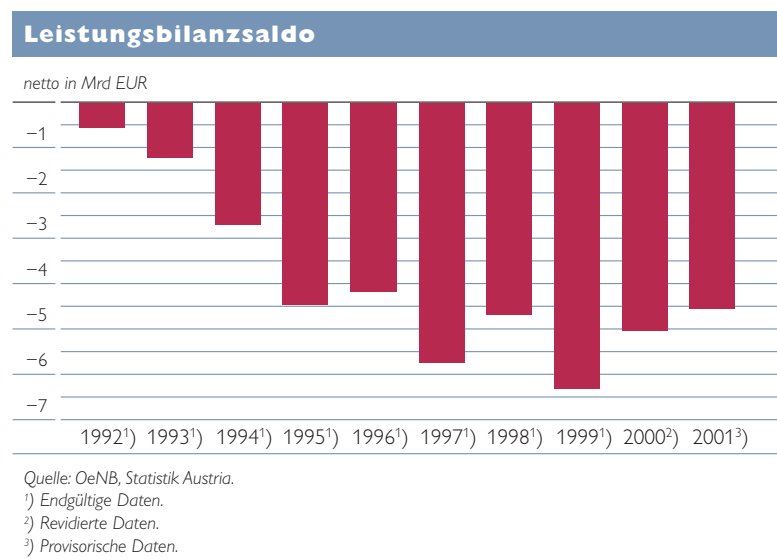
Der österreichische Tourismus – eine der wesentlichsten Komponenten – hat sich im Jahr 2001 in einem schwierigen Umfeld gut behauptet. Trotz einer schwächeren Sommersaison konnte wieder ein Plus bei den Ausländernachtungen von 1,3% erreicht werden. Strukturell gesehen liegt der Sommertourismus auf dem Niveau der späten Sechzigerjahre, während der Inländer-tourismus und der internationale Wintertourismus historische Spitzenwerte erreichten.

Die Einkommensbilanz – die Teilbilanz mit dem höchsten Nettodefizit – hat sich als Folge der Leistungsbilanzdefizite der letzten Jahre weiter passiviert. Die ausgeprägteste Ausweitung der Nettoabflüsse zeigte sich bei den Zinsen aus langfristigen Schuldverschreibungen; der Sektor Banken wie auch der Staat trugen in annähernd gleichem Ausmaß dazu bei.

Bei den grenzüberschreitenden Kapitalflüssen gab es im Jahr 2001 gegenüber dem Jahr 2000 rückläufige Entwicklungen, und zwar in beiden Richtungen. Wurden in den Jahren 1999 und 2000 die grenzüberschreitenden Investitionen durch Internationalisierung bzw. Umschichtung der Portefeuilles im Rahmen der Euroeinführung noch stark erhöht, scheint diese Initialzündung im Jahr 2001 abgeschlossen zu sein.

Sowohl die Direktinvestitionen Österreichs im Ausland mit rund 3 Mrd EUR, als auch die des Auslands in Österreich mit rund 6 Mrd EUR

1 Quelle: Statistik Austria.
Abgaben: Steuern (inklusive EU-Beitrag), tatsächliche Sozialbeiträge.



lagen unter den Werten des Jahres 2000. Im Bereich der Portfolioinvestitionen – der bedeutendsten Teilbilanz der Kapitalbilanz – ist sowohl aktiv- als auch passivseitig das Jahresergebnis 2001 geringer ausgefallen als in den beiden Vorjahren.

Per saldo ergab sich bei den grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen ein Kapitalimport von 4,9 Mrd EUR.

Die Währungsreserven verringerten sich im Jahr 2001 transaktionsbedingt um 2,1 Mrd EUR.

OeNB trägt zur Sicherung der Finanzmarktstabilität bei

Stabile Finanzmärkte als wesentliche Zielsetzung

Zentralbanken haben wichtige Rolle bei der Krisenprävention

Im Verlauf der Neunzigerjahre hat sich die Finanzmarktstabilität weltweit zu einer zentralen Zielsetzung der Zentralbankpolitik entwickelt. Besonders in den letzten Jahren hat die Wahrung der Stabilität auf den Finanzmärkten für die Zentralbanken weiter an Bedeutung gewonnen. Die jüngsten krisenhaften Entwicklungen auf verschiedenen Finanzplätzen unterstreichen die wichtige Rolle, die die Zentralbanken bei der Aufsicht und bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen von Finanzmärkten insbesondere in Krisenzeiten erfüllen müssen.

Die hohen Volumina an notleidenden Krediten und die negative Entwicklung der Börsenkurse hat die anhaltenden Probleme des Bankensektors in Japan weiter verschlechtert. Eine rasche und nachhaltige Konsolidierung des Finanzsektors ist noch nicht in Sicht. Im Frühjahr 2001 hat sich die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Finanzkrise in der Türkei gerichtet. Argentinien konnte sich auf Grund der auch im Jahr 2001 anhaltenden Rezession und einer steigenden Risikoaversion der Investoren nicht aus seiner Schuldenkrise befreien. Die deutlichen Kursrückgänge bei den Technologiewerten haben auch im Jahr 2001 die Aktienmärkte auf zahlreichen Finanzplätzen unter Druck gesetzt und der schleppende Schuldenabbau im IT-Sektor stellt einen weiteren Risikofaktor dar. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA haben das Destabilisierungspotenzial weiter erhöht und einzelne Wirtschaftssektoren, wie z. B. die Tourismusbranche (insbesondere die Flug-

gesellschaften) und die Versicherungen, stark getroffen.

Das entschlossene und konzentrierte Handeln der Zentralbanken nach den tragischen Ereignissen vom 11. September 2001 hat wesentlich dazu beigetragen, dass die negativen Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte relativ gering gehalten werden konnten. Durch rasche Liquiditätsbereitstellung und durch Zinssenkungen signalisierten die Zentralbanken ihre Bereitschaft, die Risiken für die Finanzmarktstabilität einzudämmen. Trotz der allgemeinen Verunsicherung und des Aussetzens des Handels an den nordamerikanischen Börsen konnten kurzfristige Liquiditätsengpässe vermieden werden.

OeNB veröffentlicht Finanzmarktstabilitätsbericht

Stabile Finanzmärkte und ein stabiles Bankensystem sind Voraussetzungen für eine wirksame Geldpolitik. Preisstabilität und Finanzsystemstabilität sind daher zwei Ziele, die sich immer weniger voneinander trennen lassen. Vor diesem Hintergrund hat die OeNB im Juni 2001 erstmals einen Finanzmarktstabilitätsbericht (FMSB)¹⁾ veröffentlicht, der seither halbjährlich in Deutsch und Englisch erscheint. Die regelmäßige Veröffentlichung eines FMSB durch die OeNB zielt insbesondere darauf ab, ein größeres Problembewusstsein bei den verantwortlichen Akteuren und der Öffentlichkeit hinsichtlich potenzieller Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten zu schaffen. Die fundierte Analyse von Finanzmarktentwicklungen und das Aufzeigen von Risiken für die Stabilität des österreichischen Finanzsystems sollen einen Beitrag leisten, mögliche Gefahren frühzeitig zu erkennen, um ein rechtzeitiges Gegensteuern

¹ Siehe dazu die OeNB-
Homepage www.oenb.at.

zu ermöglichen. Die Bereitstellung dieser Expertise im Rahmen der Finanzmarktaufsicht in Österreich sowie die Weiterentwicklung des regulatorischen Instrumentariums in internationalen Gremien stellen praktische Anwendungsgebiete für den Beitrag der OeNB im Bereich der Sicherung der Finanzmarktstabilität dar.

Aktive Rolle im Basel II-Prozess

Basler Ausschuss veröffentlicht

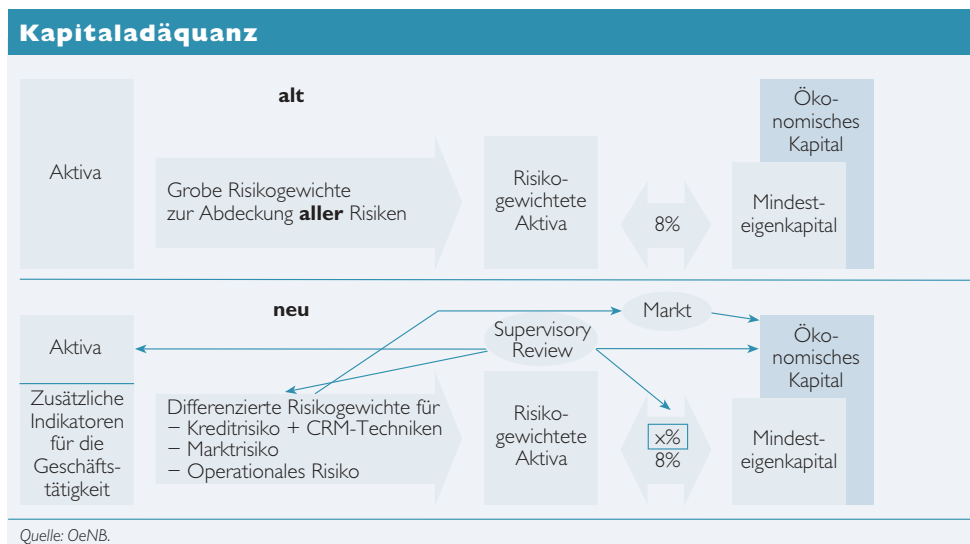
2. Konsultationspapier

Der internationale Basel II-Prozess schreitet fort. Die geplante Reform der Kapitaladäquanz-Bestimmungen für Banken und Wertpapierfirmen (Basel II) beschäftigt die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sowie die betroffenen Finanzinstitute seit nunmehr fast drei Jahren. Die Veröffentlichung des so genannten 2. Konsultationspapiers durch den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und das ergänzende Dokument der EK Anfang des Jahres 2001 haben deutlich gemacht, dass diese Reform auf Grund der neuen risikosensitiven Gewichtungsfaktoren und der sehr detaillierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement einen weit

reichenden Einfluss auf die Banken und damit die Finanzmärkte haben wird.

Das wesentliche Element der Basler Eigenmittelvorschläge ist das Zusammenwirken der drei Säulen: Neben den wesentlich verfeinerten Mindestkapitalvorschriften (Säule I) sieht das neue System in der Säule II ein aufsichtliches Überprüfungsverfahren (Supervisory Review) vor. Schließlich sollen die Kreditinstitute in der Säule III (Marktdisziplin) für jede einzelne Risikokategorie ihre Risikomanagementziele und -prinzipien darlegen und für Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sorgen.

In den bisherigen Vorbereitungsarbeiten hat sich gezeigt, dass die Notwendigkeit der Eigenkapitalreform, die Struktur des neuen Regelwerks und die grundsätzliche betriebswirtschaftliche Ausrichtung der neuen Bestimmungen allgemein anerkannt werden. Die Ziele der neuen Bestimmungen – erhöhte Finanzmarktstabilität durch risikoorientierte Kapitaladäquanz, Förderung von fortgeschrittenen Risikomesstechniken und Risikomanagementtechniken sowie die Nutzung von internen Ratingmethoden für



Aufsichtszwecke – wurden allgemein äußerst positiv aufgenommen. Es soll eine Annäherung des aufsichtlichen Mindestkapitalerfordernisses an das ökonomische Kapital¹⁾ erreicht werden.

Im Zuge der Vorbereitungsarbeiten ergaben sich aber einige wesentliche Kritikpunkte, und die zweite Konsultationsphase machte deutlich, dass einige der fehlenden Bereiche, z. B. die Bestimmungen für Privatkredite, Projektfinanzierungen und Beteiligungen in den internen Ratingmethoden (IRB-Ansatz) äußerst komplex sind.

Im Juni 2001 wurde daher der ursprüngliche Plan, die neuen Kapitaladäquanz-Bestimmungen bis Ende des Jahres fertig zu stellen und im Jahr 2004 einzuführen, verschoben. Nach einer vermutlich sehr intensiven dritten Konsultationsphase und einer umfassenden Auswirkungsstudie soll der neue Basler Akkord fertig gestellt und nach einer entsprechenden Übergangsfrist in den einzelnen Ländern implementiert werden. In Europa arbeitet die EK ebenfalls schon an einem Richtlinienvorentwurf. Offene Fragen sollen im dritten Konsultationsverfahren in enger Kooperation mit dem Basler Prozess veröffentlicht werden.

Gemeinsame Position der österreichischen Institutionen

Die OeNB hat dem Basler Prozess von Beginn an eine hohe Bedeutung beigemessen. In enger Zusammenarbeit mit dem BMF und der WKÖ wurde an der Positionierung Österreichs gearbeitet. Das intensive Engagement der österreichischen Vertreter hat auch dazu beigetragen, dass in den bisherigen Verhandlungen die Vorschläge aus Basel besser auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten werden konnten:

- Interne Ratings sollen gleichwertig und zeitgleich mit externen Ratings anerkannt werden. Damit können auch Banken mit überwiegend kleineren und mittleren Unternehmenskunden und Privatkunden entsprechend fortgeschrittene Verfahren verwenden. Die Zulassung von Datenpooling ermöglicht auch mittelgroßen Banken und Banken in Sektorverbänden die Verwendung ihrer internen Ratings.
- Im Verhältnis zu den Vorschlägen des ersten Konsultationspapiers werden nun einfachere Berechnungsmethoden und niedrigere Risikogewichte für Kredite an Privatkunden, freiberuflich Tätige und kleine Unternehmen diskutiert.

Informationen zu Basel II in allen Bundesländern

Um einen österreichweit einheitlichen Informationsstand zu erreichen und damit in eine aktive Diskussion treten zu können, wurden von den Zweiganstalten der OeNB von März bis April 2001 in allen Bundesländern Informationsveranstaltungen organisiert. Die Experten der OeNB haben dort einen intensiven Einblick in die Neugestaltung der Eigenmittelvorschriften gegeben und anschließend die konkreten Fragen des Ausschusses und der EK im Rahmen der zweiten Konsultation vorgestellt. Durch die rechtzeitige Information über die künftigen Anforderungen an das Risikomanagement ist es allen Instituten bereits jetzt möglich, ihre internen Prozesse zu überprüfen und verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, ihre Risikomanagementtechniken an die neuen Entwicklungen anzupassen.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Veranstaltungen der WKÖ,

¹ Basler Ausschuss für
Bankenaufsicht,
Consultative Paper on the
Basel Capital Accord,
Nr. 37, April 1998.

aber auch privater Seminaranbieter betreut, um möglichst flächendeckend zu informieren. Auf der Homepage der OeNB finden sich nicht nur die relevanten internationalen Dokumente, sondern auch die gemeinsame Positionierung des BMF und der OeNB. Die OeNB ist aber nicht nur als Informationsbereitsteller und Ansprechpartner für den Bankenbereich tätig, sondern hat auch bereits begonnen, interne Überlegungen über die möglichen Auswirkungen des Basel II-Prozesses auf die Tätigkeit der OeNB anzustellen.

Kommende Herausforderungen für Österreich

In den nächsten Monaten wird es darauf ankommen, die notwendigen Anpassungen im Basel II-Prozess – in Kooperation mit der österreichischen Kreditwirtschaft – zu identifizieren und gemeinsam mit den europäischen Mitgliedstaaten umzusetzen. Damit soll eine sinnvolle und bedeutende Reform zur Sicherung der Stabilität des internationalen Finanzsystems ermöglicht werden. Die OeNB wird sich im Jahr 2002 im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den internationalen Gremien intensiv dafür einsetzen, dass die neuen Kapitaladäquanz-Bestimmungen wettbewerbsneutral wirken und zu keiner Benachteiligung der österreichischen Kreditinstitute und Unternehmen führen.

Neue Entwicklungen in der Finanzmarktaufsicht

Reform der Finanzmarktaufsicht

Der Reformbedarf im Bereich der Finanzmarktaufsicht lässt sich zum einen auf die veränderten regulatorischen Rahmenbedingungen zurückführen; das sind insbesondere die „Basler Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht“ sowie die in der Vor-

bereitungsphase befindlichen neuen Eigenkapitalbestimmungen (Basel II). Zum anderen erfordert die Globalisierung der Finanzwelt mit zunehmend grenzüberschreitenden Aktivitäten der österreichischen Banken und einer weiter steigenden Komplexität von Finanzdienstleistungen sowie bankinternen Steuerungsstrukturen eine Anpassung der Aufsichtsmaßnahmen, wie z. B. eine Ausweitung der Prüfungstätigkeit und eine weitere Intensivierung der internationalen Kooperation.

Ziel ist eine effektive Aufsichtsstruktur

Das Ziel einer Reform der österreichischen Finanzmarktaufsicht besteht darin, eine qualitativ hochwertige, effektive und gleichzeitig kostengünstige Aufsichtsstruktur zu schaffen. Seitens des BMF wurde der Entschluss gefasst, die Bankenaufsicht einer neu zu errichtenden Anstalt zu übertragen, die zugleich auch für die Versicherungsaufsicht, die Pensionskassenaufsicht und die Wertpapieraufsicht zuständig ist („Allfinanzaufsicht“).

Neues Finanzmarktaufsichtsgesetz

Durch das im Sommer 2001 beschlossene – und im März 2002 durch einen Abänderungsantrag modifizierte – Finanzmarktaufsichtsgesetz (FMAG), das eine Bestimmung im Verfassungsrang darstellt, wurde die Finanzmarktaufsicht in Österreich neu geregelt. Dieses Gesetz, dessen Kern die Schaffung einer Finanzmarktaufsichtsbehörde darstellt, ist am 1. April 2002 in Kraft getreten und umfasst im Wesentlichen zwei inhaltliche Schwerpunktbereiche:

- Errichtung einer Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) sowie
- Änderungen im materiellen Aufsichtsrecht.

**Banken-, Wertpapier-,
Versicherungs- und Pensionskassenaufsicht
„unter einem Dach“**

Zur Durchführung der Banken-, der Wertpapier-, der Versicherungs- und der Pensionskassenaufsicht wird durch das Finanzmarktaufsichtsbahördengesetz (FMABG) unter der Bezeichnung „Finanzmarktaufsichtsbahörde“ eine unabhängige und weisungsfreie Aufsichtsbahörde in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet. Das bedeutet die Ausgliederung der Banken-, Versicherungs- und Pensionskassenaufsicht aus dem BMF sowie der Wertpapieraufsicht aus der derzeit zuständigen Bundeswertpapieraufsicht in die FMA. Die Bundeswertpapieraufsicht wird aufgelöst, alle ihre Rechte und Pflichten gehen auf die FMA über. Zur Verbesserung der Durchsetzbarkeit von Aufsichtsmaßnahmen wird die FMA auch mit einer Verwaltungsstrafkompetenz und der Kompetenz zur Vollstreckung der von ihr erlassenen Aufsichtsbescheide ausgestattet. Des Weiteren kommt ihr ein Verordnungserlassungsrecht zu; die Verordnungen sind im Bundesgesetzblatt kundzumachen. Die FMA besteht aus einem sechsköpfigen Aufsichtsrat (wobei die OeNB ein Vorschlagsrecht für drei Mitglieder besitzt) und einem Vorstand; eines der beiden Vorstandsmitglieder wird von der OeNB namhaft gemacht.

Analog zu der bisher angewandten Regelung in der Versicherungs- und Wertpapieraufsicht werden nun auch im Bereich der Banken- und Pensionskassenaufsicht die Aufsichtskosten zum weitaus überwiegenden Teil von den Beaufsichtigten selbst getragen. Der Bund hat pro Geschäftsjahr der FMA einen Betrag von 3,5 Mio EUR zu leisten, der

die von den Aufsichtspflichtigen zu tragenden Kosten reduziert.

Zum anderen wird das materielle Aufsichtsrecht in einigen Punkten geändert. Die Zielsetzung dabei ist die erhöhte Schnelligkeit und die Durchsetzbarkeit aufsichtsrechtlicher Maßnahmen, um die Effizienz der Bankenaufsicht zu steigern. Zum Beispiel sollen Probleme im Prüfungsbereich dadurch beseitigt werden, dass die Anforderungen an die Bankenprfer noch strenger gefasst werden als bisher. Dies umfasst sowohl die Anforderungen an die persönliche Qualifikation der Bankenprfer als auch die Absicherung der Verlässlichkeit der Prüfungshandlungen durch die Einführung des Rotationsprinzips. Auch die Stellung des Aufsichtsrats von Kreditinstituten wird gestärkt. Der Aufsichtsrat erhält z. B. die Möglichkeit, zur Unterstützung seiner Überwachungsaufgaben auch selbst Prüfungen durchführen zu lassen.

Erweiterte Aufgaben und Mitwirkungsrechte der OeNB

Die im Bankwesengesetz (BWG) umschriebenen Aufgaben und Mitwirkungsrechte der OeNB im Bereich der Banken-/Finanzaufsicht bleiben nicht nur bestehen, sondern werden im Vergleich zum bisher geltenden Gesetz stark ausgebaut:

- Die bisherige Regelung betreffend die Möglichkeit des Bundesministers für Finanzen, die OeNB mit der Prüfung von Kreditinstituten (so genannte Vor-Ort-Prüfungen) zu beauftragen, wurde dahingehend geändert, dass die OeNB nunmehr verpflichtend mit der Vor-Ort-Prüfung der Markt- und Kreditrisiken bei Kreditinstituten zu betrauen ist. Bei anders ausgerichteten Vor-Ort-Prüfungen bei Kreditinstituten (z. B. Geldwaschereiprfun-

gen) kann die OeNB beauftragt werden.

- Die OeNB wird durch eine Änderung des Nationalbankgesetzes (NBG) mit den Agenden der Zahlungssystemaufsicht betraut; diesbezüglich ist die OeNB weisungsfrei. Die Aufsicht über Zahlungssysteme umfasst die Prüfung der Systemsicherheit (siehe Abschnitt „OeNB wird mit der Zahlungssystemaufsicht betraut“).
- Die verpflichtende Einholung von Gutachten gemäß § 26 ff. (Marktrisiko) bleibt bei der OeNB.
- Das bestehende System der Meldeerhebung und -verarbeitung durch die OeNB (z. B. Monatsausweise, Quartalsberichte) wird weitergeführt und der Informationsfluss zwischen der OeNB und der FMA durch die ausdrückliche Normierung einer wechselseitigen Amtshilfepflicht abgesichert.
- Es bestehen für die OeNB und das BMF gleichrangige Nominierungs- und Vorschlagsrechte hinsichtlich des FMA-Vorstands und -Aufsichtsrats.

Reform der Finanzmarktaufsicht stellt

Wahrung der Finanzmarktstabilität sicher

Durch die Reorganisation der Finanzmarktaufsicht in Österreich und die starke operative Einbindung der OeNB in die Banken- und Finanzaufsicht wurde sichergestellt, dass die OeNB auch im Eurosystem ihre vielfältigen makroprudenziellen Aufgaben wahrnehmen und somit ihren Beitrag zur Erhaltung der Finanzmarktstabilität leisten kann.

OeNB wird mit der Zahlungssystemaufsicht betraut

Zahlungssystemaufsicht im Eurosystem erfolgt dezentral durch NZBen

Das Eurosystem verfolgt in Ausübung der Zahlungssystemaufsicht (ZSA) die Stabilität und Effizienz der Zahlungssysteme sowie die Durchsetzbarkeit der Geld- und Währungspolitik. In organisatorischer Hinsicht gelten das Dezentralisations- und das Subsidiaritätsprinzip. Demzufolge ist die ZSA über nationale Zahlungssysteme grundsätzlich von den NZBen auszuüben; dadurch soll die bestmögliche Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Erfordernisse ermöglicht werden. Auch im TARGET-System obliegt die Aufsicht über nationale Komponenten (in Österreich: ARTIS) den NZBen. Den inhaltlichen Rahmen bilden derzeit vor allem die „Core Principles for Systemically Important Payment Systems“ (BIZ, 2001) sowie die im „Report on Electronic Money“ (EZB, 1998) für E-Geld-Systeme formulierten Mindestanforderungen.

Übertragung der Zahlungssystemaufsicht an die OeNB mit 1. April 2002

In Österreich wurden im Jahr 2001 maßgebliche legislative und inhaltliche Voraussetzungen für eine alle Zahlungssysteme umfassende nationale Aufsicht durch die OeNB geschaffen. Diese Aufsichtsfunktion wurde der OeNB durch Änderung des NBG 1984 mit Wirkung vom 1. April 2002 übertragen. Die OeNB wird die ZSA auf der Grundlage des § 44a NBG ausüben. In dieser Bestimmung sind in Zusammenhang mit dem Gesetzesauftrag zur Prüfung der Systemsicherheit der Zahlungssysteme insbesondere die Auskunftspflichten der Zahlungssystembetreiber und -teilnehmer, eine Ermächti-

gung zur Verbindlicherklärung von die Systemsicherheit betreffenden Empfehlungen der EZB und des Basler Komitees für Zahlungs- und Settlementssysteme durch Verordnung sowie die zur Vermeidung von Interessenkollisionen im Innenverhältnis der OeNB zu treffenden Vorkehrungen geregelt. Gemäß § 44a Abs. 7 NBG werden insbesondere die Betreiber von Zahlungssystemen Auskünfte über die von ihnen zur Gewährleistung der rechtlichen, finanziellen, organisatorischen und technischen Systemsicherheit getroffenen Maßnahmen zu erteilen haben.

Unterstützung durch Zahlungssystemstatistik

Die Aufgabe der ZSA soll durch ein aufsichtsstatistisches Meldesystem (Zahlungssystemstatistik – ZAST) unterstützt werden, das ebenfalls im Berichtsjahr inhaltlich vorbereitet wurde. Die ZAST soll im Quartalsabstand gesicherte Informationen insbesondere über das anzahl-/wertbezogene Transaktionsvolumen der Zahlungssysteme bereitstellen. Die dafür erforderlichen Auskunftspflichten sind ebenfalls im § 44a Abs. 7 NBG geregelt.

Mit der Aufnahme der Zahlungssystemaufsicht wird die OeNB sowohl dem im § 44a Abs. 1 NBG festgelegten Gesetzauftrag als auch den Anforderungen des Eurosystems vollinhaltlich nachkommen. Sowohl bei den noch zu setzenden innerösterreichischen Umsetzungsschritten als auch bei der künftigen Ausübung dieser Funktion wird die OeNB darauf achten, österreichischen und europäischen Erfordernissen in gleicher Weise gerecht zu werden. Von wesentlicher Bedeutung für die ZSA war im Jahr 2001 auch die Tätigkeit des Zentrums für sichere Informa-

tionstechnologie – Austria (A-SIT), das im Berichtsjahr insbesondere bei der Entwicklung der genannten Aufsichtsgrundsätze maßgebliche Unterstützung geleistet hat.

Wesentliche Entwicklungen bei den Finanzintermediären

Bankstellen in Österreich weiter rückläufig

Der schon in den Vorjahren verzeichnete langsame Rückgang von Bankstellen setzte sich auch im Jahr 2001 fort. Seit Beginn des Jahres 2001 ging die Anzahl der Bankstellen um 26 Standorte auf 5.453 zurück. Die Anzahl der Hauptanstalten reduzierte sich um 16 auf 907, die Anzahl der Zweigstellen verringerte sich um 10 Standorte.

Wachstum der Bilanzsumme abgeschwächt

Nach einem sehr erfolgreichen Jahr 2000 gestaltete sich das Jahr 2001 für die in Österreich tätigen Kreditinstitute unter anderem auf Grund der internationalen Konjunkturabschwächung vor allem im Kreditgeschäft deutlich schwieriger.

Die Gesamtbilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute erhöhte sich im Jahr 2001 um 25,0 Mrd EUR bzw. 4,5%, während der Zuwachs im Jahr 2000 noch 38,1 Mrd EUR oder 7,3% betragen hatte. Einen wesentlichen Faktor für diesen geringeren Anstieg bildeten vor allem die Umstrukturierungsmaßnahmen der Bank Austria AG im Zuge ihrer Integration mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG. Ohne Berücksichtigung der Bank Austria AG wäre das Bilanzsummenwachstum mit rund 8% über dem Wert des Jahres 2000 gelegen. Seit Beginn der WWU ist eine deutliche Ausweitung der Derivatgeschäfte, insbesondere bei Zinssatzgeschäften, bemerkbar. Im Jahr 2001 wuchs das

Volumen um 323,7 Mrd EUR oder 41,1%. Somit erhöhte sich das Verhältnis der Derivatgeschäfte zur Bilanzsumme seit Dezember 2000 um 49 Prozentpunkte auf 189%.

Gebremstes Kreditwachstum

Parallel zur sich verschlechternden Konjunktur schwächte sich im Jahr 2001 auch das Direktkreditwachstum relativ deutlich ab; der Zuwachs halbierte sich gegenüber dem Jahr 2000 auf 7,9 Mrd EUR oder 3,5%. Während im Jahr 2000 noch rund 45% des Kreditwachstums aus Fremdwährungskrediten resultierte, reduzierte sich deren Anteil im Jahr 2001 auf etwa 36%. Der Anteil der Kredite in Fremdwährungen an den insgesamt vergebenen Direktkrediten erhöhte sich somit seit Beginn des Jahres 2001 nur geringfügig um 0,7 Prozentpunkte auf 18,2%. Noch im Jahr 2000 war eine Erhöhung um 1,8 Prozentpunkte feststellbar gewesen.

Sparbuch erlebt Renaissance

Hingegen war im Jahr 2001 das Einlagenaufkommen von inländischen Nichtbanken so stark wie schon seit Beginn der Neunzigerjahre nicht

mehr: Erhöhten sich die Einlagen im Jahr 2000 nur um 4,0 Mrd EUR oder 2,3%, so lag der Zuwachs im Jahr 2001 bei 13,8 Mrd EUR oder 7,8%. Trotz der Abschaffung der Sparbuchanonymität und sinkender Zinsen erlebte das klassische Sparbuch eine Renaissance. Nach einem äußerst schlechten Vorjahr, das auf Grund höherer Renditeerwartungen durch Umschichtungen in Richtung Investmentfonds geprägt war und zu einem Rückgang bei den Spareinlagen um 2,2% führte, belief sich der Zuwachs im Jahr 2001 auf 5,7 Mrd EUR oder 4,8% – ein seit vielen Jahren nicht mehr erreichtes Ergebnis.

Verhaltene Auslandsaktivitäten

Nachdem die Auslandsaktivitäten der in Österreich tätigen Kreditinstitute Mitte 2001 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten, reduzierten sich die Forderungen an das Ausland im Gesamtjahr 2001 um 1,47 Mrd EUR oder 0,9%. Ohne Berücksichtigung der Bank Austria AG wären die Auslandsforderungen hingegen um rund 16% gestiegen. Noch im Jahr 2000 erreichten die Banken allerdings Zuwächse von über 20%.

Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute

	2000		2001	
	Stand in Mrd EUR	Veränderung in %	Stand in Mrd EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	562,8	+ 7,3	587,4	+ 4,5
Aktiva				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	224,9	+ 6,7	232,8	+ 3,5
davon: Direktkredite in Euro	185,4	+ 4,3	190,5	+ 2,7
Direktkredite in Fremdwährungen	39,4	+19,3	42,3	+ 7,2
Auslandsaktiva	157,8	+20,2	156,3	- 0,9
Passiva				
Einlagen von inländischen Nichtbanken	175,8	+ 2,3	189,6	+ 7,8
davon: Spareinlagen	119,7	- 2,2	125,4	+ 4,8
Fremdwährungseinlagen	3,3	+ 7,3	2,7	-19,1
Auslandspassiva	174,1	+18,2	173,7	- 0,6

Quelle: OeNB.

Expansion auf zentral- und osteuropäischen Märkten

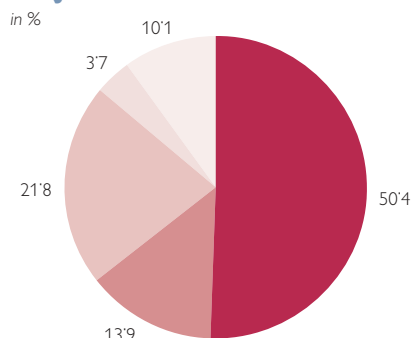
Die großen österreichischen Kommerzbanken sind in den zentral- und osteuropäischen Ländern weiterhin sehr aktiv und wiesen in dieser Region mit Dezember 2001 ein Bilanzvolumen von insgesamt rund 59 Mrd EUR auf; das entspricht rund 10% der inländischen Bilanzsumme. Deutlich erhöht haben sich die Anzahl der Geschäftsstellen (Dezember 2001: 2.611) und die Mitarbeiteranzahl, die inzwischen bei über 51.000 liegt. Die Aktivitäten werden ständig ausgeweitet, wobei die österreichischen Banken in der Slowakischen und der Tschechischen Republik sowie in Ungarn die höchsten Marktanteile erzielt haben.

Bessere Erträge als im Jahr 2000

Das vorläufige Betriebsergebnis der in Österreich tätigen Kreditinstitute im Jahr 2001 betrug 4,6 Mrd EUR und lag um 1,3% über dem Wert des Jahres 2000. Anstiege konnten sowohl beim Nettozins ertrag (+0,35 Mrd EUR; +5,2%) als auch bei den Erträgen aus dem Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft (+0,14 Mrd EUR; +7,8%) sowie im Bereich des positiven Saldos aus Finanzgeschäften (+0,03 Mrd EUR; +7,0%) erzielt werden. Rückgängig war hingegen der Saldo aus dem Provisionsgeschäft (-0,14 Mrd EUR; -4,4%), was auf die stark gesunkenen

Struktur der Betriebserträge

im Jahr 2001



- Nettozins ertrag
- Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen
- Saldo aus dem Provisionsgeschäft
- Saldo aus den Finanzgeschäften
- Sonstige betriebliche Erträge

Quelle: OeNB.

Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft zurückzuführen ist. Auf der Aufwandsseite sind sowohl die Personalaufwendungen (+0,20 Mrd EUR; +4,5%) als auch der Sachaufwand (+0,22 Mrd EUR; +7,5%) kräftig angestiegen. Die Cost-Income-Ratio verschlechterte sich gegenüber dem Jahr 2000 um 0,8 Prozentpunkte und betrug im Jahr 2001 67,4%.

Der erwartete Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wurde mit 2,2 Mrd EUR deutlich über dem geschätzten Wert der Vergleichsperiode 2000 angesetzt. Bei Wertpapieren und Beteiligungen werden erneut mehr Wertberichtigungen aufgelöst als gebildet und es wird ein außerordentlich hoher Saldo

Ausgewählte Ertragskennzahlen

der österreichischen Kreditinstitute

	1999	2000	2001
Cost-Income-Ratio	70,7	66,6	67,4
Relation des Nettozins ertrags zu den Betriebserträgen	52,0	49,8	50,4
Relation des Saldos aus dem Provisionsgeschäft zu den Betriebserträgen	22,6	23,7	21,8
Eigenkapitalrentabilität	6,9	9,4	9,8

Quelle: OeNB.

von 0,8 Mrd EUR erwartet, der im Jahr 2001 ertragswirksam wird. Unter Einbeziehung der Risikokosten und Bewertungsmaßnahmen ergibt sich ein erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 3,15 Mrd EUR, das gegenüber dem Jahr 2000 besser eingeschätzt wird (+0,28 Mrd EUR; +9,7%). Nach Berücksichtigung eines geringer als erwarteten außerordentlichen Aufwands und niedriger als erwarteten Steuern rechnen die in Österreich tätigen Kreditinstitute mit einem Jahresüberschuss von 2,69 Mrd EUR, der über dem Wert des Jahres 2000 liegt (+0,36 Mrd EUR; +15,7%). Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss im Verhältnis zum Kernkapital) betrug zum Berichtszeitpunkt 9,8% und lag damit um 0,4 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2000.

Starkes Wachstum bei Kartenzahlungen

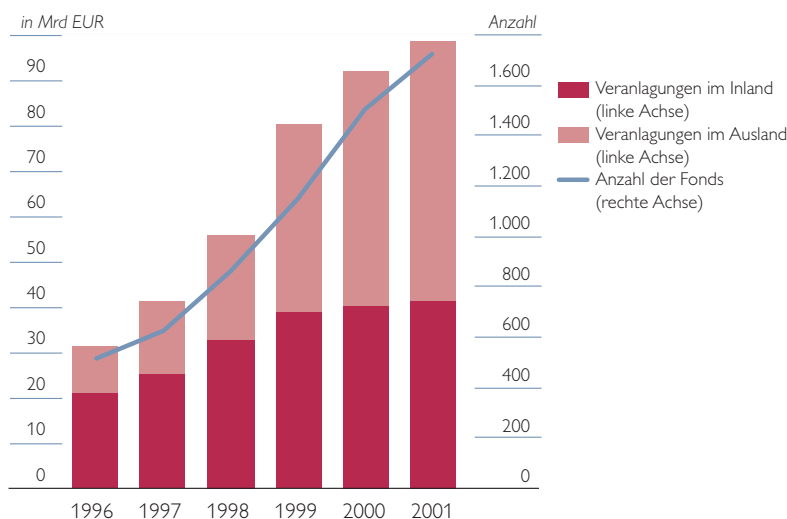
Nach über 30 Jahren ist mit Ende 2001 die Abwicklung des Eurocheque sowie die Eurocheque-Garantie ausgelaufen. Der Hauptgrund dafür war die immer geringer wer-

dende Nutzung und die dadurch entstandenen hohen Transaktionskosten. Die jahrelang anhaltende Euphorie im Technologiesektor ist im Laufe des Jahres 2001 einer Ernüchterung und einer gesunden Skepsis gewichen. Dies war mit ein Grund dafür, dass sich E-Money nicht entsprechend den hoch gesteckten Erwartungen entwickeln konnte. Trotz der hohen Wachstumsraten im kartenbasierten Zahlungsverkehr (Debitkarten: +30%, Quick-Karten: +87%), ist Bargeld noch immer das mit Abstand wichtigste Zahlungsmittel in Österreich. 93% aller Zahlungen werden mit Banknoten und Münzen abgewickelt, was einem Anteil von 81% am gesamten Zahlungsvolumen entspricht.

Abgeschwächte Dynamik bei Investmentfonds ...

Die ungünstige Konjunktursituation und die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Entwicklung des Vermögensbestands der inländischen Investmentfonds im Jahr 2001 geprägt. Nach moderaten Zunahmen im ersten Halbjahr und der höchsten

Vermögensbestand und Anzahl der Investmentfonds



Quelle: OeNB.

jemals beobachteten Abnahme im dritten Quartal setzte sich durch die Erholung der Märkte im vierten Quartal wieder eine positive Tendenz durch, sodass sich für das Kalenderjahr 2001 trotz Kumulierung der ungünstigen Faktoren eine Steigerung des Vermögensbestands um 6,7 Mrd EUR bzw. 7,3% ergab.

Mit Dezember 2001 verwalteten die 23 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften mit ihren 1.720 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand von 98,7 Mrd EUR. Mit 59% Portfolioanteil dominieren weiter die Rentenwerte, gefolgt von Aktien und Beteiligungspapieren mit einem Anteil von 19% und Investmentzertifikaten mit 17%. Die Tendenz von Inlands- zu Auslandsveranlagungen setzte sich – zwar abgeschwächt – auch im Jahr 2001 fort. Das Verhältnis der Inlands- zu den Auslandsveranlagungen betrug mit Dezember 2001 33,9 zu 66,1% (Dezember 2000: 38,0 zu 62,0%).

... und bei Versicherungen

Im Jahresverlauf 2001 reduzierte sich die Anzahl der in Österreich tätigen Vertragsversicherungsunternehmen auf Grund von Zusammenschlüssen um 3 Institute auf 65. In der ersten Hälfte des Jahres 2001 verzeichneten die Aktiva (exklusive Rückversiche-

rungsgeschäft) kontinuierliche Zuwächse, die jedoch durch die Kurseinbrüche infolge der Terroranschläge in den USA vom September unterbrochen wurden. Mit Ende des dritten Quartals 2001 wiesen die Aktiva erstmals seit Erhebungsbeginn der Versicherungsstatistik einen Rückgang auf. Sowohl die Veranlagung in inländischen Wertpapieren als auch die Darlehensvergabe waren im Jahr 2001 verstärkt rückläufig. Bei den Auslandsaktiva, die im gesamten Jahresverlauf anteilmäßig die bedeutendste Veranlagungskategorie repräsentierten, stellten sich nur sehr geringe Zuwächse ein. Hingegen erwiesen sich die Veranlagungen bei inländischen Kreditinstituten im Jahr 2001 als besonders volatil, was auf Umschichtungen in andere Veranlagungsbereiche zurückzuführen sein könnte.

Österreichischer Aktienmarkt

im internationalen Vergleich relativ stabil

Das Jahr 2001 war für den Aktienmarkt – auch für den österreichischen – eines der schwierigsten der letzten Jahrzehnte. Der Austrian Traded Index (ATX) hat sich in diesem negativen Umfeld relativ gut halten können und im Verlauf des Jahres 2001 sogar mit einem leichten Gewinn von rund 6% geschlossen.



Ausschlaggebend dafür waren unter anderem der geringe Anteil technologielastiger Titel im ATX sowie die moderate Bewertung der meisten an der Wiener Börse AG gelisteten Titel. Von der Hausse der letzten Jahre konnte der österreichische Aktienmarkt nicht so stark wie die internationalen Märkte profitieren, weshalb auch in dieser negativen Phase nur temporär Verkaufsdruck (vor allem in den Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001) aufkam.

**Positive Erträge
auf dem österreichischen Rentenmarkt**

Die Kapitalmarktentwicklung in Österreich spiegelt im Jahr 2001

teilweise eine gestiegene Verunsicherung der Kapitalmarktteilnehmer wider. Die Derivatgeschäfte verzeichneten geringere Zuwachsraten als in den Vorjahren. Die Renditen der heimischen Pensionskassen sind zwar auf Grund der Kursverluste an den Aktienbörsen unter Druck geraten, konnten aber größtenteils noch positive Erträge erwirtschaften. Der österreichische Rentenmarkt entwickelte sich im Jahr 2001 stabil. Der Zinsabstand zu den deutschen Benchmarkrenditen blieb unverändert und auch die Volatilität der österreichischen Sekundärmarkrendite wies keine Schwankungen auf.

Aufgaben der OeNB im Überblick

Duale Rolle der OeNB – ESZB und Österreich

Die Aufgaben der OeNB leiten sich aus ihrer besonderen Stellung als integraler Bestandteil des ESZB und aus ihrer Funktion als nationale Zentralbank ab. Die OeNB wirkt somit aktiv an der Geld- und Währungspolitik des ESZB mit und trägt zur Stärkung des Finanzplatzes Öster-

reich bei. Die OeNB stellt in beiden Funktionen den Nutzen ihrer Kunden und Partner in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.

Aus der genannten besonderen Stellung leiten sich im Wesentlichen die im nachfolgenden Kasten dargestellten Aufgaben für die OeNB ab. Daran anschließend werden ausgewählte Aufgabenfelder der OeNB näher beschrieben.

Aufgaben der OeNB im Überblick

- *Mitwirkung des Gouverneurs im EZB-Rat und im Erweiterten Rat der EZB;*
- *intensive Einbindung in diverse Gremien des Eurosystems und des ESZB;*
- *volkswirtschaftliche Analysen und Forschung auf dem Gebiet der Makro- und Mikroökonomie als Grundlage für die geldpolitischen Entscheidungen im EZB-Rat;*
- *Bereitstellung von aussagekräftigen, abgesicherten Statistiken, insbesondere als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen; vor allem Monetärstatistiken, Zahlungsbilanz- und Aufsichtsstatistiken;*
- *Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den Banken zur Durchführung der auf Stabilität des Preisniveaus bedachten Geldpolitik;*
- *Abwicklung und Überwachung der Mindestreserve;*
- *Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen zur Glättung außergewöhnlicher und unerwünschter Marktschwankungen;*
- *Management der eigenen Währungsreserven sowie des durch die OeNB verwalteten Teils der Währungsreserven der EZB;*
- *Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich mit Vernetzung ins Ausland (ARTIS, TARGET);*
- *Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit Bargeld;*
- *Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten;*
- *Mitwirkung bei der Aufsicht über inländische Kreditinstitute sowie Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte;*
- *Schnittstelle zwischen dem Eurosystem, der österreichischen Wirtschaftspolitik und der Bevölkerung;*
- *internationale währungspolitische Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ).*

Volkswirtschaftliche Analyse- und Forschungsaktivitäten

Die OeNB ist durch die Teilnahme ihres Gouverneurs im EZB-Rat maßgeblich an den geldpolitischen Entscheidungen des ESZB beteiligt. Eine wesentliche Aufgabe der volkswirtschaftlichen Analyse ist die Aufbereitung von qualitativ hochwertigen Entscheidungsgrundlagen für die Sitzungen des EZB-Rats. Die Eigen-

ständigkeit der Forschung in den einzelnen Zentralbanken ist ein wichtiger Bestandteil der intellektuellen Auseinandersetzung zur Fundierung der Geldpolitik. Die Schwerpunkte der OeNB liegen auf geld- und fiskalpolitischen Fragestellungen, der Transmission monetärer Impulse, den Wechselkurs- und Devisenmarktentwicklungen, den Implikationen elektronischer Geldformen, der

Sicherung der Finanzmarktstabilität, den Fragen der Lohnbildungsprozesse in der Währungsunion sowie den Wettbewerbs- und Standortanalysen. Die halbjährliche Veröffentlichung gemeinsam durch Experten der EZB und der NZBen erstellter makroökonomischer Projektionen für den Euroraum hat diesen Bereich verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die OeNB liefert dazu in den entsprechenden Arbeitsgruppen im Rahmen der Broad Macroeconomic Projection Exercise (BMPE, umfassende Konjunkturprognose) und der Narrow Inflation Projection Exercise (NIPE, kurzfristige Inflationsprognose) ihre Beiträge und veröffentlicht halbjährlich Wirtschaftsprognosen über Österreich. Auf Grund der geografischen Lage und der historisch gewachsenen Kontakte bringt die OeNB sowohl auf innerösterreichischer als auch auf internationaler Ebene Analysen betreffend die zentral- und osteuropäischen Länder ein.

Statistik

Die OeNB erstellt wichtige Statistiken zur Darstellung der österreichischen Finanzwirtschaft und deren Entwicklung. Die dazu nötigen Basisinformationen erhebt sie überwiegend selbst. Das Hauptaugenmerk liegt auf einer hohen Zuverlässigkeit und einer abgesicherten Qualität der Statistikprodukte der OeNB. Beispiele für OeNB-Statistiken sind: Monetär- und Aufsichtsstatistik, Zahlungsbilanz, Internationale Vermögensposition, Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung sowie Beiträge zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die OeNB kooperiert dabei mit nationalen und internationalen Partnerorganisationen wie z. B. Statistik Austria, EZB, EUROSTAT,

OECD, IWF und BIZ. Die Statistiken der OeNB sind abgesicherte Informationen aus „erster Hand“ und bilden eine vertrauenswürdige und objektive Basis für die geldpolitischen Entscheidungen im ESZB. Sie unterstützen ferner die österreichische Wirtschaftspolitik und reflektieren Österreichs Position im internationalen Umfeld. Auch die Bankenaufsicht und damit die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzplatzes basieren wesentlich auf den Primärstatistiken der OeNB, insbesondere den statistischen Daten über die Finanzinstitute.

Dezentrale Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems

Zur Gewährleistung des Ziels der Preisstabilität verfügt das Eurosystem über eine Reihe geldpolitischer Instrumente. Diese dienen dazu, die Marktzinssätze zu beeinflussen, die Liquidität im Bankensystem zu steuern und die generelle Richtung der Geldpolitik zu signalisieren. Die Durchführung der Geldpolitik erfolgt im Eurosystem dezentral: Während die Beschlussfassung im Wege des EZB-Rats erfolgt, sind die NZBen der operative Arm des ESZB.

Im Rahmen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte stellt die OeNB den österreichischen Banken gegen Hereinnahme entsprechender Sicherheiten die jeweils benötigte Liquidität zur Verfügung. Dies erfolgt im Versteigerungsweg (Zinstender mit Mindestbietungssatz) einmal wöchentlich mit jeweils zweiwöchiger Laufzeit. Beim Auswahlverfahren für die Sicherheitenliste wird auch auf die nationale Interessenlage Rücksicht genommen. Daneben gibt es längerfristige Refinanzierungsgeschäfte in monatlichem Abstand mit dreimonatiger Laufzeit. Auch diese Geschäfte werden von der OeNB und den anderen NZBen im Tenderverfahren

durchgeführt. Darüber hinaus enthält das Instrumentarium auch Feinsteuerungsoperationen (Schnelltender), die in Ausnahmefällen von der EZB selbst taggleich durchgeführt werden können. Die dezentral bei der OeNB und den anderen NZBen eingerichteten ständigen Fazilitäten (Spitzenrefinanzierungsfazilität und Einlagefazilität) stecken die Ober- und Untergrenze für Taggeldsätze ab. Eine Inanspruchnahme der Spitzenrefinanzierungsfazilität setzt die Verfügbarkeit ausreichender Sicherheiten voraus.

Erfolgreiches Management der Währungsreserven

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds konnte die OeNB auch im Jahr 2001 ihre erfolgreiche Veranlagungspolitik fortsetzen. Analog zu den anderen NZBen ist die OeNB nicht nur für die Verwaltung ihrer eigenen Reserven zuständig, sondern auch mit der treuhändigen Anlage der an die EZB für mögliche Interventionen übertragenen Reserven betraut. Für beide Portfolios gelten die Grundsätze Sicherheit, Liquidität und Rentabilität. Während die EZB die Richtlinien für die EZB-Reserven festlegt, obliegt es den NZBen, die ihnen verbleibenden Spielräume optimal zu nutzen. Beim Management ihrer eigenen Reserven sind die NZBen auch für die strategische Ausrichtung verantwortlich. Die erforderliche Einheitlichkeit der Geld- und Devisenpolitik des ESZB wird in diesem Zusammenhang durch von der EZB festgelegte Grenzwerte für Melde- und Bewilligungspflichten sichergestellt.

Die OeNB verwendet als Grundlage ihrer Veranlagungstätigkeit ein ausgefeiltes Risikomanagementsystem. Für das Kreditrisiko bestehen pro Geschäftstyp eigene Limits; zu-

sätzlich wird die zulässige Gesamtveranlagung separat begrenzt. Das Marktrisiko (Zinsänderungs- und Währungsrisiko) wird einerseits durch Grenzwerte (Durationsbänder bzw. zulässige Bandbreite für das Währungsrisiko) definiert, andererseits aber auch nach der so genannten Value-at-Risk-Methode gemessen. Die Goldtransaktionen der OeNB unterliegen dem so genannten Washingtoner Abkommen vom September 1999, das sowohl Goldveranlagungen als auch Goldverkäufe der teilnehmenden Zentralbanken begrenzt. Innerhalb dieses Rahmens betreibt die OeNB eine aktive Goldpolitik, wodurch die einschlägige Expertise abgesichert wird und erhebliche Zusatzerträge lukriert werden.

Darüber hinaus befasst sich die OeNB auch aktiv mit dem Bereich der „Derivativen Instrumente“, die im internationalen Marktgeschehen eine immer größere Rolle spielen und damit auch für die Zentralbanken an Bedeutung gewinnen. Der permanent erforderliche Erfahrungsaustausch der NZBen und der EZB in den erwähnten Geschäftsbereichen wird durch entsprechende Arbeitsgruppen sichergestellt. Auf dieser Basis ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung des verfügbaren Wissens und des entsprechenden Instrumentariums des ESZB gewährleistet.

Zahlungsverkehr

Die OeNB betreibt für den österreichischen Finanzmarkt ein Echtzeit-Großbetrags-Zahlungsverkehrssystem ARTIS (Austrian Real-Time Interbank Settlement), das über den ESZB-weiten Verbund TARGET (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer) sichere Zahlungen ermöglicht. Der wesentliche Vorteil dieses Zahlungssystems besteht in der hohen

Sicherheit durch eine von der OeNB garantierte „Unwiderrufbarkeit der Zahlung“ sowie in der sofortigen Verfügbarkeit der Liquidität. Die OeNB wickelt mit dem ARTIS-System die Geldmarktgeschäfte und wichtige Zahlungstransaktionen ab und sichert so die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzmarktes in Österreich. Im Geschäftsjahr 2001 wurde das ARTIS-System zur Sicherung der hohen Qualität nach den von der EZB anerkannten „Core Principles for Systemically Important Payment Systems“ erfolgreich überprüft. Die Anzahl der Transaktionen im OeNB-Zwischenbankzahlungssystem ARTIS konnte von 1'85 Mio im Jahr 2000 auf 2'59 Mio im Jahr 2001 gesteigert werden. Die OeNB fördert ferner innovative Zahlungsverkehrslösungen in Österreich und unterstützt in Kooperation mit den Banken die dafür notwendigen Strukturänderungen, um sichere und komfortable Zahlungsabwicklungen für die österreichischen Konsumenten und den Handel zu gewährleisten.

Versorgung mit Zahlungsmitteln

Im Zusammenwirken mit ihren Tochtergesellschaften versorgt die OeNB Österreich mit Banknoten und Münzen in hoher Qualität. Diese Aufgabe umfasst vor allem die Ausgabe von Bargeld an die Banken und die Rücknahme des Bargeldes von den Banken. Die Hauptziele sind dabei der Fälschungsschutz, um das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in die Zahlungsmittel zu erhalten, und die hohe Qualität der in Österreich in Umlauf befindlichen Zahlungsmittel. Durch die äußerst erfolgreiche Einführung des Euro bargeldes hat die neue Währung bereits breite Akzeptanz in der Bevölkerung gewonnen (siehe Kapitel „Reibungslose Euro bargeldumstellung“).

Finanzmarktanalyse

Mit Fokus auf „Absicherung, Stärkung und Überwachung der Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzplatzes Österreich“ führt die OeNB insbesondere die Bankenanalyse, die Zahlungssystemaufsicht, die Prüfung von Banken vor Ort und die Prüfung der Risikomanagementsysteme der Geschäftsbanken sowie die Großkreditevidenz durch. Die OeNB hat in den letzten Jahren die Anstrengungen in diesem Aufgabenbereich noch weiter forciert. Dadurch wird vor allem ein stabiles Bankensystem in Österreich gewährleistet (siehe Kapitel „OeNB trägt zur Sicherung der Finanzmarktstabilität bei“).

Effiziente Organisation

Moderne Instrumente zur Unternehmenssteuerung und Organisationsentwicklung

Die OeNB verfügt über ein modernes betriebswirtschaftliches Instrumentarium, das im Berichtszeitraum weiter verfeinert wurde (siehe Abschnitt „Strategische Positionierung für die Zukunft“). Darüber hinaus werden im Rahmen der Organisationsentwicklung die Aufbauorganisation, die Führungsstrukturen und die Geschäftsprozesse im Rahmen von Projekten analysiert und mit Fokus auf betriebswirtschaftliche Effizienz optimiert. Die Standardinstrumente sind insbesondere die Organisationsanalysen, im Rahmen derer ausgewählte Organisationseinheiten in ihrer Effizienz verbessert werden, und Prozessanalysen, in denen ausgewählte Geschäftsprozesse sowie Supportprozesse durchleuchtet und gestrafft werden.

Weitere Optimierung der Geschäftsprozesse

Der Schwerpunkt der Organisationsentwicklung lag im Jahr 2001 unter anderem auf einer Restrukturierung der Geschäftsbereiche „Bargeldversorgung“ und „Zahlungsverkehr“. Im Zahlungsverkehr wurde zusätzlich zu einer Optimierung der Aufbauorganisation vor allem die Abwicklung der Geschäftsfälle reorganisiert und modernisiert. Die OeNB hat ferner durch Implementierung eines modernen E-Procurement-Systems die Beschaffungsprozesse in den Bereichen Bestellwesen und Einkauf inklusive der Schnittstellen zum Buchhaltungssystem gestrafft.

Weiterentwicklung des Personalmanagements

Die OeNB hat sich im Jahr 2001 auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Umsetzung eines neuen Personalmanagementkonzepts und die Einführung neuer Instrumente der Personalentwicklung konzentriert. Insbesondere das Personal-Recruiting wurde optimiert.

Neben der erfolgreichen Nutzung von Internet- und Intranetstellenmärkten und dem Aufbau einer entsprechenden Website im Internet wurden – vor allem im universitären Bereich – potenzielle Bewerber direkt angesprochen.

Die Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde und wird durch neue Instrumente gefördert. Dabei geht es neben der Weiterbildung auch um eine optimale Nutzung der Mitarbeiterressourcen. Im Interesse dieses Ziels wurden unter anderem Orientierungsgespräche zur Laufbahnberatung eingeführt.

Das jährliche Zielvereinbarungsgespräch wurde zusätzlich zum Förderinstrument Mitarbeitergespräch eingeführt. Unternehmens- und Ab-

teilungsziele werden dabei bis zum einzelnen Mitarbeiter definiert und münden in individuell messbare Zielvereinbarungen zwischen Führungskraft und Mitarbeiter.

Auch im Personalsektor kam es im Berichtsjahr zu weiteren Kooperationen innerhalb des ESZB. So wurden harmonisierte Entsendungsrichtlinien erarbeitet und Jobrotationen innerhalb des ESZB verstärkt durchgeführt. Im Ausbildungssektor wurden weitere gemeinsame Bildungsangebote für neu eintretende Mitarbeiter sowie für Führungskräfte entwickelt.

Zur Flexibilisierung der Arbeitszeit wird ab 1. Jänner 2002 die Möglichkeit geboten, verschiedene Teilzeitvarianten in Anspruch zu nehmen. Diese neuen Teilzeitmodelle bieten der OeNB die Möglichkeit, flexibel auf Veränderungen der Arbeitswelt reagieren zu können, und die Arbeitskräfte optimal einzusetzen.

Reorganisation des IT-Managementsystems und der ISO-Zertifizierung

Der IT-Bereich der OeNB hat im Jahr 2001 ein kunden- und prozessorientiertes Qualitätsmanagementsystem eingeführt, das die laufende Optimierung der IT-Geschäftsprozesse und damit auch der IT-Produkte und -Dienstleistungen unterstützt. Das IT-Qualitätsmanagementsystem der OeNB wurde im September 2001 geprüft; die Zertifizierung durch die ÖQS (Österreichische Vereinigung zur Zertifizierung von Qualitäts- und Managementsystemen) und die DQS (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) nach der Norm ISO9001:2000 wurde erfolgreich abgeschlossen. Dieses Vorhaben war einerseits dadurch motiviert, dass sich der Kundenkreis der

OeNB/IT in den letzten Jahren um die Tochtergesellschaften erweitert hat, die ebenfalls zertifizierte Qualitätsmanagementsysteme anwenden. Andererseits unterstützt das Qualitätsmanagementsystem einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie die Vergleichbarkeit der IT-Leistungen der OeNB innerhalb des ESZB und mit anderen Dienstleistern.

Weiterentwicklung des EMAS-Umweltmanagements

Das im Jahr 1999 – gemäß EMAS-Verordnung¹) – eingeführte Umweltmanagementsystem der OeNB und ihrer Tochtergesellschaft OeBS wurde im Jahr 2001 weiterentwickelt und wird ab 2002 durch die Schaffung einer ÖKO-Datenbank ausgeweitet.

Bei den im Jahr 2001 abgeschlossenen Umbau- bzw. Neubaurbeiten der GSA-„Cash-Center“-Geschäftsstellen wurde auf die Bauökologie in besonderem Maß Wert gelegt, und die beim Neubau der OeNB II umgesetzten Lösungen wurden angewendet und weiterentwickelt.

Verstärkte Kommunikation mit Kunden und Partnern

Rund 48 Mio Internetzugriffe

Die Zugriffe auf die Homepage der OeNB (www.oenb.at) stiegen im Jahr 2001 insgesamt auf 48,5 Mio. Eine Neugestaltung der OeNB-Webseite wurde gestartet. Unter dieser zentralen OeNB-Webseite sind bereits aktuelle Informationen zu den Themen „Die OeNB“, „Der Euro – Unser Geld“ und „Eurotausch“ zusätzlich abrufbar. Im Rahmen eines weiterführenden technischen Umstellungsprojekts wird im Jahr 2002 die OeNB-Webseite grundlegend neu gestaltet.

Innovative E-Businessprojekte

Ferner hat die OeNB im Geschäftsjahr 2001 ein umfassendes Projekt „Electronic Business“ durchgeführt. Als Ergebnis bietet die OeNB gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften nach Adressatengruppen aufbereitete Informationen und zusätzliche Funktionalitäten über das Internet an. Das Angebot umfasst unter anderem ein Wörterbuch für spezifisches Finanz- und Geldvokabular, die Vermittlung von Hintergrundwissen zu Zinsänderungsklauseln bei Krediten, sowie Informationen über die umfangreiche Kunstsammlung und das Bankhistorische Archiv der OeNB (www.ebusiness.oenb.at). Durch die intensivere Nutzung des Mediums Internet entsteht eine zielgruppen-gerechte und direkte Kommunikation mit den Kunden und einer breiten Öffentlichkeit. Darüber hinaus bietet die OeNB den Finanzinstituten via Internet Zugriff zu weiteren nützlichen Anwendungen wie etwa dem Zahlungsverkehrsabwicklungssystem ARTIS. Das Angebot an Informationen, Funktionalitäten und Dialogmöglichkeiten wird ab dem Jahr 2002 durch Folgeprojekte weiter ausgebaut.

Informationsoffensive im Bereich Statistik

Die OeNB hat im Jahr 2001 die Kommunikation mit den Kunden und Partnern im Bereich Statistik mit neuen Informationsinitiativen erweitert. So wurde im September 2001 eine Statistik Hotline eingerichtet, die als zentrale Anlaufstelle – telefonisch oder per E-Mail – für Anfragen zum finanzwirtschaftlichen Statistikangebot der OeNB zur Verfügung steht (Tel: 01/40420-5555 bzw. E-Mail: statistik.hotline@oenb.co.at). Häufig nachgefragte Informationen über das österreichische Finanzwesen

¹ Eco Management
and Audit Scheme.

werden seit Mitte 2001 in einer neuen, vierteljährlich produzierten Broschüre „Eckdaten des österreichischen Finanzwesens“ veröffentlicht. Das auf der Internethomepage der OeNB abrufbare Angebot an statistischen Informationen wurde sowohl im Umfang ausgeweitet als auch in der Benutzerfreundlichkeit weiter verbessert. Ebenso wurde eine tägliche Aktualisierung von relevanten Eckdaten der österreichischen Wirtschaft im Rahmen des Special Data Dissemination Standards des IWF (Koordination durch die OeNB), die per Internet allen Interessierten weltweit zur Verfügung stehen, eingeführt. Schließlich wurde im Rahmen der vorher erwähnten innovativen E-Businessprojekte der OeNB eine neuartige Präsentationsform ausgewählter aktueller OeNB-Statistiken entwickelt. Ziel dieses – auch unter <http://dieaktuellezahl.oenb.at> – im Internet abrufbaren Statistikangebots ist es, eine breite Bevölkerungsgruppe in einer modernen, dem elektronischen Medium Internet angepassten Kommunikationsform anzusprechen.

Implementierung des Bankhistorischen Archivs

Im Jahr 2001 hat die OeNB ihr Bankhistorisches Archiv nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes für die Öffentlichkeit bereitgestellt. Es bietet jenen historisch wichtige Informationen, die einen amtlichen, wissenschaftlichen oder publizistischen Zweck oder berechtigte persönliche Interessen verfolgen. Weiters wird im Rahmen der E-Businessoffensive der OeNB ein Teil der Archivinformation, unter anderem die Geschichte der OeNB, auch im Internet einem interessierten Benutzerkreis zur Verfügung gestellt.

Förderung von Wissenschaft und Forschung

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft stellte seit seiner Gründung im Jahr 1966 rund 493 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung zur Verfügung. Er ist damit zu einem bedeutenden Baustein der Zukunftssicherung der heimischen Wissenschaft und Forschung geworden.

Im Jahr 2001 wurden die Leistungen des Jubiläumsfonds um 4'85 auf 70'25 Mio EUR erhöht. Diese Erhöhung wurde zur Gänze der wirtschaftsorientierten Forschung gewidmet. In diesem Bereich kam im Berichtsjahr ein Betrag von 60'9 Mio EUR zur Ausschüttung. Diese Mittel wurden unter anderem für die Finanzierung von insgesamt 165 wirtschaftsorientierten Forschungsprojekten im Wege des Forschungsförderungs fonds für die gewerbliche Wirtschaft und des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bereitgestellt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2001 zusätzlich vier Laboratorien der Christian-Doppler-Forschungsgesellschaft, ein Forschungszentrum der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie drei Wirtschaftsforschungsinstitute (WIFO, IHS und WIIW) unterstützt. Im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel wurden 229 Forschungsprojekte mit rund 11 Mio EUR aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften gefördert. Besonderes Schwergewicht wurde auf eine verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften gelegt. Im Rahmen des „Forums Jubiläumsfonds“ werden interessante Projekt-

ergebnisse einer Fachöffentlichkeit präsentiert.

Mit diesen Förderungen hat die OeNB einen erheblichen Beitrag zur Innovationsförderung, Technologieentwicklung, Standortattraktivität sowie zur Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft geleistet.

Kulturförderung

Die OeNB widmet der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk und hat zu diesem Zweck eine Reihe alter Instrumente erworben. Die Sammlung besteht aus 29 wertvollen alten Streichinstrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosinnen und österreichische Kammermusikensembles verliehen werden. Im Rahmen eines Konzertzklus unter dem Titel „Stradivari & Co“ in Zusammenarbeit mit dem ORF im RadioKulturhaus wurden die alten Streichinstrumente einer breiten Öffentlichkeit präsentiert.

Tochtergesellschaften der OeNB als innovative Unternehmen

Tochtergesellschaften wirken bei der Aufgabenerfüllung der OeNB mit

Die OeNB besitzt direkt und indirekt Tochtergesellschaften, die schwerpunktmäßig im Zahlungsmittelbereich (Bargeld/unbarer Zahlungsverkehr) angesiedelt sind.

Dem Bereich „Zahlungsmittel – Bargeld“ sind die Münze Österreich AG, die OeBS¹⁾ und die GSA²⁾ zugeordnet, die primär für die Herstellung bzw. Produktion von Euromünzen und -bargeld sowie für die logistische Versorgung Österreichs mit Bargeld verantwortlich sind. Im Bereich „Zahlungsmittel – unbarer Zahlungsverkehr“ hält die OeNB Beteiligungen an der AUSTRIA

CARD³⁾, der STUZZA⁴⁾, der APSS⁵⁾ und der A-Trust⁶⁾. Die AUSTRIA CARD ist unter anderem als Produzent hochwertiger Zahlungsverkehrskarten tätig, während die sonst genannten Unternehmen sich primär mit dem Thema Sicherheit im unbaren Zahlungsverkehr beschäftigen und die notwendige Infrastruktur für Zahlungsverkehrssysteme zur Verfügung stellen.

Die Veränderungen im Beteiligungsstand der OeNB gegenüber dem Jahr 2000 erfolgten durch Abtretung kleiner GSA-Gesellschaftsanteile an eine Reihe von Banken, die dadurch am österreichweiten Bargeldbearbeitungsservice der GSA teilnehmen.

Die Tochtergesellschaften sind eigenständige, privatwirtschaftliche Unternehmen. Das jeweilige Hauptgeschäftsfeld steht somit in grundsätzlichem Zusammenhang mit den Zentralbankaufgaben. Auf Grund dieser Tätigkeit haben die Tochterunternehmen ein jeweils spezifisches Know-how aufgebaut, das auch international nachgefragt wird. Durch Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen können bestehende Kapazitäten optimal genutzt und zusätzliche Erträge erwirtschaftet werden. Dadurch wird die betriebswirtschaftliche Effizienz dieser Unternehmen weiter erhöht und ein Beitrag geleistet, Serviceleistungen für den österreichischen Finanzplatz günstig anzubieten.

Bargeld und sicherer Zahlungsverkehr aus einer Hand

Um Österreichs Wirtschaft mit Bargeld zu versorgen, nimmt die OeNB zunächst die strategische Planung wahr und bedient sich bei der operativen Aufgabenerfüllung ihrer Tochtergesellschaften. Durch strategische Bündelung des Know-how und eine

- 1 Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH.
- 2 GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.
- 3 AUSTRIA CARD-Plastik-karten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.
- 4 Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.
- 5 Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH.
- 6 A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH.

mit den Tochtergesellschaften abgestimmte Leistungspalette im Sinn eines Vollsortiments im Zahlungsmittelbereich leistet die OeNB einen Beitrag

- zur Erhöhung der Sicherheit im Zahlungsverkehr (z. B. fälschungssichere Banknoten und Münzen sowie stabile Datenetze),
- zur Verbesserung der Qualität der Produkte für den Zahlungsverkehr (z. B. kompatible Zahlungsverkehrsmedien) und
- zur Senkung der gesamtwirtschaftlichen Kosten in Österreich (z. B. durch Zusammenführung der Bargeldbearbeitungsfunktionen in der GSA).

Über die Rolle der OeBS, der Münze Österreich AG und der GSA

im Zuge der Euro bargeldumstellung bzw. für die Versorgung der Bevölkerung mit Bargeld wird im Kapitel „Reibungslose Euro bargeldumstellung“ ausführlich berichtet.

Strategische Positionierung für die Zukunft

Strategische Konzeption der OeNB

Nach der erfolgreichen Bereitstellung von Euro bargeld konnte sich die OeNB wieder verstärkt der strategischen Ausrichtung für die nächsten Jahre widmen. Die derzeitigen und zukünftigen Arbeitsschwerpunkte beruhen auf einer langfristigen strategischen Konzeption. Diese soll sicherstellen, dass die OeNB auch in Zukunft Leistungen für die österreichische Bevölkerung und Wirt-

Zahlungsmittelcluster der OeNB

Bargeld

Produktion von Bargeld

Münze Österreich AG (MÖAG)

- Prägung, In-Verkehr-Setzen und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen
- Erzeugung und Verkauf von Gegenständen aus edlen und unedlen Metallen
- Engineering- und Consultingleistungen

Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)

- Banknoten- und Sicherheitsdruck
- Handel mit Druckerzeugnissen
- Forschungs- und Entwicklungsleistungen

Unbarer Zahlungsverkehr

Produktion von Zahlungsverkehrstools

AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m. b. H.

- Produktion und Vertrieb von Drucksorten, Kreditkarten und Kartensystemen, ferner von Geräten, die für die Herstellung bzw. Benützung dieser Systeme geeignet sind
- Produktion und Vertrieb von Ausweissystemen



Bargeldbearbeitung

GELDSERVICE AUSTRIA

Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA)

- Geldbearbeitung
- Versorgung mit Banknoten und Münzen
- Logistik



Bereitstellung von Infrastruktur sowie Absicherung des Finanzplatzes

Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH

- Auf- und Ausbau des Services der Bankomaten und der Bankomatassen
- EDV-Leistungen

A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH

- Zertifizierungsdienste im Zusammenhang mit elektronischen Signaturen

Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.

- Studiengesellschaft zur Erarbeitung von Konzeptionen und Maßnahmen zur Reduktion der Zahlungsverkehrskosten der Kreditinstitute

schaft in hoher Qualität erbringen kann.

Innerhalb des umfangreichen Aufgabenspektrums konzentriert sich die Strategiewerk der OeNB auf zwei Schwerpunkte:

- Zum einen gestaltet die OeNB die strategische Weiterentwicklung des ESZB/Eurosystems aktiv mit. Dadurch soll das Zusammenwirken aller Teilnehmer im ESZB/Eurosystem optimiert werden.
- Darüber hinaus verfolgt die OeNB das Ziel, den Nutzen ihrer Produkte für den österreichischen Finanzplatz zu maximieren. Eine aktive Kommunikation sichert in der Öffentlichkeit die Akzeptanz des Produktportfolios und das Vertrauen in die Aufgabenerfüllung.

Die Strategiewerk der OeNB stützt sich – geordnet nach der Wichtigkeit – auf das Leitbild mit langfristiger Perspektive, auf die Unternehmensziele und -strategie mit mittelfristiger Perspektive und schließlich auf die operative Jahresplanung. Im Rahmen der strategischen Arbeit im Jahr 2001 stand unter anderem die Ausarbeitung eines neuen OeNB-Leitbilds, das mit Beginn des Jahres 2002 das bisherige Leitbild ersetzt hat. Dieses trifft wesentliche Festlegungen in Hinblick auf die grundlegenden Aufgaben und die Wertekultur des Unternehmens.

Elemente der strategischen Planung

Darüber hinaus hat die OeNB in der zweiten Jahreshälfte 2001 mit der Entwicklung der neuen Unternehmensstrategie begonnen. Im Mittelpunkt dieser Strategiewerk stehen

- die Analyse der Entwicklung von Zentralbanken, insbesondere im Eurosystem,

- die Expertise für Zentral- und Osteuropa,
- die Positionierung der OeNB zum Nutzen des heimischen Finanzplatzes und
- die weitere Verstärkung der Kommunikation mit den Kunden und Partnern im Sinn einer verstärkten Dienstleistungsorientierung.

Wesentliche Vorgaben für die Festlegung der Strategie sind der EG-V, das ESZB/EZB-Statut und das NBG. Darüber hinaus kommt der Einbettung der OeNB in die österreichische und europäische Finanzinfrastruktur besondere Bedeutung zu. Diesen Rahmenbedingungen wird auf allen Ebenen der strategischen und operativen Planung Rechnung getragen. Damit hat die OeNB ihre gute Position innerhalb des ESZB/Eurosystems deutlich bestätigen können.

Die Konkretisierung der Unternehmensstrategie erfolgt in der operativen Jahresplanung. Um auch weiterhin eine gute Position unter den europäischen Zentralbanken einnehmen zu können, hat die OeNB im Berichtszeitraum ihre Instrumente der Unternehmenssteuerung weiter verfeinert. Zu erwähnen ist insbesondere der Roll-out der Prozesskostenrechnung, mit dem eine erhöhte Kostentransparenz sowie eine effiziente und verursachungsgerechte interne Leistungsverrechnung ermöglicht wird. Durch die dezentrale Verantwortung der Fachbereiche wird das Kostenbewusstsein weiter geschärft und das betriebswirtschaftliche Denken zunehmend verankert. In ähnlicher Weise wie die Prozesskostenrechnung trägt auch das neu eingeführte Budget-Monitoring zu erhöhter Flexibilität im betriebswirtschaftlichen Prozess bei. Auf Grund der intensiven Moderni-

sierungsbemühungen ist die OeNB im ESZB – in Hinblick auf das Geschäftsergebnis, die Organisationsprozesse und die anderen betriebswirtschaftlichen Parameter – sehr gut positioniert.

Internationaler Kooperations- und Dialogpartner OeNB

Die OeNB ist im Rahmen des ESZB/Eurosystems sowie in Gremien von internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen ein aktiver Partner. Als Vertreterin Österreichs bringt sie jeweils die Perspektive einer Zentralbank, die Interessen der Wirtschaft und Bevölkerung in Österreich sowie die Sichtweisen des heimischen Finanzplatzes ein. Zugleich fungiert sie als Botschafterin für gesamteuropäische Ideen, Vorhaben und Beschlüsse in Österreich.

Aktiver Partner in der europäischen Integration

Rege Aktivitäten in diversen Arbeitsgruppen

Im Rahmen der EU ist die OeNB sowohl Bestandteil des ESZB/Eurosystems und beschickt dessen Komitees und Arbeitsgruppen als auch Vertreterin in zahlreichen anderen wirtschaftspolitischen Gremien. Dazu zählen insbesondere der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) und das Wirtschaftspolitische Komitee, zwei Vorbereitungsorgane des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die OeNB im Rahmen einer Reihe von Ereignissen und Entscheidungen eine wichtige Rolle gespielt:

- Das gewichtigste Vorkommnis ist zweifellos die Eurobargeldeinführung, die im Rahmen eines – alle NZBen umfassenden – Netzwerks effizient geplant, durchgeführt und beobachtet wurde.
- Im Rahmen der Mitwirkung der OeNB in den verschiedenen ESZB-Komitees war die Expertise der OeNB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter auch im Jahr 2001 sehr gefragt. Sie haben wieder wichtige Beiträge zu ESZB- oder Eurosystem-Regelungen geleistet (siehe nachfolgend ausgewählte Bereiche) und die Ergebnisse entscheidend mitgestaltet.
- Im Jahr 2001 fanden im Rahmen des ESZB intensive Verhandlungen über die künftige Verteilung des monetären Einkommens statt, in denen die OeNB eine für Österreich sehr befriedigende Lösung erreichen konnte (siehe dazu „Jahresabschluss 2001 der Oesterreichischen Nationalbank“).
- Im Bereich der Weiterentwicklung der statistischen Grundlagen für die gemeinsame Geldpolitik ist für das Jahr 2001 vor allem die neue Zinssatzstatistik für die MFIs hervorzuheben, die nach rund zweijährigen Vorbereitungen im Dezember 2001 vom EZB-Rat beschlossen wurde. Damit wird ab dem Jahr 2003 für den Euroraum eine harmonisierte Zinssatzstatistik für weite Bereiche des Bankgeschäfts vorliegen. In diesen – wie auch in vielen anderen – Fällen konnte die OeNB durch entsprechend fundierte Vorschläge die Ausgestaltung der Regelungen, sowohl im Interesse des Systems als auch im Interesse Österreichs, nachhaltig beeinflussen.
- Im Rahmen des Beratenden Bankenausschusses der EU und des Bankenaufsichtskomitees des ESZB pflegte die OeNB den ständigen Dialog mit Bankenaufsehern in anderen EU-Staaten.
- Im Komitee für internationale Beziehungen des ESZB und der Arbeitsgruppe des WFA für Angelegenheiten des IWF setzten sich die OeNB-Vertreterinnen und -Vertreter intensiv für eine Verbesserung der gemeinsamen Vertretung der EU-Interessen in internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF ein – hier

wurde die Vereinbarung des EU-Rats von Wien bezüglich der Außenvertretung der EU in wirtschaftspolitischen Fragen konkretisiert.

Zahlreiche Tagungen organisiert

Die OeNB ist als wirtschaftspolitischer Akteur um den Dialog mit Wissenschaft und Politik bemüht und in dieser Eigenschaft oftmals Initiatorin und Gastgeberin für nationale und internationale Tagungen in oder außerhalb von Wien. So haben etwa der EZB-Rat, das Wirtschaftspolitische Komitee der EU, das Komitee für internationale Beziehungen, das geldpolitische Komitee und das Rechtskomitee des ESZB in Wien getagt. Die größte diesbezügliche Veranstaltung ist die Volkswirtschaftliche Tagung, die im Juni 2001 abgehalten wurde und zum Schwerpunktthema Finanzmarktstabilität wichtige Aussagen festhielt.

Abgesehen von den Schwerpunkten betreffend die Eurobargeldeinführung (siehe Kapitel „Reibungslose Eurobargeldumstellung“) wurden auch zahlreiche Veranstaltungen organisiert (227 Veranstaltungen mit rund 10.000 Besuchern, zusätzlich 116 Schulbesuche mit rund 4.000 Besuchern), die den Ruf der OeNB als Plattform und Dialogpartner auf höchster Ebene weiter festigten.

Enge internationale Kooperation ...

... mit BIZ, IWF, OECD

Auf internationaler (über die EU hinausgehender) Ebene spielt die OeNB eine aktive Rolle bei der Vertretung österreichischer Interessen im IWF und in der OECD sowie in der BIZ.

Der IWF hat Österreich im Jahr 2001 nicht nur im Rahmen seiner jährlichen Artikel-IV-Konsultationen,

die von der OeNB organisiert werden, geprüft und mit einem guten Zeugnis für seine Wirtschaftssituation ausgestattet, sondern auch den österreichischen Weg der graduellen Kapitalverkehrsliberalisierung in den vergangenen Jahrzehnten als positives Beispiel in seinem Jahreswirtschaftsbericht hervorgehoben.

In der OECD hat sich die langjährige Expertise der OeNB im Bereich des Kapitalverkehrs darin niedergeschlagen, dass ein OeNB-Vertreter als erster Österreicher zum Vorsitzenden eines wirtschaftspolitischen OECD-Gremiums, des Ausschusses für Kapitalverkehr und unsichtbare Transaktionen, nominiert wurde.

Um die regelmäßige Prüfung Österreichs durch die OECD noch besser betreuen zu können, wurde ein Mitarbeiter für zwei Monate zur OECD entsandt, um im dortigen Büro für die Österreichanalyse mitzuarbeiten.

In der BIZ hat die OeNB erstmals an einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Thematik Führung und Verwaltung in Zentralbanken befasst und vergleichende Analysen zur Struktur von Zentralbanken vornimmt, mitgewirkt.

Expertise für Zentral- und Osteuropa

Hochwertige Analysen, enges Netzwerk von Kontakten

Die OeNB hat auf Grund der geografischen Lage Österreichs und ihrer historisch gewachsenen Kontakte ein besonderes Know-how über Osteuropa aufgebaut, das sowohl von innerösterreichischer als auch von internationaler Ebene, darunter speziell vom Eurosystem, vorzugsweise genutzt wird.

Die Analyse des Prozesses der Integration der zentral- und osteuro-

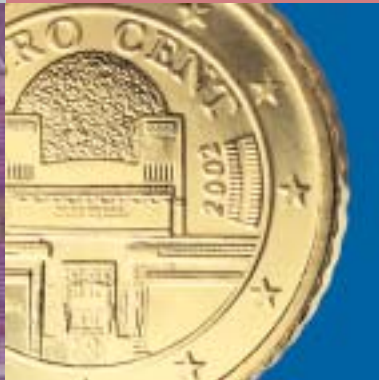
päischen Länder in die EU und in die WWU, die fachliche Kooperation, vor allem mit den Zentralbanken dieser Länder, sowie die Unterstützung von Ausbildungsmaßnahmen sind wichtige Anliegen der OeNB. Die Osteuropakompetenz der OeNB umfasst neben einer qualitativ hochwertigen Analyse auch ein jederzeit abrufbares Netzwerk von Kontakten, zahlreiche Veranstaltungen als Plattform eines Meinungsaustausches, sowie eine Reihe von Aktivitäten im Rahmen der technischen Kooperation und Ausbildungsprogramme. Die halbjährliche OeNB-Publikation „Focus on Transition“, die wirtschaftlichen Problemen und Herausforderungen der Übergangsländer gewidmet ist, findet bei Experten und Entscheidungsträgern von Zentralbanken, internationalen Organisationen und dem Fachpublikum rege Verwendung.

Auf wissenschaftlicher Ebene hat die Ost-West-Konferenz im Jahr 2001 unter dem Titel „Konvergenz

und Divergenz in Europa“ die Probleme der Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen Europas und die Frage der Aufholstrategien der Beitrittskandidaten behandelt.¹⁾

Auf bilateraler Ebene sowie im Rahmen des Joint Vienna Institute, das nunmehr auf Dauer in Wien angesiedelt sein wird, hat die OeNB Mitarbeiter von Zentralbanken aus Zentral- und Osteuropa ausgebildet und diese auf die kommende Eingliederung in die Institutionen der EU vorbereitet. Dabei hat sich auch der Schwerpunkt von grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik und das Wissen über die relevanten Institutionen auf die Weitergabe von Know-how bezüglich der Implementierung von Instrumenten und Normen verschoben. Auch in internationalen Gremien wie der EU und der BIZ hat die OeNB aktiv an der Koordinierung der technischen Hilfe mitgewirkt sowie an Hilfsprogrammen der EU und des IWF teilgenommen.

¹ Die Beiträge der analogen Tagung im Jahr 2000 wurden in einem Buch veröffentlicht: Tumpel-Gugerell, G., Wolfe, L., Mooslechner, P. (Hrsg., 2002). *Completing Transition: The Main Challenges*. Springer.





Jahresabschluss 2001
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2001

Aktiva

	31. Dezember 2001 in Euro	31. Dezember 2000 in Euro
1. Gold und Goldforderungen	3.519,118.265'13	3.556,162.714'08
2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	13.979,832.639'04	15.062,227.984'50
2.1 Forderungen an den IWF	1.262,683.249'24	888,393.041'77
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	12.717,149.389'80	14.173,834.942'73
3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.108,565.345'82	1.543,590.501'40
4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	1.569,219.994'13	1.860,162.390'22
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.569,219.994'13	1.860,162.390'22
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	—	—
5. Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	1.290,549.780'—	6.970,764.744'—
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	379,071.760'—	4.843,970.690'—
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	911,478.020'—	2.126,794.054'—
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität	—	—
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	—	—
6. Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	182,269.783'31	166,356.570'34
7. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	1.742,630.781'57	1.381,551.936'48
8. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	287,632.718'05	255,644.384'50
9. Intra-Eurosystem-Forderungen	3.153,430.658'76	1.297,670.000'—
9.1 Beteiligung an der EZB	117,970.000'—	117,970.000'—
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179,700.000'—	1.179,700.000'—
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹⁾	×	×
9.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	1.855,760.658'76	—
10. Schwebende Verrechnungen	83,404.749'23	—
11. Sonstige Aktiva	4.384,003.886'29	4.091,433.515'89
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	151,994.553'97	67,951.433'59
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	135,622.952'35	109,891.122'93
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2.548,765.865'44	2.432,098.313'47
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	6,571.481'94	41,598.284'98
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	355,593.036'02	399,075.911'29
11.6 Sonstiges	1.185,455.996'57	1.040,818.449'63
	<u>31.300.658.601'33</u>	<u>36.185.564.741'41</u>

¹⁾ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2001 in Euro	31. Dezember 2000 in Euro
1. Banknotenumlauf	10.172,302.497'04	13.933,755.136'11
2. Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	5.497,601.442'69	3.402,808.903'32
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	5.497,601.442'69	3.402,808.903'32
2.2 Einlagefazilität	—	—
2.3 Termineinlagen	—	—
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—
3. Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	1.059,618.205'55	—
4. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹⁾	x	x
5. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	42,101.899'13	18,201.500'45
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	21,298.633'20	766.081'04
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	20,803.265'93	17,435.419'41
6. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	63,530.444'37	7,176.741'20
7. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	308,726.918'84	330,687.652'96
8. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	985,659.161'39	900,889.207'44
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	985,659.161'39	900,889.207'44
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	—	—
9. Ausgleichsposten für vom IWF zugewiesene Sonderziehungsrechte	255,051.392'95	250,678.218'83
10. Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	—	5.024,023.947'10
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹⁾	x	x
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	—	—
10.3 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	—	5.024,023.947'10
11. Schwebende Verrechnungen	507,385.260'28	—
12. Sonstige Passiva	1.516,790.955'97	1.101,311.694'59
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	207,999.252'71	3,975.845'—
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	109,867.776'42	79,671.367'74
12.3 Sonstiges	1.198,923.926'84	1.017,664.481'85
13. Rückstellungen	1.856,057.752'80	1.937,247.894'71
14. Ausgleichsposten aus Neubewertung	4.680,053.372'83	4.908,714.957'34
15. Kapital und Rücklagen	4.247,440.269'22	4.260,243.425'62
15.1 Kapital	12,000.000'—	12,000.000'—
15.2 Rücklagen	4.235,440.269'22	4.248,243.425'62
16. Bilanzgewinn (hievon im Jahr 2001 4.656'82 EUR Gewinnvortrag)	108,339.028'27	109,825.461'74
	<u>31.300,658.601'33</u>	<u>36.185,564.741'41</u>

¹⁾ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2001

	Geschäftsjahr 2001 in Euro	Geschäftsjahr 2000 in Euro
1.1 Zinsenerträge	1.287,006.069'51	1.584,887.939'87
1.2 Zinsaufwendungen	– 413,905.931'65	– 570,441.348'81
1. Netto-Zinsenergebnis	873,100.137'86	1.014,446.591'06
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	995,744.801'23	700,374.710'16
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	– 88,353.343'41	– 97,846.732'39
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	87,320.307'38	293,986.735'09
2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	994,711.765'20	896,514.712'86
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	1,381.355'03	2,086.141'87
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	– 1,701.254'24	– 1,703.371'45
3. Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen	– 319.899'21	382.770'42
4. Erträge aus Beteiligungen	54,095.046'59	6,268.546'99
5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften	– 606.563'30	– 652.250'40
6. Sonstige Erträge	<u>7,322.868'26</u>	<u>7,036.340'02</u>
Nettoerträge insgesamt	1.928,303.355'40	1.923,996.710'95
7. Personalaufwendungen	– 92,971.491'46	– 88,191.757'12
8. Sachaufwendungen	– 110,604.056'83	– 89,265.008'06
9. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	– 19,945.786'71	– 12,298.656'21
10. Aufwendungen für Banknoten	– 62,232.247'83	– 37,837.721'57
11. Sonstige Aufwendungen	<u>– 1,119.902'18</u>	<u>– 10,355.410'30</u>
	1.641,429.870'39	1.686,048.157'69
12. Körperschaftsteuer	<u>– 558,086.155'93</u>	<u>– 573,256.373'61</u>
	1.083,343.714'46	1.112,791.784'08
13. Gewinnanteil des Bundes und satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve (letzteres nur 2000)	<u>– 975,009.343'01</u>	<u>– 1.002,966.322'34</u>
14.1 Jahresgewinn	108,334.371'45	109,825.461'74
14.2 Gewinnvortrag	4.656'82	—
14. Bilanzgewinn	<u>108,339.028'27</u>	<u>109,825.461'74</u>

Anhang zum Jahresabschluss 2001

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG) in der geltenden Fassung unter Heranziehung der vom EZB-Rat gemäß Art. 26 Abs. 4 des ESZB/EZB-Statuts erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat als „Guideline of the ECB of 1 December 1998 on the Legal Framework for Accounting and Reporting in the European System of Central Banks as Amended on 15 December 1999 and 14 December 2000 (ECB/2000/18)“ beschlossen¹⁾ und werden im vorliegenden Jahresabschluss der OeNB in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern die „Guidelines“ keine Vorgaben enthalten, ist auf die im § 67 Abs. 2 2. Satz NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen.

Die übrigen für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 bis 69 und 72 Abs. 1 des NBG in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 sowie das Handelsgesetzbuch (HGB) in der geltenden Fassung sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. HGB ist auf Grund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2001 unverändert nicht gegeben.

Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1478/2000 des Rats vom 19. Juni 2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2866/98 über die Umrech-

nungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten, die den Euro einführen, wurde der Wechselkurs der griechischen Drachme gegenüber dem Euro mit 340'750 GRD/1 EUR unwiderruflich festgelegt. Diese Verordnung ist am 1. Jänner 2001 in Kraft getreten.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur. Sie ist gegenüber dem Jahresabschluss 2000 unverändert geblieben.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze basieren auf den vom EZB-Rat²⁾ festgelegten Regelungen. Diese Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst.

Der Jahresabschluss wurde nach folgenden Grundsätzen erstellt:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit,
- Bilanzvorsicht,
- Stichtagsbezogenheit,
- Wesentlichkeit,
- Unternehmensfortführung,
- Periodenabgrenzung,
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit.

Für die Verbuchung von Finanztransaktionen ist der Zeitpunkt der Zahlung maßgeblich.

1 EZB-Ratsbeschluss vom 14. Dezember 2000.

2 EZB-Ratsbeschluss vom 14. Dezember 2000 (EZB/2000/18).

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende werden die Forderungen und Verbindlichkeiten zum aktuellen Marktkurs bzw. -preis neu bewertet. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte gleichermaßen. Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Reversierung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde

von den Gremien¹⁾ der Bank beschlossen, Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ (Kursdifferenzenreserve) abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die „Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet“, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem gegebenen Gold- und Fremdwährungsbestand und einer gegebenen Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ (Kursdifferenzenreserve) und der „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ herangezogen. Reichen diese dafür in ihrer Gesamtheit nicht aus, ist eine „Rückstellung für all-

¹ Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss vom 10. November 1999 bzw. 25. November 1999.

gemeine Währungsrisiken“ gewinn-reduzierend zu dotieren. Nicht zur Risikobedeckung benötigte Teile der Kursdifferenzenreserve werden gewinnerhöhend aufgelöst.

Zukünftige Marktentwicklungen, das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität, können auf Grund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinn-schwankungen führen.

Bei unter oder über pari ausgegebenen bzw. erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapitalbasis) dieser Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge: 4 Jahre,
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung: 10 Jahre¹⁾,
- Gebäude: 25 Jahre.

Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000– EUR festgelegt.

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001

	Realisierte Gewinne (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Realisierte Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Buchmäßige Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten)
<i>in 1.000 EUR</i>				
Gold	204.888	0	–	+134.392
Fremdwährungen	519.087	6.992	60.519 ¹⁾	–205.373
Wertpapiere	221.994	7.753	26.801 ²⁾	– 9.414
Initial Valuation bei Wertpapieren	26.750	x	x	x
Eurobestände des IWF	35.300	–	–	–
Beteiligungen	–	–	428	+113.356
Außerbilanzielle Geschäfte	3.311	840	605	– 1.562
Insgesamt	1.011.330	15.585	88.353	+ 31.399

¹⁾ Durch gleich hohe Auflösung der Kursdifferenzenreserve erfolgsneutral gehalten.

²⁾ Durch gleich hohe Auflösung der „Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken“ erfolgsneutral gehalten.

¹⁾ Abweichend von diesem Grundsatz wurde 2001 für Banknoten- und Münzenbearbeitungsmaschinen die Nutzungsdauer auf die Hälfte, das sind 5 Jahre, verkürzt.

Kapitalbewegungen

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2001

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	Zunahme	Abnahme	31. 12. 2001
Ausgleichsposten aus Neubewertung				
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	2,075.237	–	232.489	1,842.748
Reserve aus Initial Valuation	309.825	–	27.572	282.253
Neubewertungskonten	2,523.653	31.399	–	2,555.052
Zusammen	4,908.715	31.399	260.061	4,680.053
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Rücklagen				
Allgemeiner Reservefonds	1,611.952	–	–	1,611.952
Freie Reserve	1,036.219	–	118.500	917.719
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1,077.606	152.890	66.072	1,164.424
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	515.199	18.879	–	534.078
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	–	–	7.267
Zusammen	4,248.243	171.769	184.572	4,235.440
Bilanzgewinn	109.825	–	1.486	108.339

Hinsichtlich der Details zu den die Erläuterungen des jeweiligen einzelnen Veränderungen wird auf Bilanzpostens verwiesen.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2001

Nettowährungsposition (inkl. Gold)

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung in %	
Gold und Goldforderungen	3,556.162	3,519.118	– 37.044	– 1'0
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets ¹⁾	17,009.068	15,705.247	–1,303.821	– 7'7
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1,543.591	1,108.566	– 435.025	– 28'2
Sonstige Aktiva	37.968	23.092	– 14.876	– 39'2
abzüglich:				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	330.688	308.727	– 21.961	– 6'6
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	900.889	985.659	+ 84.770	+ 9'4
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	250.678	255.051	+ 4.373	+ 1'7
Ausgleichsposten aus Neubewertung	109.874	91.132	– 18.742	– 17'1
Zusammen	20,554.660	18,715.454	–1,839.206	– 8'9
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	– 659.071	– 1,434.061	– 774.990	–117'6
Insgesamt	19,895.589	17,281.393	–2,614.196	– 13'1

¹⁾ Ohne den in Euro ausgedrückten nicht abgerufenen Teil der Quote des IWF.

Monetäre Einkünfte im Eurosystem

Der Begriff der monetären Einkünfte gemäß Art. 32 des ESZB/EZB-Statuts umfasst jenen Teil der Erträge der am Eurosystem teilnehmenden Nationalen Zentralbanken (NZBen), der ihnen aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben im Eurosystem zufließt. Der Betrag der monetären Einkünfte einer nationalen Zentralbank im Sinne des ESZB/EZB-Statuts entspricht ihren jährlichen Einkünften aus jenen Vermögenswerten, die sie als Gegenposten zum Bargeldumlauf und ihren Verbindlichkeiten aus Einlagen der Kreditinstitute (wird in diesem Zusammenhang als „monetäre Basis“ bezeichnet) hält. Für diesen Teil der Einkünfte ist im Art. 32.2 des ESZB/EZB-Statuts eine gesonderte Erfassung bzw. die Umverteilung auf Ebene der NZBen gemäß einer vom EZB-Rat zu erlassenden Leitlinie vorgesehen (*Direkte Methode* zur Ermittlung der monetären Einkünfte).

Neben den Nettoerträgen sind auch jene Aufwände, die im Zuge des Einsatzes der liquiditätsabsorbierenden geldpolitischen Instrumente anfallen, von Relevanz. Insbesondere hat die Regelung der Mindestreserve im Eurosystem wesentlichen Einfluss auf die Berechnung der monetären Einkünfte, da die seitens der NZBen an Kreditinstitute gezahlten Zinsen auf Mindestreserve-Einlagen von den zusammenzulegenden Erträgen in Abzug gebracht werden können.

Der Leitgedanke der Umverteilungsbestimmungen liegt in einer fairen Verteilung der aus dem Einsatz der geldpolitischen Instrumente resultierenden Seigniorage-Einkünfte. Diese werden unabhängig davon, in welchem Land des Eurowährungsgebiets sie tatsächlich anfallen, nach

einem einheitlichen Schlüssel den teilnehmenden NZBen zugeteilt. Die Rückverteilung der Summe aller zusammengelegten monetären Einkünfte der teilnehmenden NZBen erfolgt daher im Verhältnis des Schlüssels für die Zeichnung der am Eurosystem teilnehmenden NZBen am EZB-Kapital.

Lösung für die Geschäftsjahre 1999 bis 2001

Auf Grund der zum Zeitpunkt des Eintritts in die dritte Stufe der WWU sehr unterschiedlichen Bilanzstrukturen der teilnehmenden NZBen hat sich der EZB-Rat am 3. November 1998 vorerst für die ersten drei Jahre auf die Anwendung eines im ESZB/EZB-Statut im Art. 32.3 vorgesehenen Alternativverfahrens geeinigt. Konkret sieht dieses für den Zeitraum bis Ende 2001 die Berechnung nach der so genannten *Indirekten Methode* vor. Dabei wird ein Standard-Ertrag durch Multiplikation der *monetären Basis* mit einem fixierten Referenzzinssatz, das ist der für alle teilnehmenden NZBen gleichermaßen gültige marginale Zinssatz der Hauptrefinanzierungsfazität, ermittelt.

Da der Banknotenumlauf in den Jahren 1999 bis 2001 keine Eurobanknoten enthielt, waren in diesem Zeitraum die „nationalen“ Banknotenumläufe aus der monetären Basis ausgeklammert. Damit war die monetäre Basis auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beschränkt. Im Hinblick auf die Abzugsfähigkeit der Verzinsung¹⁾ dieser Einlagen blieb das Gesamtvolumen der monetären Einkünfte des Eurosystems gering. Auf dieser Basis waren auch die für die OeNB resul-

¹⁾ Der Zinssatz für die Verzinsung der Mindestreserve-Guthaben und jener für die Berechnung der monetären Einkünfte sind seit Beginn des Eurosystems ident.

tierenden Nettozahlungen aus den monetären Einkünften in den ersten drei Jahren insgesamt sehr gering, da der aus den genannten Komponenten errechnete Ertrag annähernd den abzugsfähigen Mindestreserve-Zinsen entsprach.

Ausblick auf die Lösung für den Zeitraum 2002 bis 2007

Die Integration des Eurobanknoten-umlaufs ab 2002 erforderte eine umfassende längerfristige Lösung. Infolge des neuen Ausweises des Banknoten-umlaufs (Erläuterungen dazu können dem Kapitel „Einführung des Eurobargeldes ab 1. Jänner 2002“ entnommen werden) wurde gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 6. Dezember 2001 eine neue Rege-

lung für die Umverteilung der monetären Einkünfte für die Jahre 2002 bis 2007¹⁾ festgelegt.

Diese neue Lösung wird im Rahmen einer Übergangsregelung, die den Einfluss auf die laufenden relativen Einkünfte der NZBen abfedern soll, schrittweise bis Ende 2007 wirksam. Für die Methode der Ermittlung der monetären Einkünfte für 2002 wird sowohl der nationale Banknoten-umlauf als auch der Eurobanknoten-umlauf unter Fortsetzung der bisherigen alternativen Methode gemäß Art. 32.3 des ESZB/EZB-Statuts einbezogen. Ab 2003 kommt eine dem Art. 32.2 entsprechende Methode, die die aus der gemeinsamen Geldpolitik erwirtschafteten Erträge direkt berücksichtigt, zur Anwendung.

Einführung des Eurobargeldes ab 1. Jänner 2002 – Auswirkung auf den Jahresabschluss 2001

Mit der physischen Einführung des Eurobargeldes ab 1. Jänner 2002 beginnt die vorletzte Phase (Stufe 3b) des im EU-Vertrag beschriebenen dreistufigen Prozesses auf dem Weg in die WWU. Gemäß Art. 10 der Verordnung des Rats (EG) Nr. 974/98 vom 3. Mai 1998²⁾ sind ab 1. Jänner 2002 somit Eurobanknoten und -münzen gesetzliches Zahlungsmittel im Eurowährungsgebiet. Während einer dualen Phase bis zum 28. Februar 2002 kann neben dem Euro weiterhin der Schilling für Zahlungen verwendet werden, ab 1. März 2002 nur mehr die Einheitswährung. Die Ausgabe der Eurobanknoten erfolgt durch die EZB (mit einem Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-umlaufs) und durch die NZBen (mit dem restlichen Anteil von 92%³⁾). Dabei wird jede

der 12 am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken einen Betrag an ausgegebenen Eurobanknoten ausweisen, der ihrem einbezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Ausgabe von Euromünzen durch die Mitgliedstaaten wurde gemäß Art. 106 des Vertrags über die Europäische Union vom EZB-Rat am 20. Dezember 2001 genehmigt.

Vorverteilung

Um die rechtzeitige und ausreichende Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit Eurobargeld ab 1. Jänner 2002 sicherzustellen und gleichzeitig einen zügigen Umtausch während der dualen Phase zu ermöglichen, führte die OeNB eine umfassende Vorverteilung (Frontloading) an Kreditinstitute durch. Die Gesamtsumme der

1 Decision of the European Central Bank of 6 December 2001 on the Allocation of Monetary Income of the National Central Banks of Participating Member States from the Financial Year 2002 (ECB/2001/16).
 2 BGBl. I 2000/72; Art. 1, §§ 1 und 2 „Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung im Zusammenhang mit der Ausgabe der Eurobanknoten und -münzen erlassen werden (Eurogesetz), und das Scheidemünzengesetz 1988 und das Nationalbankgesetz 1984 geändert werden“. Dieses Gesetz basiert auf der EU-Verordnung (EG) Nr. 974/98 über die Einführung des Euro, Abl. Nr. L 139 vom 11. Mai 1998.
 3 EZB-Ratsbeschluss vom 6. Dezember 2001 (ECB/2001/15).

vorverteilten Eurobanknoten betrug rund 9,8 Mrd EUR, an Euromünzen wurden rund 0,5 Mrd EUR vorverteilt. In einem zweiten Schritt wurden von den einbezogenen Kreditinstituten im Rahmen der Weiterverteilung (Sub-Frontloading) Frontloading-Bestände an Unternehmen oder an andere Kreditinstitute weiterverteilt. Diese enthielten Eurobanknoten, Euro- und Centmünzen sowie Euromünzen-Startpakete für Konsumenten und Unternehmer zur

Versorgung mit Wechselgeld in den ersten Jännertagen. Ab 15. Dezember 2001 wurden Euromünzen-Startpakete sowie Euro- und Centmünzen teils direkt durch die OeNB – zum überwiegenden Teil aber durch Kreditinstitute – an die Bevölkerung verkauft bzw. ausgegeben. Gemäß den Richtlinien der EZB wurden die vorverteilten Eurobanknoten und -münzen nicht als Zahlungsmittel bilanziert.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1. Gold und Goldforderungen

Bilanzstand 31. 12. 2001	3,519.118 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	3,556.162 Tsd EUR
Veränderung	- 37.044 Tsd EUR -1,0%

In diesem Posten ist der physische und nicht physische Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2001 auf rund 347 t. Auf Basis des Bewertungspreises von 314,990 EUR/ozf (das sind 10.127,16 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 3,519.118 Tsd EUR.

Die Veränderung im Jahr 2001 resultiert einerseits aus Verkäufen (30 t im Gegenwert von 273.599 Tsd EUR) und andererseits aus Bewertungsgewinnen über 200.578 Tsd EUR. Aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen ergab sich per saldo eine Zunahme um 35.976 Tsd EUR.

Die Goldverkäufe wurden im Rahmen des im September 1999 von 14 europäischen Zentralbanken, darunter auch die OeNB, und der EZB geschlossenen „Goldabkom-

mens“ über den Verkauf von insgesamt 2.000 t Gold innerhalb einer Fünfjahresperiode, durchgeführt.

Die in diesem Zusammenhang bestehende Möglichkeit, weitere 30 t Gold zu verkaufen, wurde im Jahr 2001 durch Termingeschäfte genützt, die unter „in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten“ erfasst sind.

2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2001	13,979.833 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	15,062.228 Tsd EUR
Veränderung	- 1,082.395 Tsd EUR -7,2%

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex „Internationaler Währungsfonds“ – bestehend aus der „Forderung aus der Beteiligung am IWF“, den „Sonderziehungsrechten“ (SZR) und den „Sonstigen Forderungen gegen den IWF“ – Fremdwährungsforderungen gegen Länder, die nicht an der Währungsunion teilnehmen. Der Sitz der Geschäfts-

partner befindet sich außerhalb des Eurowährungsraums.

Der gesamte IWF-Posten gliedert sich wie folgt:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
Forderung				
aus der Beteiligung am IWF	674.539	941.696	+267.157	+39,6
SZR im Rahmen des IWF	143.850	264.007	+120.157	+83,5
Sonstige Forderungen gegen den IWF	70.004	56.981	-13.023	-18,6
Insgesamt	888.393	1.262.684	+374.291	+42,1

Die **Forderung aus der Beteiligung am IWF¹⁾** hat durch Ziehungen zu Gunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Eurobestände durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 329.817 Tsd EUR zugenommen. Weiters haben sich die Bewertung (+19.831 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+25.900 Tsd EUR) bestands erhöhend ausgewirkt. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erläge von Mitgliedstaaten um 108.391 Tsd EUR gesunken.

Der österreichische Anteil am Währungsfondskapital ist im Jahr 2001 mit 1.872,3 Mio SZR unverändert geblieben.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt auf Grund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – gleich hoch wie der SZR-Zinssatz – zwischen 2,2 und 4,6% p. a. bewegte.

Die **Sonderziehungsrechte²⁾** stehen zum 31. Dezember 2001 mit einem Gegenwert von 264.007 Tsd EUR, das entspricht 185 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2001 eingetretene Zunahme um per saldo 120.157 Tsd EUR ist auf SZR-Käufe

und auf Zinsenabrechnungen zurückzuführen (+194.054 Tsd EUR). Die Zinsenabrechnungen betreffen insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF. SZR-Verkäufe haben sich mit einer Abnahme von 76.546 Tsd EUR ausgewirkt.

Käufe auf Grund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2001 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Sonstige Forderungen gegen den IWF fassen sämtliche übrige Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF zusammen. Im vorliegenden Jahresabschluss besteht dieser Posten ausschließlich aus Forderungen aus Beitragsleistungen (über 40 Mio SZR) im Zusammenhang mit der „Beteiligung an der Poverty Reduction and Growth Facility“ (PRGF). Die Sonderaktion PRGF unterstützt die Ziele des IWF durch Gewährung von sehr weichen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer, um damit Wirtschaftsprogramme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stärkung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums abzielen.

1 Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

2 Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen Sonderziehungsrechte in ihre Aktiven einzustellen.

Die **Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva** stellen sich wie folgt dar:

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung in %	
Guthaben bei Banken	3,794.481	3,416.102	- 378.379	- 10'0
Wertpapiere	10,371.623	9,293.899	-1,077.724	- 10'4
Kredite	537	-	537	-100'0
Sonstige Forderungen	7.194	7.148	46	0'6
Insgesamt	14,173.835	12,717.149	-1,456.686	- 10'3

In den Guthaben bei Banken sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Eurowährungsraums begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit bester Bonität vorgenommen.

Unter den Krediten außerhalb des Eurowährungsraums wurde zum vorjährigen Bilanzstichtag ein an die türkische Zentralbank gewährter Kredit mit einem restlichen Gesamtwert von 537 Tsd EUR (0'5 Mio USD) bilanziert. Auf diesen seit Februar 1981 bestehenden Kredit von ursprünglich 15 Mio USD ist im Februar 2001 die letzte Tilgungsrate von 0'5 Mio USD planmäßig eingegangen. Damit wurde der seit August 1986 in 30 gleich hohen Halbjahresraten rückgezahlte Kredit gänzlich getilgt.

Die Sonstigen Forderungen außerhalb des Eurowährungsraums beinhalten ausschließlich Valuten.

3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet beinhalten im Detail:

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung in %	
Guthaben bei Banken	947.617	494.146	-453.471	-47'9
Wertpapiere	595.973	614.419	+ 18.446	+ 3'1
Insgesamt	1,543.590	1,108.565	-435.025	-28'2

4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In diesem Bilanzposten sind alle auf Euro lautenden Veranlagungen und Konten bei Geschäftspartnern, die ihren Sitz nicht im Euro-Währungsgebiet haben, enthalten.

Zu den Bilanzstichtagen 2000 und 2001 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung in %	
Veranlagungen in Wertpapieren	1,652.296	1,368.803	-283.493	-17'2
Sonstige Veranlagungen	207.866	200.417	- 7.449	- 3'6
Insgesamt	1,860.162	1,569.220	-290.942	-15'6

5. Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die im Zusammenhang mit der Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zeigt folgendes Bild:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	4,843.971	379.072	-4,464.899	-92,2
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2,126.794	911.478	-1,215.316	-57,1
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	6,970.765	1,290.550	-5,680.215	-81,5

Als **Hauptrefinanzierungsgeschäfte** werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den NZBen in wöchentlichem Abstand, mit einer Laufzeit von zwei Wochen im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) durchgeführt. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt. Für das Zuteilungsverfahren im Rahmen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde 2001 ausschließlich das Zinstenderverfahren eingesetzt. Die Hauptmerkmale des Zinstenderverfahrens liegen darin, dass die teilnahmeberechtigten Geschäftspartner

Gebote für bis zu zehn verschiedene Zinssätze abgeben können. Bei jedem Gebot geben sie den Betrag, den sie mit dem Eurosystem handeln wollen und den entsprechenden Zinssatz an. Gebote, die unter dem von der EZB bekannt gegebenen Mindestbietungssatz liegen, werden nicht berücksichtigt. Die Gebote mit den höchsten Zinssätzen werden zuerst berücksichtigt, und die Gebote mit den darauf folgenden Zinssätzen werden so lange bedient, bis die gesamte vorgesehene Liquiditätsmenge ausgeschöpft ist.

Diesem Hauptrefinanzierungsinstrument kommt bei der Verfolgung der Ziele der Offenmarktgeschäfte des Eurosystems eine Schlüsselrolle zu. Über sie wird dem Finanzsektor der größte Teil des Refinanzierungsvolumens zur Verfügung gestellt.

Die **längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte** sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den NZBen im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die im Rahmen von längerfristigen Refinanzierungsgeschäften durchgeführten Tender wurden im Jahr 2001 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt.

Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -ver-

fahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den NZBen über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2001 wurden Mitte September befristete Feinsteuerungsoperationen in Höhe von zusammen 2,9 Mrd EUR durchgeführt. Diese Feinsteuerungsoperationen wurden jeweils eintägig geschlossen. Der Grund für die Durchführung dieser Feinsteuerungsoperationen lag in den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001, wodurch auf den Geldmärkten eine technisch bedingte Liquiditätsknappheit entstand. Die Feinsteuerungsoperationen wurden mit variablen Schnelltendern durchgeführt. Der Zinssatz lag bei 4,25% p. a. Dem Geldmarkt im gesamten Eurosystem wurden dabei insgesamt 110 Mrd EUR zugeführt, womit ausreichende Liquidität wieder hergestellt werden konnte.

Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen werden eingesetzt, wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des Finanzsektors gegenüber dem Eurosystem anpassen will.

Vom 30. April bis 6. Mai 2001 und vom 28. November bis 4. Dezember 2001 wurden derartige Refinanzierungsgeschäfte in Höhe von 702.238 Tsd EUR (Zinssatz: 4,77 bis 4,80% p. a.) bzw. 208.739 Tsd EUR (Zinssatz: 3,28 bis 3,30% p. a.) durchgeführt. Diese zusätzlichen Geschäfte wurden mit dem Ziel getätigt, einen strukturellen Liquiditätsbedarf im April und November 2001 kurzfristig abzudecken.

Der Finanzsektor kann die **Spitzenrefinanzierungsfazität** in Anspruch nehmen, um sich von den NZBen Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes. Die Spitzenrefinanzierungsfazität wurde im Jahr 2001 mehrfach in Anspruch genommen.

Forderungen aus Margenausgleich resultieren aus einer allfälligen Verpflichtung der Zentralbank, überschüssige Sicherheiten den Geschäftspartnern zur Verfügung zu stellen. Wenn dies nicht durch die Rückgabe von Wertpapieren, sondern durch Gutschrift auf dem Girokonto erfolgt, wird in diesem Subposten eine Forderung gegen die Geschäftspartner eingestellt. Im Jahr 2001 bestanden aus diesem Titel keine Forderungen.

6. Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2001	182.270 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	166.357 Tsd EUR
Veränderung	+ 15.913 Tsd EUR +9,6%

In diesem Posten sind mit 179.685 Tsd EUR jene Forderungen an Kreditinstitute, die aus der Lieferung von Euro-Startpaketen im Rahmen der Vorverteilung von Euromünzen stammen, dargestellt. Dabei handelt es sich um so genannte „kleine Startpakete“ zu 14,54 EUR und „große Startpakete“ zu 145,50 EUR. Die Forderung an die Kreditinstitute wegen der vorverteilten Startpakete wurde am 2. Jänner 2002

in das Linear Debiting Model übertragen. Im Zuge dieses Abrechnungsverfahrens werden die Forderungen im Gegenwert der vorverteilten Startpakete durch Belastung der Girokonten der Kreditinstitute in drei Teilbeträgen bis zum 30. Jänner 2002 getilgt.

7. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2001	1,742.631 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	1,381.552 Tsd EUR
Veränderung	+ 361.079 Tsd EUR +26,1%

In diesem Posten sind alle markt-gängigen Wertpapiere inklusive der Staatspapiere aus der Zeit vor der WWU, die auf Währungen jener Staaten, die an der dritten Stufe teilnehmen, denominiert sind und nicht unter dem „Währungspolitischen Instrumentarium“ auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

8. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand 31. 12. 2001	287.633 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	255.645 Tsd EUR
Veränderung	+ 31.988 Tsd EUR +12,5%

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes von 1,295.630 Tsd EUR ist die

Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen sowie um von der Münze Österreich AG direkt eingezogene beschädigte Münzen. In der Bilanz der OeNB wird gegenüber dem Bund die – um die noch nicht tilgbaren Komponenten Umlauf (905.800 Tsd EUR) und Kassenbestand (102.197 Tsd EUR) reduzierte – Buchforderung ausgewiesen. Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR (das sind 80 Mio ATS) aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der Münzen zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 42.332 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss 2000 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 10.344 Tsd EUR gegenüber.

9. Intra-Eurosystem-Forderungen

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB sowie jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind auch die TARGET-Salden und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden in diesem Posten auszuweisen, sofern sich diese zum Stichtag in ihrer Gesamtheit als Nettoforderung darstellen. Seit 30. November 2000 sind auch die TARGET-Salden der nicht am Eurosystem teilnehmenden ESZB-Zentralbanken in diesem Posten integriert.

Die **Intra-Eurosystem-Forderungen** setzen sich zum 31. Dezember 2001 wie folgt zusammen:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung
	in 1.000 EUR		
9.1 Beteiligung an der EZB	117.970	117.970	–
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179.700	1.179.700	–
9.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	1.855.761	+1.855.761
Insgesamt	1.297.670	3.153.431	+1.855.761

Der Anteil, den die OeNB am gesamten **EZB-Kapital** von 5 Mrd EUR hält, beträgt zum Bilanzstichtag 2'3594% und ist damit gegenüber dem 31. Dezember 2000 unverändert geblieben.

Die EZB-Kapitalanteile der jeweiligen NZBen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Kapitalanteile der 15 EU-Zentralbanken		relativer Kapitalanteil
	absoluter Kapitalanteil	davon eingezahlt	
	in %	in EUR	in %
Deutsche Bundesbank	24'4935	1.224.675.000	30'2410
Banque de France	16'8337	841.685.000	20'7838
Banca d'Italia	14'8950	744.750.000	18'3902
Banco de España	8'8935	444.675.000	10'9804
De Nederlandsche Bank	4'2780	213.900.000	5'2819
Banque Nationale de Belgique	2'8658	143.290.000	3'5383
Oesterreichische Nationalbank	2'3594	117.970.000	2'9130
Bank of Greece	2'0564	102.820.000	2'5389
Banco de Portugal	1'9232	96.160.000	2'3745
Suomen Pankki	1'3970	69.850.000	1'7248
Central Bank of Ireland	0'8496	42.480.000	1'0490
Banque Central de Luxembourg	0'1492	7.460.000	0'1842
	80'9943	4.049.715.000	100'0000
Bank of England	14'6811	734.055.000	36,702.750
Sveriges Riksbank	2'6537	132.685.000	6,634.250
Danmarks Nationalbank	1'6709	83.545.000	4,77.250
	19'0057	950.285.000	47,514.250
Insgesamt	100'0000	5.000.000.000	4.097.229.250

¹⁾ Ab 1. Jänner 2001 – mit dem Beitritt Griechenlands in das Eurosystem – voll eingezahlt.

Die **Übertragung von Währungsreserven** von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken an die EZB ist im Art. 30 des ESZB/EZB-Statuts vorgesehen. Die resultierenden Euroforderungen aus dieser Transaktion werden in dieser Position ausgewiesen.

Die von der OeNB transferierten Werte werden im Namen und für Rechnung der EZB von der OeNB – separiert von ihren Eigenbeständen – verwaltet und scheinen daher nicht in der OeNB-Bilanz auf.

Die ausgewiesene, nicht rückzahlbare Euroforderung wird mit 85% des geltenden Zinssatzes des Hauptrefinanzierungsinstruments auf täglicher Basis seitens der EZB verzinst.

Die **Sonstigen Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)** stellen jenen Nettosaldo dar, der aus Transaktionen zwischen der OeNB und den übrigen 14 NZBen (also einschließlich der nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken) bzw. der EZB insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo, der aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo resultiert sowie jene Salden ausgewiesen, die sich aus Korrespondenzkonten¹⁾ mit einzelnen Zentralbanken ergeben.

Die aus täglichen Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (Netting by Novation). Im Vorjahr wurde dieser Posten als Nettoverbindlichkeit unter dem Passivposten 10.3 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ ausgewiesen.

Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt auf täglicher Basis zum Monatsende. Für die Berechnung, die die EZB zentral durchführt, kommt der von der EZB bekannt gegebene marginale Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments zur Anwendung. Die entsprechenden Zahlungen werden im TARGET-System monatlich im Nachhinein durchgeführt.

10. Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus der Vorfinanzierung der Pensionen des Jahres 2001. Die Überweisung der entsprechenden Mittel, die durch die Verwendung der Pensionsreserve bereitgestellt wurden, erfolgte Anfang Jänner 2002 auf ein Konto der OeNB.

¹ Die Korrespondenzkonten können z. B. im Falle einer vorübergehenden Störung des TARGET-Systems für eine begrenzte Zahl von Transaktionen verwendet werden.

II. Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung in %	
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	67.952	151.995	+ 84.043	+123,7
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	109.891	135.623	+ 25.732	+ 23,4
11.3 Sonstiges				
11.4 Finanzanlagevermögen	2.432.098	2.548.766	+116.668	+ 4,8
11.5 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	41.598	6.571	- 35.027	- 84,2
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	399.076	355.593	- 43.483	- 10,9
11.6 Sonstiges	1.040.819	1.185.456	+144.637	+ 13,9
Insgesamt	4.091.434	4.384.004	+292.570	+ 7,2

Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets stellen den Kassenbestand der OeNB an umlauf-fähigen Münzen der am Eurosystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar. Im Jahr 2001 sowie zum Bilanzstich-tag waren in diesem Posten aus-schließlich Schillingmünzen erfasst. Die Zunahme des Scheidemünzen-bestands bei gleichzeitigem Rückgang des Scheidemünzenumlaufs ist auf verstärkte Münzenrücklieferungen im Zuge der bevorstehenden Ein-führung des Euro bargeldes zurück-zuführen.

Beim Scheidemünzenumlauf han-delt es sich um einen nicht in der OeNB-Bilanz aufscheinenden statisti-schen Wert, der sich aus den Nennwerten der von der Münze Österreich AG geprägten und von der OeNB in Umlauf gebrachten Scheidemünzen sowie von der Münze Österreich AG direkt ausgegebenen Sonderanfertigungen von Scheide-münzen bzw. Goldbullionmünzen, abzüglich direkt eingezogener Mün-zen, errechnet. Diese Vorgangsweise

ist im Scheidemünzengesetz 1988 geregelt. Sie entspricht auch der har-monisierten Ausweisung der anderen Zentralbanken im Eurosystem.

Die **Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände** beinhalten Gebäude und Grund-stücke, Einrichtung und Maschinen (Geschäftsausstattung, Hard- und Software, Kraftfahrzeuge), mo-bile Sachwerte und immaterielle Ver-mögensgegenstände. Die **Gebäude und Grundstücke** zeigen folgende Ent-wicklung:

Anschaf-fungs- und Herstel-lungskosten bis 31. 12. 2000	Zugänge im Jahr 2001	Abgänge im Jahr 2001	Um-reihung (-)	Kumu-lierte Abschrei-bungen	Buchwert 31. 12. 2001	Buchwert 31. 12. 2000	Abschrei-bungen des Jahres 2001
57.098 ¹⁾	25.845	-	65	14.572	68.306	43.098	572

¹⁾ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Die **Einrichtung und Maschi-nen** zeigen folgende Entwicklung:

Anschaf-fungskosten bis 31. 12. 2000	Zugänge im Jahr 2001	Abgänge im Jahr 2001	Um-reihung (+)	Kumu-lierte Abschrei-bungen	Buchwert 31. 12. 2001	Buchwert 31. 12. 2000	Abschrei-bungen des Jahres 2001
77.900	17.197	10.117 ¹⁾	65	51.335	33.710	36.062	19.274

¹⁾ Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungs-kosten beträgt 9.777 Tsd EUR.

Die **mobilen Sachwerte** in Höhe von 32.918 Tsd EUR umfassen die Sammlung von Streichinstrumen-

ten alter Meister.¹⁾ Im Jahr 2001 wurde diese Sammlung durch den Ankauf von zwei Violinen erweitert. Zum Bilanzstichtag 2001 besteht diese Instrumentensammlung aus 23 Geigen, vier Violoncelli und zwei Violinen. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musiker verliehen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände (Nutzungsrecht an einer Wohnung) zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 31. 12. 2000	Zugänge im Jahr 2001	Abgänge im Jahr 2001	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 2001	Buchwert 31. 12. 2000	Abschreibungen des Jahres 2001
720	-	-	31	689	704	15

in 1.000 EUR

Das **Sonstige Finanzanlagevermögen** setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2000 <i>in 1.000 EUR</i>	31. 12. 2001	Veränderung <i>in %</i>
Wertpapierveranlagungen	1,716.261	1,497.705	-218.556 -12,7
Beteiligungen	695.851	815.825	+119.974 +17,2
Sonstige Vermögensgegenstände	19.986	235.236	+215.250 x
Insgesamt	2,432.098	2,548.766	+116.668 +4,8

Vom Gesamtbestand der **Wertpapierveranlagungen** waren 1,483.782 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 13.923 Tsd EUR der Veranlagung des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gewidmet. Aus der Bewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 77.318 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über ins-

gesamt 39.271 Tsd EUR gegenüberstehen.

Die **Beteiligungen** stellen sich bewertet nach der Substanzwertmethode wie folgt dar:

Substanzwert bis 31. 12. 2000	Zugänge im Jahr 2001	Abgänge im Jahr 2001	Buchwert 31. 12. 2001	Buchwert 31. 12. 2000	Abschreibungen des Jahres 2001	Neubewertung im Jahr 2001
695.851	7.046	114 ¹⁾	815.825	695.851	428	113.356

in 1.000 EUR

¹⁾ Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 114 Tsd EUR.

Die Beteiligungen wurden mit ihren jeweiligen Substanzwerten im Jahresabschluss 2001 erfasst.

Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) hat im Jahr 2001 das Stammkapital aus Gesellschaftsmitteln erhöht. Das bisherige Stammkapital von 100 Mio ATS wurde auf 7.267 Tsd EUR umgestellt, um 2.733 Tsd EUR erhöht und beträgt nunmehr 10.000 Tsd EUR. Die OeBS steht zur Gänze im Eigentum der OeNB, wobei sich das Eigenkapital zum 31. Dezember 2000 auf 83.842 Tsd EUR sowie der Jahresüberschuss auf 6.660 Tsd EUR beliefen.

Die OeBS hat im Jahr 1999 mit dem Druck der Eurobanknoten begonnen, deren Ausgabe ab dem 1. Jänner 2002 erfolgt ist. Über die im Jahr 2001 erfolgten Lieferungen von Eurobanknoten an die OeNB legte die OeBS Rechnungen in Höhe von 62.232 Tsd EUR, die im Posten 10. „Aufwendungen für Banknoten“ der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet worden sind.

Weiters wird unter dieser Position die 100-prozentige Beteiligung an der Münze Österreich AG erfasst.

Die Münze Österreich AG hat im abgelaufenen Jahr eine Grundkapital-

¹ Im Jahr 1989 hatte die OeNB begonnen, eine Sammlung historischer Streichinstrumente aufzubauen.

erhöhung aus Gesellschaftsmitteln durchgeführt. Das bisherige Grundkapital von 75 Mio ATS wurde auf 5,450.462'56 EUR umgestellt und mit 549.537'44 EUR auf 6.000 Tsd EUR erhöht. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2000 auf 223.858 Tsd EUR, der Jahresüberschuss auf 4.899 Tsd EUR. Die Münze Österreich AG hat im abgelaufenen Jahr für das Geschäftsjahr 2000 wie auch im Jahr zuvor eine Dividende von 3.634 Tsd EUR an die OeNB ausgeschüttet.

Die OeNB ist zum Jahresabschluss 2001 mit 93'4% am Stammkapital der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) beteiligt. Der Gesellschaftszweck dient primär der Bargeldbearbeitung und dem Bargeldumtausch sowie der Qualitätssicherung der Zahlungsmittel. Das Stammkapital beträgt 36 Tsd EUR. Im Jahr 2001 sind die restlichen vier geplanten Standorte Bregenz, Innsbruck, Klagenfurt und Salzburg in Betrieb genommen worden. In Wien und in Graz konnten die neuen Standorte besiedelt werden.

Bezüglich der übrigen Beteiligungen wird auf § 241 HGB verwiesen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten die der Veranlagung der Pensionsreserve bzw. des Jubiläumsfonds gewidmeten Guthaben.

Der Bilanzposten 11.6 (Sonstiges) setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung
	in 1.000 EUR		
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	732.226	748.807	+ 16.581
OeKB-Taggeldkonto für die Vergabe von ERP-Krediten	124.928	127.226	+ 2.298
ERP-Fonds-Nationalbankblock	857.154	876.033	+ 18.879
Vorauszahlung an die „Münze“ zur Vorfinanzierung der Euromünzen-Produktion	145.346	145.346	–
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	7.083	6.332	– 751
Eigenbestand Euromünzen-Startpakete	–	8.093	+ 8.093
Sonstige Forderungen	31.236	149.652	+118.416
Insgesamt	1,040.819	1,185.456	+144.637

Gemäß § 3 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschriebenen Betrag über 4.705,404.000'–ATS (341.955 Tsd EUR) zuzüglich der Summe angesammelter Zinsenüberschüsse. Zum 31. Dezember 2001 beliefen sich diese auf 534.078 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 2001 auf insgesamt 876.033 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die rechtliche Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Um die Wirtschaft und das Privatpublikum rechtzeitig vor der Einführung des Eurobargeldes ab 1. Jänner 2002 mit Euromünzen zu versorgen, wurden **Euromünzen-Startpakete** vorverteilt. Die Verteilung der von der Münze Öster-

reich AG an die OeNB gelieferten Startpakete erfolgte einerseits ab 1. September 2001 durch Lieferung von insgesamt 6,518.768 Paketen im Gegenwert von 179.685 Tsd EUR an Kreditinstitute gegen Aktivierung einer gleich hohen Forderung, die im Rahmen des Linear Debiting Model abgerechnet wird (siehe Aktivposten 6. „Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet“). Weiters wurden an den Schaltern der OeNB insgesamt 177.567 Startpakete (2.924 Tsd EUR) direkt gegen Barzahlung in Schilling ausgegeben. Der zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2001 ausgewiesene Betrag von 8.093 Tsd EUR stellt die Summe der noch nicht ausgegebenen Euro-münzen-Startpakete dar.

Die Sonstigen Forderungen beinhalten Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft. Darüber hinaus ist in diesem Posten die Forderung gegenüber der Münze Österreich AG aus nicht abgerechneten Schillingmünzenrücklieferungen in Höhe von 104.376 Tsd EUR enthalten. Diese Forderung wurde gemeinsam mit jener aus der Vorfinanzierung der Euromünzenproduktion über 145.346 Tsd EUR im Zuge der gegenseitigen Leistungsverrechnung am 2. Jänner 2002 mit der Verbindlichkeit der OeNB aus der Übernahme der Euro-Startpakete ausgeglichen.

1 Der Art. 52 verpflichtet die NZBen, den Umtausch von Euro-In-Währungen gegen das jeweilige, nationale gesetzliche Zahlungsmittel gebührenfrei zur Parität des unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurses für die Allgemeinheit (zumindest an einer Stelle pro Land und auf Haushaltsmengen beschränkt) zu ermöglichen. Die OeNB kommt dieser Verpflichtung in allen ihren Bankanstalten, ausgenommen St. Pölten, nach, wobei die Abwicklung des Valutenumtausches selbst durch beauftragte Unternehmen in den Räumlichkeiten und im Namen der OeNB, jedoch für fremde Rechnung als Dienstleistung erbracht wird.

Passiva

I. Banknotenumlauf

Bilanzstand 31. 12. 2001	10,172.302 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	13,933.755 Tsd EUR
Veränderung	- 3,761.453 Tsd EUR -270%

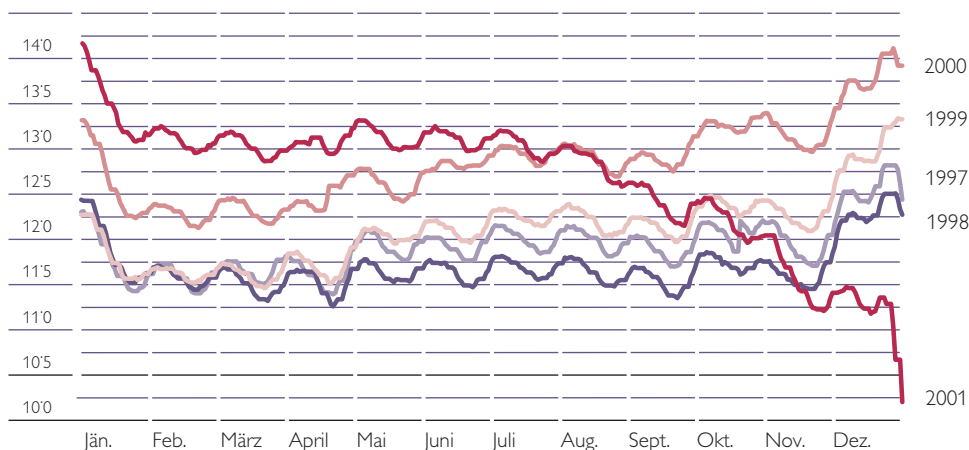
Der Posten enthält die im Umlauf befindlichen Schillingbanknoten, abzüglich jener, die bei anderen am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken eingegangen sind und dort verwahrt werden.

Die Einschränkung hinsichtlich jener Banknoten bei anderen NZBen gründet sich auf Art. 9.1 der Guideline ECB/2000/18 sowie auf die Umsetzung des Art. 52 des ESZB/EZB-Statuts¹). Durch diese Regelung wird die richtige Darstellung des gesamten Banknotenumlaufs des Eurosystems in der konsolidierten Eurosystem-Bilanz sichergestellt. Konkret bedeutet dies, dass – sobald eine der NZBen Schillingbanknoten im Zuge der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Art. 52 des ESZB/EZB-Statuts entgegennimmt – sie den entsprechenden Eurogegenwert als eine Intra-Eurosystem-Forderung in ihre Bücher einstellt. Gleichzeitig reduziert die OeNB ihrerseits den Banknotenumlauf im gleichen Ausmaß. Bei anderen NZBen eingegangene Schillingbanknoten werden zu einem späteren Zeitpunkt – in zwischen den beteiligten Zentralbanken festgelegten Volumina – an die OeNB repatriiert.

Der starke Rückgang des Banknotenumlaufs um mehr als ein Viertel ist auf verstärkte Rücklieferungen der Wirtschaft und der Öffentlichkeit im Zuge der bevorstehenden Einführung der Eurobanknoten zurückzuführen.

Banknotenumlauf

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können nachstehender Tabelle entnommen werden:

	Jahres- durchschnitt des Banknoten- umlaufs in Mio EUR	Veränderung zum Vorjahr	
		in Mio EUR	in %
1997	11.913	+370	+3,2
1998	11.688	-225	-1,9
1999	12.095	+407	+3,5
2000	12.851	+756	+6,3
2001	12.519	-332	-2,6

Der höchste Banknotenumlauf bestand am 1. Jänner 2001 mit 13.934 Mio EUR, der niedrigste des abgelaufenen Jahres wurde dagegen am 31. Dezember 2001 mit 10.172 Mio EUR verzeichnet.

2. Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Zu den Bilanzstichtagen 2000 und 2001 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	3.402.808	5.497.601	+2.094.793	+61,6
2.2 Einlagefazilität	-	-	-	-
2.3 Termineinlagen	-	-	-	-
2.4 Feinsteuersoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	3.402.808	5.497.601	+2.094.793	+61,6

Die Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben) werden im Wesentlichen von Kreditinstituten im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreserve gehalten.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute auf täglicher Basis ver-

zinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht derzeit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

Als **Einlagefazilität** werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2001 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 3.940 Tsd EUR durchgeführt.

3. Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2001	1,059.618 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	– Tsd EUR
Veränderung	+1,059.618 Tsd EUR

In diesem Posten werden ab 3. September 2001 die Verbindlichkeiten aus verpfändeten Einlagen von Kreditinstituten, die der Besicherung von vorverteilten Eurobanknoten dienen, ausgewiesen. Die Einlagen werden mit dem Mindestreserve-Zinssatz verzinst. Maßgeblich ist dafür die Leitlinie der EZB vom 10. Jänner 2001 über bestimmte Vorschriften für die Euro bargeldumstellung im Jahr 2002 (ECB/2001/1).

5. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2001	42.102 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	18.202 Tsd EUR
Veränderung	+23.900 Tsd EUR +131,3%

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 21.299 Tsd EUR sowie die Girokonten sonstiger Nichtbanken.

Darunter befinden sich auch die Guthaben des „Internationalen Fonds der Donaukommission zur Räumung der Fahrrinne der Donau“ (Donaufonds), einer zwischenstaatlichen Organisation mit Sitz in Wien, die mit der Abwicklung der Finanzierung der Wiederschiffbarmachung der Donau im Bereich Novi Sad beauftragt wurde und unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission steht. Die Mittel des Donaufonds, die zu 85% von der Europäischen Kommission und zu 15% von Anrainerstaaten und anderen Gebern bereitgestellt wurden, werden von der OeNB auf Basis des „Bundesgesetzes über den Internationalen Fonds zur Räumung der Schifffahrtsrinne der Donau“ (BGBl. I Nr. 70/2000) auf einem verzinnten Konto geführt.

6. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2001	63.530 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	7.177 Tsd EUR
Veränderung	+56.353 Tsd EUR +785,2%

In diesem Bilanzposten sind Euroverbindlichkeiten gegen Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst. Im Jahr 2001 wurden in diesem Posten auch die Verbindlichkeiten aus der Euro-Vorverteilung gegen Zentral- und Kommerzbanken außerhalb des Euro-raums in Höhe von 60.270 Tsd EUR dargestellt.

7. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2001	308.727 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	330.688 Tsd EUR
Veränderung	- 21.961 Tsd EUR -6%

Dieser Bilanzposten enthält im Wesentlichen Swapgeschäfte mit dem Finanzsektor.

8. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2001	985.659 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	900.889 Tsd EUR
Veränderung	+ 84.770 Tsd EUR +9,4%

Dieser Bilanzposten weist neben Swapgeschäften auch Fremdwarungsverbindlichkeiten aus Repo-Geschäften mit dem Finanzsektor aus. Die ausgewiesene Zunahme ist auf das gestiegene Ausmaß an Repo-Geschäften zurückzuführen.

9. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand 31. 12. 2001	255.051 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	250.678 Tsd EUR
Veränderung	+ 4.373 Tsd EUR +1,7%

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10. Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand 31. 12. 2001	- Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	5.024.024 Tsd EUR
Veränderung	-5.024.024 Tsd EUR -100,0%

In diesem Bilanzposten sind die TARGET-Salden und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden auszuweisen, sofern sich diese zum Stichtag in ihrer Gesamtheit als Nettoverbindlichkeit darstellen. Da zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2001 aus diesem Titel eine Nettoforderung resultiert, ist die Entwicklung im Aktivposten 9.4 „Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)“ dargestellt.

11. Schwebende Verrechnungen

Bilanzstand 31. 12. 2001	507.385 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2000	- Tsd EUR
Veränderung	+507.385 Tsd EUR

Dieser Posten enthält noch nicht abgerechnete Schillingbargeldlieferungen von Kreditinstituten in Höhe von 443.982 Tsd EUR infolge des TARGET-Schlietags am 31. Dezember 2001, die Anfang Jänner 2002 durch entsprechende Gutschriften auf den Girokonten der Kreditinstitute ausgeglichen werden. Weiters sind die im Rahmen der Vorverteilung direkt an den Schaltern der OeNB ausgegebenen Eurobanknoten und Euromunzrollen von zusammen 24.126 Tsd EUR enthalten, da diese zum Bilanzstichtag 2001 noch nicht als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Anfang Jänner 2002 werden die Eurobanknoten in den Banknotenumlauf übernommen, die Euromünzen werden zulasten des Aktivpostens 11.1 „Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets“ verrechnet.

12. Sonstige Passiva

Die Sonstigen Passiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung	
				in %
12.1 Neubewertungs- posten aus außer- bilanziellen Geschäften	3.976	207.999	+204.023	x
12.2 Rechnungs- abgrenzungsposten	79.671	109.868	+ 30.197	+37,9
12.3 Sonstiges	1.017.665	1.198.924	+181.259	+17,8
Insgesamt	1.101.312	1.516.791	+415.479	+37,7

Im **Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften** werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste subsumiert, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet werden (605 Tsd EUR) und Buchwertangleichungen ausgewiesen. Die gegenüber dem Vorjahresresultimo eingetretene Zunahme resultiert aus Buchwertangleichungen und aus Realisaten.

Der Passivposten 12.3 (Sonstiges) setzt sich zusammen aus:

	31. 12. 2000 in 1.000 EUR	31. 12. 2001	Veränderung	
				in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	988.429	975.009	-13.420	-1,4
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds	17.033	22.643	+5.610	+32,9
Verbindlichkeit gegen die „Münze“ – Euromünzen-Startpakete	–	190.702	+190.702	x
Sonstiges	12.203	10.570	-1.633	-13,4
Insgesamt	1.017.665	1.198.924	+181.259	+17,8

Der **satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes** errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Bei dem als **Förderungsmittel des Jubiläumsfonds** ausgewiese-

nen Betrag von 22.643 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2001 nicht verbrauchten Förderungsmittel. Dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurden gemäß Beschluss der Generalversammlung aus dem Bilanzgewinn 2000 70.250 Tsd EUR zur Verfügung gestellt, wovon 61.529 Tsd EUR zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsprojekte zweckgewidmet sind. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 398 Projekte 69.530 Tsd EUR und für die Förderung von vier Instituten 3.366 Tsd EUR neu bewilligt worden, wovon per saldo 67.767 Tsd EUR zur Auszahlung gelangten. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 490.966 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Die Verbindlichkeit gegenüber der Münze Österreich AG resultiert aus der Übernahme von insgesamt 6.820.520 Euromünzen-Startpaketen und wird am 2. Jänner 2002 ausgeglichen.

I 3. Rückstellungen

	31. 12. 2000	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 2001
	<i>in 1.000 EUR</i>			
Pensionsreserve	1.780.867	83.405	83.405	1.780.867
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	42.649	–	1.462	44.111
Dienstnehmerjubiläen	10.689	450	–	10.239
Nicht konsumierte Urlaube	8.279	–	1.008	9.287
Sonstige Rückstellungen				
Körperschaftsteuer	76.216	76.216	–	–
Lieferungen und Leistungen	5.310	4.713	5.253	5.850
Repatriierung von Banknoten	1.331	1.331	1.182	1.182
Hausverwaltungsbereich	1.289	27	374	1.636
Leistungen von Tochtergesellschaften	9.337	9.337	389	389
Sonstiges	1.281	1.048	2.264	2.497
Insgesamt	1.937.248	176.527	95.337	1.856.058

Das Pensionssystem der OeNB besteht zum einen darin, dass sie die volle Pensionsverpflichtung gegenüber Dienstnehmern übernommen hat und damit pensionsversicherungsfreie Dienstverhältnisse eingegangen ist. Zur Absicherung dieser Verpflichtung ist sie vom Gesetz verpflichtet, eine „Pensionsreserve“ zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Zum anderen wurde mit 1. Mai 1999 für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Aus diesem Grund werden seit dem Jahr 2000 die Pensionszahlungen aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die Pensionsreserve gedeckten Pensionsaufwendungen haben um 2.524 auf 83.405 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge für 15 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von 3.778 Tsd EUR (2000: 3.969 Tsd EUR) enthalten.

Die aus der Veranlagung der Pensionsreserve stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses in Höhe von 83.405 Tsd EUR der Pensionsreserve zugeführt, womit diese gegenüber ihrem vorjährigen Bilanzstand unverändert geblieben ist.

Für die Berechnung der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2001 wurde vom Versicherungsmathematiker ein Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. (31. Dezember 2000: 3,40% p. a.) angewendet.

Die Rückstellung für Abfertigungen (44.111 Tsd EUR) wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. (31. Dezember 2000: 3,40% p. a.) angewendet wird. Die Zunahme

resultiert aus dem Dotationserfordernis.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurde auf Grund des vom Versicherungsmathematiker errechneten Erfordernisses von 10.239 Tsd EUR im Zuge des Jahresabschlusses 2001 mit 450 Tsd EUR aufgelöst.

Die Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube wird mit 9.287 Tsd EUR (+1.008 Tsd EUR) ausgewiesen.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14. Ausgleichsposten aus Neubewertung

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung
	in 1.000 EUR		
Neubewertungskonten			
Gold	566.078	700.470	+134.392
Fremdwährungen	1.664.603	1.459.230	-205.373
Wertpapiere	213.323	203.909	- 9.414
Beteiligungen	71.515	184.872	+113.357
Außerbilanzielle Geschäfte	8.134	6.571	- 1.563
Zusammen	2.523.653	2.555.052	+ 31.399
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)			
Wertpapiere	29.892	2.320	- 27.572
Beteiligungen	279.933	279.933	-
Zusammen	309.825	282.253	- 27.572
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)			
	2.075.237	1.842.748	-232.489
Insgesamt	4.908.715	4.680.053	-228.662

Die auf den **Neubewertungskonten** erfassten Beträge stellen ausschließlich die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2001 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungsein-

heiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren nur durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Neubewertungsgewinne werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der Value-at-Risk (VaR)-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen berücksichtigt.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (**Initial Valuation**) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB ist gemäß § 69 Abs. 1 NBG verpflichtet, eine Reserve, die zur Deckung von Kursrisiken dient, die in Zusammenhang mit der Haltung von valutarischen Beständen verbunden sind, zu bilanzieren. Die im Jahresabschluss 2001 ausgewiesene **Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen** beinhaltet die aus den Vorjahren verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 1,842.748 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Verkäufen realisierten – Kursgewinnen herangezogen. Weiters dient sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, sowie zur Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die Salden der Neubewertungskonten gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

15. Kapital und Rücklagen

Die Rücklagen zeigen folgendes Bild:

	31. 12. 2000	31. 12. 2001	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Allgemeiner Reservefonds	1,611.952	1,611.952	–	–
Freie Reserve	1,036.219	917.719	–118.500	–11,4
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1,077.606	1,164.424	+ 86.818	+ 8,1
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	515.199	534.078	+ 18.879	+ 3,7
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	7.267	–	–
Insgesamt	4,248.243	4,235.440	– 12.803	– 0,3

Die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken dient zur Abdeckung allfälliger EZB-Verluste, die von der OeNB ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend zu tragen sind, sowie zur Abdeckung von Wertpapierkursverlusten. Das abzudeckende Gesamtrisiko wird durch anerkannte Risikoberechnungsmodelle ermittelt. Aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2000 wurden dieser Reserve gemäß Beschluss der Generalversammlung vom 17. Mai 2001 34.390 Tsd EUR zugewiesen. Im Zuge des Jahresabschlusses 2001 wurden 118.500 Tsd EUR aus der Freien Reserve umgewidmet bzw. 66.072 Tsd EUR zur Abdeckung von Wertpapierkursverlusten verwendet.

Die ausgewiesenen 7.267 Tsd EUR sind dem **Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft** im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 zur fruchtbringenden Anlage zugeführt worden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten)

Zum 31. Dezember 2001 waren außer den in der Bilanz erfassten Posten nachfolgende finanzielle Verpflichtungen bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- Fremdwährungstermingeschäfte und Swaptransaktionen im Gesamtausmaß von 1,629.416 Tsd EUR. In den Terminverkäufen sind auch Goldverkäufe im Ausmaß von 30 t enthalten.
- Im Zusammenhang mit einer allfälligen Bedeckung von Verlusten der EZB ergibt sich für die OeNB eine Eventualverpflichtung aus der direkten Belastung von 193.164 Tsd EUR.
- Weiters resultiert eine Eventualverpflichtung in Höhe von 235.940 Tsd EUR für die Bedeckung buchmäßiger Fremdwährungsverluste der EZB durch Inanspruchnahme eines maximal 20-prozentigen Verzichts auf die Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven.
- Kaufverpflichtung auf Grund von Designierungen im Rahmen der „Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Wäh-

- rungsfonds“ in Höhe von 501.147 Tsd EUR.
 - Eventualverpflichtungen gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 586.898 Tsd EUR.
 - Nachschussverpflichtung von 33.045 Tsd EUR (Gegenwert von 15 Mio Goldfranken) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 2.500 Goldfranken bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel.
 - Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 26.154 Tsd EUR.
 - Rückzahlungsverpflichtungen der Bank im Falle der Lösung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 10.505 Tsd EUR.
- Darüber hinaus resultieren aus Gold-/Zinssatzswaps offene Geschäfte im Ausmaß von 27'9 t.

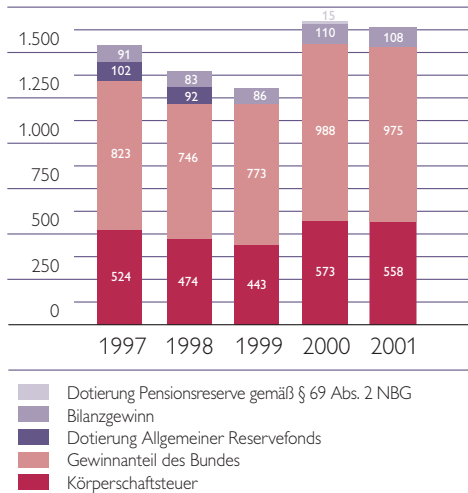
Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

	2000 <i>in 1.000 EUR</i>	2001	Veränderung ¹⁾ <i>in %</i>	
1. Netto-Zinsenergebnis	1,014.446	873.100	-141.346	- 13'9
2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	896.515	994.712	+ 98.197	+ 11'0
3. Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen	383	- 320	- 703	-183'6
4. Erträge aus Beteiligungen	6.268	54.095	+ 47.827	+763'0
5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften	-	607	-	46 - 7'0
6. Sonstige Erträge	7.036	7.322	+	286 + 4'1
Nettoerträge insgesamt	1,923.995	1,928.302	+ 4.307	+ 0'2
7. Personalaufwendungen	-	92.971	+	4.780 + 5'4
8. Sachaufwendungen	-	110.604	+	21.339 + 23'9
9. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-	19.946	+	7.647 + 62'2
10. Aufwendungen für Banknoten	-	62.232	+	24.395 + 64'5
11. Sonstige Aufwendungen	-	1.120	-	9.236 - 89'2
Geschäftliches Ergebnis	1,686.047	1,641.429	- 44.618	- 2'6
12. Körperschaftsteuer	-	558.086	-	15.170 - 2'6
13. Gewinnanteil des Bundes und satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve	-	975.009 ²⁾	-	27.957 - 2'8
14.1 Jahresgewinn	109.825	108.334	-	1.491 - 1'4
14.2 Gewinnvortrag	-	5	+	5 x
14. Bilanzgewinn	109.825	108.339	- 1.486	- 1'4

¹⁾ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.
²⁾ 2000: davon 14.537 Tsd EUR Zuweisung an die Pensionsreserve; 2001: nur Gewinnanteil des Bundes.

Geschäftliches Ergebnis

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

1. Netto-Zinsenergebnis

Das Netto-Zinsenergebnis hat im Jahr 2001 – insbesondere durch das gegenüber dem Jahr 2000 deutlich niedrigere Zinsniveau für Fremdwährungsveranlagungen – um 141.346 Tsd EUR (–13,9%) auf 873.100 Tsd EUR abgenommen.

Die Erträge aus Fremdwährungs- und Euroveranlagungsinstrumenten wurden per saldo mit 841.188 Tsd EUR verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 213.075 Tsd EUR und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 43.970 Tsd EUR vereinnahmt. Demgegenüber mussten insbesondere für TARGET-Verbindlichkeiten 90.547 Tsd EUR und für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 171.436 Tsd EUR aufgewendet werden.

2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen resultieren aus der laufenden Geschäfts-

tätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei **Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften**. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 30 t Gold realisierten Kursgewinne enthalten.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 295.370 Tsd EUR (+42,2%) auf 995.745 Tsd EUR zugenommen. Davon stammen 752.283 Tsd EUR (+87.884 Tsd EUR) aus Gold und Fremdwährungen sowie 240.990 Tsd EUR (+205.015 Tsd EUR) aus Wertpapieren.

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen** begründen sich im Wesentlichen mit dem veränderten Marktniveau während des Geschäftsjahres 2001 und dem damit verbundenen Sinken der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere.

Der Posten **Zuführung zu/ Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken** stammt aus der Auflösung der vor 1999 gebildeten Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen zur Abdeckung buchmäßiger Währungskursverluste, wodurch diese in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden. Weiters wurde darin die Auflösung der Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken zur Abdeckung buchmäßiger Wertpapierkursverluste dargestellt.

Die betragsmäßige Aufgliederung dieses Postens der Gewinn- und Verlustrechnung ist im Kapitel „Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und

deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001“ dargestellt.

4. Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen stammen aus der erstmaligen Gewinnausschüttung der EZB für das Jahr 2000 und aus Dividendenzahlungen der Münze Österreich AG, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m. b. H. sowie der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH.

5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften

Der Art. 32 des ESZB/EZB-Statuts sieht die Umverteilung der Einkünfte der Zentralbanken, die aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben zufließen, am Ende jedes Geschäftsjahres vor. Der Nettoaufwand der OeNB spiegelt den Umverteilungseffekt im System, der auf den Unterschied zwischen Einbringungswert auf Basis der OeNB-Verbindlichkeiten gegenüber dem Inlandsfinanzsektor und dem im ESZB/EZB-Statut festgelegten Rückverteilungsschlüssel (das ist der relative Kapitalschlüssel) zurückzuführen ist, wider.

Eine detaillierte Darstellung ist im Kapitel „Monetäre Einkünfte im Eurosystem“ enthalten.

7. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw.

von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5% der gesamten Schemabezüge – für den Teil der Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Seit 1. Mai 1998 unterliegen jene Mitarbeiter, die ab diesem Stichtag in die OeNB eingetreten sind, der ASVG-Pensionsregelung ergänzt durch ein beitragsorientiertes Pensionskassenmodell. Damit hat die OeNB den Bestrebungen nach einer Harmonisierung des Pensionsrechts mit den in Österreich geltenden Pensionssystemen im Sinne eines Mehr-Säulen-Modells (ASVG-Pension, Pensionskasse und Eigenvorsorge) Rechnung getragen.

Die **Gehälter** abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 5.092 Tsd EUR oder 6,9% auf 79.418 Tsd EUR zugenommen. Die Zunahme ist insbesondere auf kollektivvertragliche Gehaltserhöhungen sowie auf Aktivitäten im Zusammenhang mit der Eurobargeldeinführung (z. B. erhöhte Überstunden, zusätzliches Personal) zurückzuführen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in

Höhe von insgesamt 9.028 Tsd EUR vereinnahmt.

Die Anzahl der für die unmittelbaren Geschäfte der OeNB tätigen Personen (inklusive der Direktoriumsmitglieder) ist im Vergleich der Bilanzstichtage der Jahre 2001 und 2000 von 955 Personen um 12 Personen auf 943 Personen gesunken.

Der durchschnittliche Stand der Angestellten der OeNB (ohne Direktoriumsmitglieder) hat sich von 1.121 Personen im Jahr 2000 auf 1.153 Personen im Jahr 2001, das sind 32 Personen oder 2,9% mehr, erhöht. Unter Berücksichtigung der außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) reduzierte sich der durchschnittliche Personalstand auf 921 Personen (2000: 938 Personen). Die Anzahl der Arbeiter ist um 1 Person auf 10 Personen zurückgegangen.

Die Bezüge einschließlich der Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von Pkws sowie Zuschüsse zu Kranken- und Unfallversicherungen) der vier Mitglieder des Direktoriums gemäß § 33 Abs. 1 NBG beliefen sich auf 988 Tsd EUR (2000: 1.013 Tsd EUR). Die Vergütungen für Mitglieder des Präsidiums betragen insgesamt 46 Tsd EUR (2000: 45 Tsd EUR).

Der Aufwand für **Abfertigungen** hat gegenüber dem Jahr 2000 um 282 Tsd EUR oder 6,5% auf 4.051 Tsd EUR abgenommen.

Die **gesetzlichen Sozialabgaben** über insgesamt 11.349 Tsd EUR (das sind +1.156 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.443 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (5.145 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.669 Tsd EUR).

10. Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf von Eurobanknoten von der OeBS. Im Aufwand des Jahres 2000 war auch der letztmalige Ankauf von Schillingbanknoten enthalten.

12. Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 34% ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes gilt, anzuwenden.

13. Gewinnanteil des Bundes und satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve

Die Entwicklung im Jahr 2001 stellt sich wie folgt dar:

	2000 in 1.000 EUR	2001	Veränderung in %	
Satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve	14.537	-	-14.537	-100,0
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes	988.429	975.009	-13.420	-1,4
Insgesamt	1.002.966	975.009	-27.957	-2,8

Der Gewinnanteil des Bundes beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses abzüglich satzungsgemäßer Zuweisungen.

Direktorium

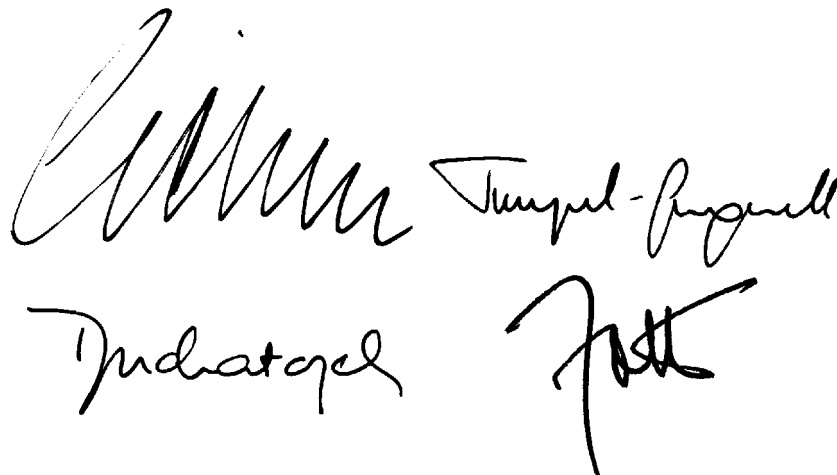
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Generalrat

Präsident Adolf Wala
Vizepräsident Herbert Schimetschek
Dipl.-Ing. August Astl
Helmut Elsner
Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch
Dkfm. Lorenz R. Fritz
Dr. Rene Alfons Haiden
Mag. Max Kothbauer (bis 17. Mai 2001)
Dr. Richard Leutner
Dipl.-Ing. Johann Marihart
Mag. Werner Muhm
Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Dipl.-Ing. Karl Werner Rüsck
Dkfm. R. Engelbert Wenckheim
Dkfm. Johann Zwettler (ab 17. Mai 2001)

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Mag. Thomas Reindl und Dr. Martina Gerharter.

Wien, am 25. März 2002



Handwritten signatures of Gertrude Tumpel-Gugerell, Wolfgang Duchatczek, and Peter Zöllner.

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 1 December 1998 on the Legal Framework for Accounting and Reporting in the European System of Central Banks as Amended on 15 December 1999 and 14 December 2000 (ECB/2000/18)“ erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 25. März 2002

Dr. Pipin Henzl
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung an den Bund (Posten 13. der Gewinn- und Verlustrechnung) in der Höhe von 975.009 Tsd EUR (2000: 988.429 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 2001 von	EUR 108,339.028'27.
-----------------------	---------------------

Das Direktorium hat in der Sitzung am 3. April 2002 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

10%ige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	EUR 1,200.000'—
Zuweisung an die Stiftung Leopold	EUR 4,194.888'91
Zuweisung an die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	EUR 32,575.750'79
Zuweisung an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	EUR 70,250.000'—
Gewinnvortrag	EUR 118.388'57
	EUR 108,339.028'27



Bericht des Generalrats

zum Geschäftsbericht

und Jahresabschluss 2001

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm auf Grund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2001 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 17. Mai 2001 gewählten Rechnungsprüfern – den Wirt-

schaftsprüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – auf Grund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 25. April 2002 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2001 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2001 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2001 erstatteten Empfehlung (Seite 105) beschließen.

ÖNÖ
ÖSTERREICHISCHE
NATIONALBANK

WERT
GUTER
GELDER

Startpaket

für Ihren ersten Einkauf
im Jahr 2002.

Die Münzen dürfen
erst ab dem 1. 1. 2002
zur Zahlung verwendet
werden.

Inhalt	€
1 Cent	
2 Cent	
5 Cent	
10 Cent	
20 Cent	
50 Cent	
1 Euro	
2 Euro	
Stückzahl	
Wert:	€ 14,50
Preis:	ATS 200,-



Publikationen,
Impressum

Periodische Publikationen

	<i>Erscheinungsweise</i>
Statistisches Monatsheft	<i>monatlich</i>
Focus on Statistics	<i>monatlich</i>
<i>englische Fassung des „Statistischen Monatshefts“</i>	<i>http://www.oenb.at</i>
Leistungsbilanz Österreichs, revidierte Jahresdaten	<i>jährlich</i>
<i>gegliedert nach Regionen und Währungen</i>	
Berichte und Studien	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Austria	<i>vierteljährlich</i>
<i>englische Kurzfassung der „Berichte und Studien“</i>	
Finanzmarktstabilitätsbericht	<i>halbjährlich</i>
Financial Stability Report	<i>halbjährlich</i>
<i>englische Fassung des „Finanzmarktstabilitätsberichts“</i>	
Focus on Transition	<i>halbjährlich</i>
Geschäftsbericht	<i>jährlich</i>
Annual Report	<i>jährlich</i>
<i>englische Fassung des „Geschäftsberichts“</i>	
Volkswirtschaftliche Tagung	<i>jährlich</i>
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures	<i>jährlich</i>

Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 2000 und 2001

Die Gesamtübersicht über die bisher erschienenen Veröffentlichungen der OeNB ist jeweils dem Heft 12 des „Statistischen Monatshefts“ bzw. dem Heft 4 der „Berichte und Studien“ zu entnehmen.

Dieses Verzeichnis informiert über ausgewählte Publikationen der OeNB. Die Publikationen werden vom Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit kostenlos an Interessenten abgegeben. Anfragen sind schriftlich (auch telefonisch) an die im Impressum angegebene Postanschrift zu richten.

Eine vollständige Liste der Publikationen der OeNB kann unter der Internetadresse <http://www.oenb.at> abgerufen werden.

Statistisches Monatsheft (monatlich)

Realwirtschaft

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 1998	1/2000
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 1999	9/2000
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 2000	9/2001
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Fremdenverkehrsbetriebe ¹⁾	jährlich
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Gewerbebetriebe ¹⁾	jährlich
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen nach der Systematik der Wirtschaftstätigkeiten von 1997 bis 1999 ²⁾	jährlich

Außenwirtschaft

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich	jährlich
--	----------

1 Bis Jahrgang 2000.

2 Ab Jahrgang 2001.

Berichte und Studien (vierteljährlich)

Wirtschafts- und Währungsunion und Europäische Union

Aktuelle Entwicklungen auf dem Fleischmarkt und Auswirkungen auf die Inflationsrate in Österreich und im Euroraum	1/2001
Ökonomische Aspekte der Euro bargeldumstellung in Österreich	2/2001
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration	vierteljährlich vierteljährlich

Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate

Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma? Ergebnisse der 28. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/2000
Der einheitliche Finanzmarkt – Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren WWU Ergebnisse der 29. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	2/2001
Reden des Präsidenten und des Gouverneurs anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank	jährlich

Finanzinstitutionen

Das österreichische Bankenanalysesystem	1/2000
Gibt es einen Kreditkanal in Österreich?	1/2000
Venture Capital in Österreich	2/2000
Risikoanalyse eines internationalen Musterportefeuilles	2/2000
Berechnung der fusionskontrollrechtlichen Aufgriffsschwellen für Banken – die neue Rechtslage	2/2000
Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute	vierteljährlich

Kapitalmarkt

Venture Capital in Österreich	2/2000
Rolle und Perspektiven des österreichischen Aktienmarktes	4/2000

Rentenmarkt

Entwicklungen auf dem österreichischen Rentenmarkt	1/2001
--	--------

Realwirtschaft

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2000 bis 2002 vom Frühjahr 2000	2/2000
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2000 bis 2002 vom Herbst 2000	4/2000
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2001 bis 2003 vom Frühjahr 2001	2/2001
Neubewertung des Indikators der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft	2/2001
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2001 bis 2003 vom Herbst 2001	3–4/2001
Konjunkturelle Entwicklung in Österreich	1 und 3

Außenwirtschaft

Neues Konzept der Statistik über die Portfolioposition für aus- und inländische Wertpapiere	4/2000
Internationale Vermögensposition Österreichs	jährlich
Entwicklung der Direktinvestitionen Österreichs	jährlich
Zahlungsbilanz	vierteljährlich

Internationale Wirtschaft

Die HIPC-Initiative:	
Ein Weg der Dritten Welt aus der Verschuldung?	4/2000
Entwicklungen in ausgewählten Reformländern	1 und 3
Internationale Verschuldung und Emerging Markets	2 und 4
Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem	vierteljährlich

Übersicht der Studien zu Schwerpunktthemen

Berichte und Studien, Heft 2/2000

Die Geldpolitik des Eurosystems

Geldpolitik und geldpolitische Strategie in Zeiten der Währungsunion: veränderte Rahmenbedingungen – neue Herausforderungen
 Glaubwürdigkeit des Eurosystems: Versuch einer Begriffsklärung
 Geldmengenentwicklung im Übergang zur Währungsunion
 Indikatoren zur Beurteilung der Preisentwicklung
 Schätzung und Interpretation der Taylor-Regel für den Euroraum
 Neue Strukturen des geldpolitischen Instrumentariums und des österreichischen Geldmarktes seit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion

Berichte und Studien, Heft 3/2000

Neue Eigenmittelbestimmungen in Basel und Brüssel

Die Eigenmittelanforderungen an österreichische Kreditinstitute als Instrument der Bankenaufsicht im Wandel der Zeit
 Supervisory Review
 Kreditrisiko – Die Vorschläge des Basler Ausschusses und der EU-Kommission zur Kapitalunterlegung von Kreditrisiken. Aktueller Stand der Diskussion und mögliche Auswirkungen auf das österreichische Bankwesen
 Kritische Überlegungen zu den Vorschlägen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und der Europäischen Kommission zur Behandlung der „anderen Risiken“ im Rahmen der Neugestaltung der Eigenmittelvorschriften
 Zinsrisiko im Bankbuch

Berichte und Studien, Heft 2/2001

Fiskalpolitik unter neuen Rahmenbedingungen

Fiskalpolitische Konzeptionen der europäischen Wirtschaftspolitik
 Maßnahmen und Strategien der Budgetkonsolidierung
 in den Mitgliedsländern der EU
 Verteilungsaspekte der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts-
 und Währungsunion – eine Betrachtung aus Arbeitnehmersicht
 Probleme der Besteuerung von grenzüberschreitenden Kapitaleinkommen
 Debt-Management der Republik Österreich
 unter den Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums
 Zyklisch bereinigte Budgetsalden für Österreich

Berichte und Studien, Heft 3-4/2001

Transmission der Geldpolitik

Der Transmissionsmechanismus und die Rolle der Vermögenspreise
 in der Geldpolitik
 Asymmetrische Transmission der Geldpolitik
 über den Kreditvergabekanal –
 eine Analyse anhand österreichischer Bankbilanzen
 Bilanz- und Kreditvergabekanal:
 eine Analyse anhand österreichischer Firmen
 Finanzinnovationen und der monetäre Transmissionsmechanismus
 Transmissionsmechanismus und Arbeitsmarkt –
 eine länderübergreifende Studie
 Die geldpolitische Transmission unter den Bedingungen
 des Stabilitäts- und Wachstumspakts – einige vorläufige Überlegungen
 Prinzipien für die Konstruktion von Modellen
 des Transmissionsmechanismus der Geldpolitik

Focus on Transition (halbjährlich)

Studien

Monetary Transmission and Asset-Liability Management by Financial Institutions in Transitional Economies – Implications for Czech Monetary Policy	1/2000
The Development of the Banking Sectors in Russia, Ukraine, Belarus and Kazakhstan since Independence	1/2000
The Effects of the EU's Eastern European Enlargement on Austria – Austria's Specific Position	1/2000
More „Pre-Ins“ Ante Portas?	
Euro Area Enlargement, Optimum Currency Area, and Nominal Convergence	2/2000
A Critical Review of Unilateral Euroization Proposals: The Case of Poland	2/2000
Measuring Central Bank Independence in Selected Transition Countries	2/2000
The Development of the Croatian Banking Sector since Independence	2/2000
The Financial Sector in Five Central and Eastern European Countries: An Overview	1/2001

Intraindustry Trade between the EU and the CEECs The Evidence of the First Decade of Transition	1/2001
The Development of the Romanian and Bulgarian Banking Sectors since 1990	1/2001
Similarity of Supply and Demand Shocks Between the Euro Area and the Accession Countries	2/2001
Determinants of Real Exchange Rates in Transition Economies	2/2001
Old-Age Pension Systems in the Czech Republic, Hungary and Poland	2/2001
Transcarpathia – Ukraine’s Westernmost Region and a Gateway to Central And Western Europe	2/2001

Working Papers

Nr. 40 Central Banks in European Emerging Market Economies in the 1990s	2000
Nr. 41 Is there a Credit Channel in Austria? The Impact of Monetary Policy on Firms’ Investment Decisions	2000
Nr. 42 Integration, Disintegration and Trade in Europe: Evolution of Trade Relations During the 1990s	2000
Nr. 43 The Bank, the States, and the Market: An Austro-Hungarian Tale for Euroland, 1867–1914	2001
Nr. 44 The Euro Area and the Single Monetary Policy	2001
Nr. 45 Is There an Asymmetric Effect of Monetary Policy over Time? A Bayesian Analysis Using Austrian Data	2001
Nr. 46 Exchange Rates, Prices and Money. A Long Run Perspective	2001
Nr. 47 The ECB Monetary Policy Strategy and the Money Market	2001
Nr. 48 A Regulatory Regime for Financial Stability	2001
Nr. 49 Arbitrage and Optimal Portfolio Choice with Financial Constraints	2001
Nr. 50 Macroeconomic Fundamentals and the DM/\$ Exchange Rate: Temporal Instability and the Monetary Model	2001
Nr. 51 Assessing Inflation Targeting after a Decade of World Experience	2001
Nr. 52 Beyond Bipolar: A Three-Dimensional Assessment of Monetary Frameworks	2001
Nr. 53 Why Is the Business-Cycle Behavior of Fundamentals Alike Across Exchange-Rate Regimes?	2001
Nr. 54 New International Monetary Arrangements and the Exchange Rate	2001
Nr. 55 The Effectiveness of Central Bank Intervention in the EMS: The Post 1993 Experience	2001

Sonstige Publikationen

Architektur des Geldes –

Vom klassizistischen Palais zum zeitgenössischen Geldzentrum

The Austrian Financial Markets –

A Survey of Austria's Capital Markets – Facts and Figures

Leitfaden zum Marktrisiko (sechsbändig)

Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma?

Tagungsband der 28. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB

Der einheitliche Finanzmarkt –

Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren WWU

Tagungsband der 29. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:

Oesterreichische Nationalbank
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

Für den Inhalt verantwortlich:

Wolfdietrich Grau, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion:

Karin Fischer, Christiana Weinzettel, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

Inhaltliche Gestaltung:

Manfred Fluch, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
Helmut Gruber, Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
Gerhard Havelka, Organisationsabteilung
Oliver Huber, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
Georg Hubmer, Abteilung für Finanzmarktanalyse
Martin Taborsky, Hauptabteilung Hauptkasse und Zweiganstalten
Beat Weber, Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen
Manfred Zipko, Abteilung Bilanzierung
Viktor Zorn, Abteilung für Planung und Controlling

Grafische Gestaltung:

Peter Buchegger, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
Erika Gruber, Hannes Jelinek, Hausdruckerei

Fotografien:

Herbert Fidler, Foto Simonis, Ulrich Schnarr
Oesterreichische Nationalbank, GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination
G.m.b.H.
Europäische Zentralbank, Claudio Hills,
Münze Österreich AG

Papier:

Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller

Satz, Druck und Herstellung:

Oesterreichische Nationalbank, Hausdruckerei

Verlags- und Herstellungsort:

1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

Rückfragen:

Oesterreichische Nationalbank, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: 01/404 20 Durchwahl 6666
Telefax: 01/404 20 Durchwahl 6696

Nachbestellungen:

Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: 01/404 20 Durchwahl 2345
Telefax: 01/404 20 Durchwahl 2398

Internet:

<http://www.oenb.at>

DVR 0031577

Wien 2002

